



Plenarprotokoll

131. Sitzung

Donnerstag, 28. Oktober 2021

Schleswig-Holsteins Perspektiven
im Chancenraum Ostsee für Wohl-
stand, Klimaschutz und Innovatio-
nen.....

9959

Regierungserklärung
Drucksache 19/3350

Daniel Günther, Ministerpräsident. 9959
Serpil Midyatli [SPD]..... 9964
Peter Lehnert [CDU]..... 9968
Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 9970
Christopher Vogt [FDP]..... 9973
Lars Harms [SSW]..... 9976
Jörg Nobis [AfD]..... 9980

Besetzung der Stelle der Präsiden-
tin oder des Präsidenten des Ober-
landesgerichts bei dem Schleswig-
Holsteinischen Oberlandesgericht
in Schleswig.....

9981

Wahlvorschlag des Innen- und
Rechtsausschusses
Drucksache 19/3343

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-
erstatteerin..... 9982

Beschluss: Annahme des Wahlvor-
schlags Drucksache 19/3343 mit
der erforderlichen Zweidrittel-
mehrheit..... 9982

Wahl eines Mitgliedes des Parlamentarischen Kontrollgremiums.....	9982	Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/3367 mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit.....	9984
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3351			
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/3351.....	9982	Besser Leben retten - Digitalisierung auch im Notfall sinnvoll nutzen.....	9984
Wahl eines Mitgliedes des Gremiums nach § 8 a Absatz 3 Landesministergesetz	9982	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3278	
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3352 (neu)		Hans Hinrich Neve [CDU].....	9984
Bernd Heinemann [SPD], zur Geschäftsordnung.....	9983	Bernd Heinemann [SPD].....	9985
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/3352 (neu).	9983	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9986
Ersatzwahl für Mitglieder der G-10-Kommission gemäß § 26 a Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz/LVerfSchG).....	9983	Dennys Bornhöft [FDP].....	9987
Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3353		Christian Dirschauer [SSW].....	9988
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/3353.....	9983	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....	9989
Wiederwahl des Landesbeauftragten für politische Bildung.....	9983	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/3278.....	9991
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3354		Birgit Herdejürgen [SPD], zur Geschäftsordnung.....	9991
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/3354 mit der erforderlichen Mehrheit der Hälfte der Mitglieder des Landtags	9983	Gemeinsame Beratung	
Wahl der Vizepräsidentin beziehungsweise des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein.....	9984	a) Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 19. Legislaturperiode (2017 - 2022) - Minderheitenbericht 2021	9991
Wahlvorschlag der Landesregierung Drucksache 19/3367		Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3334	
		b) Bericht zur Sprachkompetenz in den Regional- und Minderheitensprachen im Landesdienst (BSRMS).....	9991
		Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3335	
		c) Bericht der Landesregierung zur Evaluierung des Gesetzes zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Stärkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen.....	9991

Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3339		Beschluss: Ablehnung der Anträge Drucksachen 19/3326 und 19/3348 sowie des Alternativan- trags Drucksache 19/3373.....	10010
Daniel Günther, Ministerpräsident.	9991		
Lars Harms [SSW].....	9993		
Peter Lehnert [CDU].....	9995		
Birte Pauls [SPD].....	9996		
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9998		
Kay Richert [FDP].....	9999		
Hans-Jörn Arp [CDU], zur Ge- schäftsordnung.....	10001		
Beschluss: Überweisung der Berichte Drucksachen 19/3334, 19/3335 und 19/3339 an den Europaaus- schuss zur abschließenden Bera- tung.....	10001	Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/3355	
Gemeinsame Beratung		a) Europäische Energieversorgung sicherstellen - Zertifizierungs- verfahren für Nord Stream 2 beschleunigen.....	10011
a) Antigentests müssen kostenfrei bleiben.....	10001	Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/3326	
Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/3326		b) Umsetzung der Beschlüsse der Digitalen 30. Ostseeparlamenta- rierkonferenz 2021.....	10011
Corona-Test- und Impfstrategie Herbst/Winter 2021/2022.....	10001	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3360 (neu)	
Alternativantrag der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 19/3373		Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3375	
b) Kostenlose Corona-Tests für alle Studenten - Hochschulen sind keine Freizeiteinrichtungen.....	10001	Änderungsantrag des Zusammen- schlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/3378	
Antrag des Abgeordneten Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] Drucksache 19/3348		Stephan Holowaty [FDP].....	10011
Claus Schaffer [AfD].....	10001	Volker Schnurrbusch [AfD].....	10012, 10017
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]....	10002	Regina Poersch [SPD].....	10013
Hans Hinrich Neve [CDU].....	10003	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10014
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	10004	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	10016
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10005	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	10017
Dennys Bornhöft [FDP].....	10006		
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	10008		
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	10009		

Beschluss: 1. Der Änderungsantrag Drucksache 19/3375 hat durch die Mit Antragstellung zur Drucksache 19/3360 (neu) seine Erledigung gefunden
 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/3355 und des Änderungsantrags Drucksache 19/3378
 3. Annahme des Antrags Drucksache 19/3360 (neu)..... 10019

Fernzuganbindung in Schleswig-Holstein sicherstellen..... 10019

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
 Drucksache 19/3363

Lukas Kilian [CDU]..... 10019
 Kai Vogel [SPD]..... 10020
 Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 10021
 Kay Richert [FDP]..... 10022
 Lars Harms [SSW]..... 10024
 Volker Schnurrbusch [AfD]..... 10025
 Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus..... 10026, 10028

Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/3363..... 10029

Reden zu Protokoll

Gemeinsame Beratung

a) **Europäische Energieversorgung sicherstellen - Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2 beschleunigen**..... 10030

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
 Drucksache 19/3355

b) **Umsetzung der Beschlüsse der Digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz 2021**..... 10030

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
 Drucksache 19/3360 (neu)

Umsetzung der Beschlüsse der digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) 2021..... 10030

Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
 Drucksache 19/3375

Änderungsantrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
 Drucksache 19/3378

Andreas Hein [CDU]..... 10030

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass heute wahrscheinlich noch viele Gespräche ob des grandiosen Fußballabends gestern geführt werden. Deshalb gratuliere ich schon einmal dem Kollegen Kumbartzky zu diesem historischen Sieg gegen Bayern München. Auch unser Ministerpräsident wird heute sicherlich gute Miene zum nicht ganz so guten Bayernspiel machen. Aber ich denke, das kriegen wir heute alles hin.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich eröffne jetzt formell die heutige Sitzung. Wir setzen die Tagung fort.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind erkrankt: in der CDU-Fraktion der Abgeordnete und unser Präsident Klaus Schlie sowie der Abgeordnete Hartmut Hamerich, in der SPD-Fraktion der Abgeordnete Tobias von Pein. Wir wünschen selbstverständlich gute und baldige Genesung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen sind beurlaubt: von der Landesregierung die Bildungsministerin Karin Prien am heutigen Nachmittag. Folgende Regierungsmitglieder haben zudem mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert sind: Ministerin Heinold, Minister Albrecht und Minister Dr. Garg.

Die Abgeordneten Touré und Petersdotter haben zudem nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sind.

Bevor wir ordnungsgemäß in die Tagesordnung einsteigen, meine Damen und Herren, möchte ich dem Kollegen Dennys Bornhöft zur Geburt seines Sohnes Boye Bornhöft ebenso herzlich gratulieren und alles Gute wünschen

(Beifall)

wie unserem Kollegen Tobias von der Heide zur Geburt seiner entzückenden Tochter Clara Eleni. Alles Gute für euch!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages den Vorsitzenden des HanseBelt, den Konsul Herrn Bernd Jorkisch. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Schleswig-Holsteins Perspektiven im Chancenraum Ostsee für Wohlstand, Klimaschutz und Innovationen

Regierungserklärung
Drucksache 19/3350

Das Wort hat Ministerpräsident Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den begrüßenden Worten der Frau Präsidentin will ich nur die Frage anfügen, wie Schalke 04 eigentlich vorgestern gespielt hat. Aber das nur nebenbei.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Heute ist die Zusammenarbeit im Ostseeraum für Schleswig-Holstein so wichtig wie selten zuvor. Wir stehen vor den gleichen drängenden Herausforderungen wie unsere Nachbarn. Gemeinsam mit ihnen können wir eine Menge erreichen für mehr Wohlstand, Klimaschutz und Innovation. Deshalb müssen wir unsere Ostseepolitik in diesem Jahrzehnt konkret auf diese Chancen ausrichten. Schleswig-Holstein wird dafür seine Ostseepolitik neu fokussieren: erstens auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, hier insbesondere mit Blick auf Klimaschutzinnovationen und Künstliche Intelligenz; zweitens auf den Klima- und Meeresschutz; drittens auf die Kooperationen im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich, und das mit dem Ziel, künftig mehr Menschen für das Gemeinsame im Ostseeraum zu interessieren, ja vielleicht sogar zu begeistern. Wir begreifen die Ostsee als Chancenraum,

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Christian Dirschauer [SSW])

angesichts zunehmender internationaler Konflikte auch als Chancenraum für Frieden, Völkerverständigung und Demokratie. Ich sage das auch mit Blick auf Russland, wo wir sicherlich noch große Herausforderungen sehen.

Ähnliches gilt für das EU-Mitglied und den Ostsee-Anrainer Polen. Hier begrüße ich ausdrücklich, dass die Europäische Union klipp und klar rechtsstaatliche Standards einfordert und auch die Zahlung europäischer Gelder davon abhängig macht. Das Rechtsstaatsprinzip ist das Fundament der Europäischen Union und muss vor Erosion geschützt werden.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Krisen bieten Chancen. Die Ostsee ist ungeachtet aller Herausforderungen für Schleswig-Holstein ein Meer der Möglichkeiten, und diese will ich heute ausleuchten. Die Ostsee ist ein Chancenraum für die grenzüberschreitende Entwicklung von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz. Deutschland kann da von den Balten und Skandinaviern lernen. Die Landesregierung strebt Kooperationen an, die gegenseitige Lerneffekte und Synergien auslösen. Wir wollen die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren, insbesondere mit Blick auf die Chancen blauer Wirtschaft. Natürlich ist die Ostsee auch ein Chancenraum für Klimaschutz und erneuerbare Energien.

Schleswig-Holstein liegt zwar zwischen zwei Meeren, ist aber trotzdem keine Insel. Wir müssen international zusammenarbeiten, sonst wird das nichts. Außerdem wollen wir die Kooperationen im Ostseeraum im Bereich Wissenschaft, Bildung und Kultur stärken. Dänemark ist wichtigster Partner im Ostseeraum; doch wir wollen darüber hinausblicken mit dem Ziel, künftig mehr Menschen für die Zusammenarbeit im Ostseeraum zu begeistern.

Meine Damen und Herren, es geht darum, neue Dynamik für den Ostseeraum als Chancenraum zu entwickeln für mehr Wohlstand, Klimaschutz, Meeresschutz, Wachstum und Beschäftigung.

Es gibt ein starkes wirtschaftliches Fundament, von dem aus wir hier starten. Fast ein Viertel unseres Außenhandelsvolumens liegt im Ostseeraum. Im Außenhandelsranking von Schleswig-Holstein sind Dänemark, Polen und Schweden in den Top Ten unserer wichtigsten Handelspartner. Dänemark ist unser zweitwichtigster Handelspartner überhaupt. Ich will mich hier im Landtag ganz klar zu Dänemark als unserem Premiumpartner in der Ostseeregion bekennen. Anfang Oktober war ich in Kopenhagen, um mit der Regierung, aber auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft zu sprechen. Mit dem dänischen Außenminister pflege ich einen engen freundschaftlichen Austausch. Wir nehmen die Kooperation mit Dänemark ernst und wollen vorankommen.

Als Handelsraum hat die Ostsee eine sehr lange Tradition. Das hat die DNA unseres Landes bis heute zutiefst geprägt. Mit dem Blick nach vorn stehen wir vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Die maritime Wirtschaft stand schon vor der Pandemie unter Druck. Es ist das Ziel der Landesregierung, die blaue Wirtschaft auf dem Weg in die Zu-

kunft zu unterstützen. Herausragendes Beispiel ist das Projekt CAPTN Kiel. Es vereint drei Schwerpunktbereiche der regionalen Innovationsstrategie der Landesregierung: Energiewende und grüne Mobilität, die digitale Wirtschaft und die maritime Wirtschaft. Die von Bund und Land geförderten Teilprojekte reichen von der Netzwerkbildung über eine Designstudie für eine autonom fahrende Fähre, die Entwicklung und den Bau eines Versuchsträgers, den Aufbau eines digitalen Testfeldes für autonome Schifffahrt mit 5G-Technologie bis hin zu Verteilung, Transport und Einsatz erneuerbarer Energien.

Saubere Schifffahrt zu fördern, das hilft der Ostsee. Die erstmalige Betankung eines Frachters in Schleswig-Holstein mit SNG hat gezeigt, dass wir mit grünen Kraftstoffen emissionsfrei die Ostsee befahren können.

Das STRING-Netzwerk, die Kooperation in der südwestlichen Ostsee, ist ein wichtiges Forum für solche Lösungen. Alle Partner eint die Vision, die STRING-Region zwischen Hamburg und Oslo zu einer Megaregion zu machen, die von der Entwicklung, Produktion, Nutzung und vom Export grüner Lösungen lebt und ihren Menschen eine hohe Lebensqualität bietet.

In wenigen Jahren wird die Fehmarnbeltquerung Realität sein. Für Schleswig-Holstein ist sie eine Jahrhundertchance.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Norddeutschland und Skandinavien wachsen enger zusammen. Das birgt riesige Wirtschaftschancen. Bis zu 3.000 Menschen werden direkt beim Bau des Fehmarnbelttunnels Beschäftigung finden. Eine ähnliche Zahl an Arbeitsplätzen wird indirekt entstehen bei Zulieferern, Ver- und Entsorgern und Dienstleistern. Davon entsteht ein nicht unerheblicher Anteil bei uns in Schleswig-Holstein.

Die Anfragen nach Gewerbeflächen machen deutlich, dass die wirtschaftlichen Chancen sich nicht nur auf den Bau des Tunnels beschränken. Die Zukunft hat schon begonnen: Der interkommunale Gewerbepark, der jetzt der Unternehmenspark im HanseBelt heißt, wird vom Land gefördert. Gleiches gilt für die Erweiterung eines Gewerbegebietes in Oldenburg. Um die Chancen aus der Festen Fehmarnbeltquerung in der Region bestmöglich zu nutzen, unterstützt die Landesregierung die regionale Kooperation HanseBelt mit 1,5 Millionen €

(Beifall CDU und FDP)

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Der Ausbau klimafreundlicher Mobilität, der von Beginn an grenzüberschreitend gedacht und geplant wird, ist ein zentraler Baustein der Landesregierung. Der Bau der Festen Fehmarnbeltquerung bedeutet dafür einen wichtigen Schritt nach vorn. Das Ziel ist eine Zugverbindung Hamburg-Oslo in unter neun Stunden.

Meine Damen und Herren, während des schleswig-holsteinischen Vorsitzes in der STRING-Region 2020/21 hat Schleswig-Holstein intensiv am Ausbau nachhaltiger Infrastruktur und grünem Wachstum in der Region bis 2030 gearbeitet. So hat Schleswig-Holstein die Idee von grenzüberschreitendem Ausbau der grünen Wasserstoffinfrastruktur vorangetrieben, und wir übernehmen die Leadpartnerschaft in einem geplanten Wasserstoffprojekt. Nach Plan soll ein Kernnetz von mindestens zwölf Wasserstoff-Tankstellen zwischen Hamburg und Oslo errichtet werden. Der Korridor wäre der erste seiner Art - vier Staaten umfassend. Das fügt sich gut in unsere Wasserstoffstrategie ein.

Neben dem Einsatz im Schwerlastverkehr bietet Wasserstoff im Ostseeraum die Chance, die maritime Industrie und insbesondere die Schifffahrt zu dekarbonisieren. In der Hafenwirtschaft arbeiten unsere Ostseehäfen bereits immer klimafreundlicher, sie setzen auf saubere Fähren, auf grüne Schiffsantriebe und auf Landstrom. Das sehen wir hier im Port of Kiel. Zur blauen Wirtschaft gehört auch der Kreuzfahrttourismus. Als Land unterstützen wir das. Mit einem neuen Terminalgebäude und einer hochmodernen Landstromanlage, für die wir uns erfolgreich politisch eingesetzt haben, kann man auch Kreuzfahrttourismus immer umweltträglicher machen.

(Beifall CDU und FDP)

Saubere Schifffahrt, das muss unser Ansporn sein.

Auch die Förderung von KI hilft, Treibstoff zu sparen und Emissionen zu verringern, indem KI-Lösungen unnötige Fahrten vermeiden. Das vom Land geförderte Projekt „RASMUS - Real-time Analyse und Optimierung von Schiffsrouten durch Verknüpfung von KI und ozeanografischen Modellen“ leistet einen solchen Beitrag zur CO₂-Reduktion im Schiffsverkehr. Um solche Innovationen voranzubringen, werden wir die über viele Jahre etablierte Wissenschaftskooperation im Ostseeraum nutzen und die notwendigen Brücken in die Wirtschaft bauen. Geld dafür ist da. Die EU steht an unserer Seite. In der neuen Förderperiode warten allein im INTERREG-Ostseeprogramm fast 250 Millionen € aus EFRE-Mitteln auf gute Projektanträge aus

Schleswig-Holstein. Das grüne Wachstum ist hier zentraler Förderschwerpunkt.

(Beifall CDU)

Auch im Bereich der Digitalisierung der Verwaltung und der Verwaltungsmodernisierung treiben wir die Zusammenarbeit voran. Die Universität Lübeck und die IT University of Copenhagen bauen ein E-Government-Kompetenzzentrum auf. Die Landesregierung unterstützt dieses Vorhaben auch finanziell.

Meine Damen und Herren, so prosperierend der Ostseeraum auch ist, so ist der ökologische Zustand der Ostsee nach wie vor herausfordernd. Damit sind wir bei der zweiten Säule unserer Ostsee-Aktivitäten, dem Klima- und insbesondere dem Meeresschutz. Schleswig-Holstein versteht sich hier als Initiator und Förderer gemeinsamer Lösungen. Die Fischbestände müssen sich erholen. Deshalb brauchen wir auch hier neue Konzepte, wie eine schonende Fischerei aussehen kann. Da darf es in der Ostsee keinen Unterschied zwischen den Fischern der einzelnen Anrainerländer geben. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sagen, dass auch der Klimawandel den Fischbeständen zusetzt, denn durch den Temperaturanstieg werden die Nahrungsketten im Meer gestört. Klimaschutz ist auch Meeresschutz, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In der vergangenen Woche hat die Helsinki-Kommission HELCOM in Lübeck einen Aktionsplan für den Schutz der Ostsee für den Zeitraum 2021 bis 2030 beschlossen. Darin wurden auch Maßnahmen zur Vermeidung von Meeressmüll einschließlich Mikroplastik und ein besserer Schutz für Arten und Lebensräume in den Meeresschutzgebieten vereinbart. So wurden Ansätze zur Verminderung des Nährstoffeintrags und zur Verbesserung der Biodiversität in den Küstenregionen vorangebracht.

Apropos Mikroplastik: Das GEOMAR Helmholtz-Zentrum spielt auch bei diesem Thema eine international bedeutende Rolle. So hat das Institut kürzlich in einer Studie neue Erkenntnisse zu den Auswirkungen schon geringer Konzentrationen von Mikroplastik auf das marine Ökosystem vorgestellt. Das GEOMAR beteiligt sich auch am internationalen Projekt TechOceanS zur Entwicklung von neuen Unterwassersystemen für das Umweltmonitoring. Schleswig-Holstein kann die Ostsee nicht im Alleingang sanieren. Alle Ostseeanrainer müssen mitmachen, und Schleswig-Holstein kann und will dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Schleswig-Hol-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

stein ist dabei Motor. Das wollen und das werden wir tun, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Lassen Sie mich das am Beispiel von Munition im Meer erläutern. Allein in deutschen Gewässern liegen etwa 1,6 Millionen t Munition auf dem Meeresboden. Mit den beiden erfolgreichen INTERREG-Ostseeprojekten DAIMON sind starke Netzwerke zur Erforschung dieses Problems entstanden. Schleswig-Holstein beschreitet seit einigen Jahren federführend und gemeinsam mit Partnern im Ostseeraum Lösungswege zur Munitionsbeseitigung. Auf dem internationalen Fachkongress Kiel Munition Clearance Week vom 6. bis 10. September 2021 unter meiner Schirmherrschaft und mit starker Beteiligung der Landesregierung trafen erstmals alle relevanten Akteure zusammen. Damit unterstreicht Schleswig-Holstein seine Vorreiterrolle in diesem wichtigen Forschungsbereich.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SSW)

Hierin steckt Exportpotenzial sowohl in der Wissenschaft als auch bei wirtschaftlichen Lösungen, denn es wird Robotik und KI zur Beseitigung brauchen. Mit north.io haben wir bereits ein starkes KI-Unternehmen, welches unter anderem die Digitalisierung des Ozeans im MARISPACE-X koordiniert. Im Projekt AmuCad leistet es einen wichtigen Beitrag für eine KI-gestützte Analyse der enormen Menge an historischen und aktuellen Daten. Damit wird das genaue Ausmaß der Munitionsbelastung im Meer so präzise wie möglich erfasst. Diese Daten sind Grundlage für eine spätere Munitionsbeseitigung.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein wird der unbequeme Antreiber bei den Munitionslasten bleiben. Wenn Bund und Länder jetzt etwa 100 Millionen € gemeinsam aufbringen, dann könnte hier in Kiel ein Prototyp einer Demontage-Plattform entstehen. Die Pläne liegen bei TKMS in der Schublade, die Plattform könnte in eineinhalb bis zwei Jahren gebaut sein. Wir wollen und wir werden den notwendigen politischen Druck machen, damit diese Pläne auch Wirklichkeit werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Im Aufbau von Know-how zur Beseitigung von Munitionslasten liegen wirtschaftliche Chancen für Schleswig-Holstein. Die Technologie ist da; für „Made in Schleswig-Holstein“ ist das eine riesige Chance, so unerfreulich die Altlasten auch sind.

Meine Damen und Herren, diese Beispiele zeigen, dass unsere Aktivitäten im Ostseeraum konkret bei den Menschen im Land ankommen. Die Landesregierung nimmt den Green Deal im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Für den gesamten Ostseeraum wird stetig an ganz konkreten Lösungsansätzen mit Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gearbeitet.

Das bringt mich zur dritten Säule der Schwerpunkte. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger bei der ostseepolitischen Arbeit stärker mitnehmen. Und wir wollen den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren im Ostseeraum vertiefen. Wir wollen den Mehrwert der Ostseekooperation sichtbar machen - nicht nur mit der heutigen Regierungserklärung.

Die Zusammenarbeit muss auch erlebbar werden, zum Beispiel in unseren Schulen, in den Hochschulen. Wir bringen Menschen zusammen. Ein stärkeres Wirgefühl mit unseren Nachbarn im Ostseeraum ist auch ein starkes Signal gegen den wachsenden Populismus und Nationalismus, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Aktivitäten unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind auf diesem Gebiet bereits sehr vielfältig. Ich denke dabei an die zahlreichen Partnerschaften und Projekte mit wissenschaftlichen Einrichtungen des Ostseeraums oder an das Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie in Schleswig, das auf dem Gebiet in Nordeuropa weit vernetzt und international anerkannt ist.

Schleswig-Holstein ist zudem Mitglied des Baltic Science Network, das den Austausch und die Zusammenarbeit mit allen Ostseestaaten in übergreifenden Forschungsstärken weiter vertiefen will. Denn das große wissenschaftliche Potenzial der Ostseeregion soll stärker gemeinsam genutzt werden. Im Forschungsbereich gibt es immer wieder gemeinsame Projekte aus EU-Programmen, insbesondere INTERREG A.

Die Europa-Universität Flensburg beispielsweise unterhält zwei gemeinsame Studiengänge mit der Syddansk Universitet, sodass die Studierenden an beiden Hochschulen ihren Abschluss machen können.

Die Hochschule Flensburg hat bereits 2016 das „Danish-German Cross Border Engineering Study Program“ eingeführt. Dadurch können Bachelor-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Absolventen der Hochschule Flensburg am Mads Clausen Institut der SDU geeignete Master-Studiengänge weiterführen.

Die FH Kiel hat mit dem dänischen University College Syddanmark in Haderslev 2017 ein Doppel-Bachelor-Abkommen in den Studiengängen des Fachbereichs Medien unterzeichnet. Derzeit baut der Fachbereich Medien der FH Kiel ein Ostsee-Netzwerk für Public Relations auf.

Das Wissenschaftsministerium will weitere bestehende Hochschulkooperationen ausbauen und neue Kooperationen etablieren. Wir wollen auch die Zusammenarbeit der Hochschulen mit forschungsstarken Unternehmen erweitern.

Die CAU etwa plant mit der Roskilde University den Aufbau eines gemeinsamen BWL-Masterstudiengangs. Dieser soll den transnationalen Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen stärken.

Außerdem wollen wir mehr Studierende aus Dänemark und Skandinavien für ein Studium bei uns gewinnen. Dazu werden wir englischsprachige Studienangebote ausweiten.

Im Kulturbereich können wir auf renommierten Formaten wie JazzBaltica, folkbaltica und ARS BALTICA aufbauen. Wir sind jetzt dabei, ein weiteres nachhaltiges Kulturformat zu initiieren. Schleswig-Holstein bringt seit 2019 aktiv die Projektidee „Ostseekulturstadt“ voran. Unser Ziel: In regelmäßigen Abständen sollen sich Städte und Regionen im Ostseeraum um diesen Titel mit nachhaltigen kulturellen Ideen bewerben können.

Vor allem die Jugendarbeit im Ostseeraum ist eine wichtige Investition in eine friedliche Zukunft. Diese werden wir stärken. In allen ostseeweiten Gremien setzt sich Schleswig-Holstein dafür ein, dass die Jugend mitgestalten kann.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die auf Betreiben Schleswig-Holsteins beim Sekretariat des Ostseerates eingerichtete Baltic Sea Youth Platform hat großes Potential, Kontinuität und Nachhaltigkeit in der Ostsee-Jugendzusammenarbeit zu sichern. Das aber ist kein Selbstgänger. Das braucht starke Unterstützung von exekutiver und parlamentarischer Ebene mit Schleswig-Holstein als treibender Kraft.

Wir sind auch stolz darauf, dass die in diesem Jahr in Schleswig-Holstein ausgerichteten Fehmarnbelt Days ein offizieller Teil der EU Green Week waren.

Erstmals gab es eigene Sessions zur grenzüberschreitenden Stärkung von Frauennetzwerken und zur Beteiligung der jüngeren Generation.

Wenn Ostseepolitik greifbar und erlebbar wird, dann kann sie bei den Menschen ankommen. Deshalb werden wir als Land künftig noch mehr gesellschaftliche Gruppen ansprechen und mitnehmen.

Meine Damen und Herren, ein Teil der dritten Säule unserer Ostseepolitik ist die Pflege internationaler Beziehungen. Schleswig-Holstein setzt auf politische Zusammenarbeit mit vielen Partnern: mit den Regionen, mit dem Auswärtigen Amt, den norddeutschen Bundesländern und in der EU-Ostsee-Strategie.

Natürlich spielt bei unseren ostseepolitischen Überlegungen die Kooperation mit Dänemark eine zentrale Rolle. Am 24. August 2021 konnte ich im Beisein des Europaministers mit der Regionsratsvorsitzenden der Region Süddänemark die „Erneuerung der Gemeinsamen Erklärung zur regionalen Zusammenarbeit“ unterzeichnen. Wesentlicher Punkt dieser Erklärung ist die gemeinsame Initiative für eine dänisch-deutsche Entwicklungsallianz. Mit ihr wollen wir die grenzüberschreitenden Herausforderungen für Wirtschaft, Hochschulausbildungen und andere mehr identifizieren und gemeinsame Lösungen entwickeln.

Für Schleswig-Holstein ist es besonders wichtig, den Jütlandkorridor als Wirtschaftsraum zu stärken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Ausgangssituation dafür ist erfolgversprechend: Kontinuierliches Wachstum, Innovationsfähigkeit und eine breite Wissensbasis kennzeichnen diese Region.

Ein Beispiel aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ostseeraum sind die Digitalisierungsfortschritte im Gesundheitswesen: Um E-Health-Lösungen in der grenzüberschreitenden Versorgung zu nutzen, hat die Hochschule Flensburg das Projekt „eIC-deutsch-dänisches-eHealth-Innovation-Center“ ins Leben gerufen. Es soll IT-Unternehmen im Gesundheitsbereich den Markteintritt erleichtern. Erreicht wird dies durch einen länderübergreifenden Wissenstransfer. Das Projekt gewann sogar den Deutsch-Dänischen Innovationspreis.

Mit insgesamt 90 Millionen € aus dem INTERREG-6A-Programm lässt sich in den kommenden Jahren in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Süddänemark auch einiges bewegen. Multilaterale, grenzüberschreitende Kooperation liegt in

(Ministerpräsident Daniel Günther)

der DNA Schleswig-Holsteins. Nur im Verbund mit Partnern kann nachhaltig gemeinsam an Lösungen und einem friedlichen Miteinander in der Ostseeregion gearbeitet werden.

Im Juli 2022 übernimmt Deutschland die Präsidentschaft des Ostseerates. Die ostseepolitische Debatte und Positionierung Deutschlands in den Jahren 2022 und 2023 wird dadurch Hochkonjunktur haben. Diese Gelegenheit wollen wir als Landesregierung gemeinsam mit dem Landtag nutzen, um politische Akzente zu setzen und Interessen einzubringen. Wir werden uns beispielsweise darum bemühen, das für Juni 2023 geplante Außenministertreffen des Ostseerates nach Schleswig-Holstein zu holen.

Ein wichtiges Datum für unsere Ostseezukunftspläne ist das für den 17. und 18. Februar 2022 geplante internationale Expertenforum in Lübeck. Das gesamte Kabinett wird präsent sein; auch Vertreter des Landtages und der Ostseeparlamentarierkonferenz sollen aktiv beteiligt werden. Renommierte Experten aus dem Ostseeraum diskutieren all die Themen der Ostseekooperation, die ich heute angerissen habe.

Ein wichtiger Workshop wird zum Beispiel das Thema klimafreundliche, grüne Mobilität aufgreifen. Jugendliche werden aktiv eingebunden. Bürgerinnen und Bürger werden über digitale Kanäle beteiligt.

Schleswig-Holsteins hat beste Voraussetzungen, um die Ostsee als Chancenraum zu nutzen. Ein starkes ökonomisches Fundament, gemeinsame Interessen, wohin sich die Wirtschaft entwickeln soll, und über Jahrzehnte gewachsene Partnerschaften verbinden uns mit den Anrainerstaaten. Künftig wollen wir noch mehr Menschen für die Ostseethemen gewinnen. Für uns als Landesregierung ist die Zusammenarbeit im Ostseeraum so wichtig wie selten zuvor.

Für mehr Wohlstand, Innovationen im Klimaschutz, Meeresschutz und für mehr Zusammenhalt lohnt sich unser Einsatz. Davon profitieren alle, meine Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Oppositionsführerin und Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Ostseeraum ist für uns in Schleswig-Holstein immer wichtig gewesen und hat auch einen sehr, sehr hohen Stellenwert. Unser Land war schon immer die treibende Kraft.

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir die Entwicklung der heutigen Strukturen der Ostseekooperation entscheidend mitgeprägt. Björn Engholm hat bereits 1988 die Vision der Ostsee als einer „Region einer aufblühenden wirtschaftlichen und kulturellen Begegnung“ beschrieben. Dieser Tradition fühlen wir uns alle verpflichtet.

(Beifall SPD und SSW)

Heide Simonis hat die integrierte Meerespolitik für Schleswig-Holstein entwickelt und zu einem der bis heute wichtigen Themen der Ostseekooperation gemacht. Während der Küstenkoalition hat die Landesregierung unter Ministerin Anke Spoorendonk die Federführung für den Bereich Kultur bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie übernommen.

Die Jamaika-Regierung steht damit also in der Tradition der vorherigen Landesregierung.

(Beifall SPD und SSW)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und selbstverständlich auch die SPD-Fraktion arbeiten mit Leidenschaft an diesem Projekt. Ein bisschen mehr Leidenschaft hätte ich mir auch bei Ihrem Vortrag gewünscht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD und SSW)

Unser Parlament ist in mehreren länderübergreifenden Gremien aktiv eingebunden. Daher gebührt auch den anderen Fraktionen unser Dank; denn gemeinsam führen wir das Erbe Engholms fort.

Die internationale Kooperation in der Ostseeregion ist einzigartig. Schleswig-Holstein hat sie immer aktiv mitgestaltet. Was in den 90er-Jahren nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aufgebaut wurde, hat bis heute Bestand. So war es auch die Ostseekooperation, für die von der EU als erste Makroregion eine regionale Strategie beschlossen wurde, nämlich die EU-Ostseestrategie.

Die Ostseeregion ist eine richtige Größe. Sie verbindet elf Länder und somit viele Menschen und ist dank der engen Kooperation eine der wohlhabendsten und wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt. Sie ist eine wissens- und innovationsorientierte Region. Sie ist Vorreiter, wenn es um den Schutz der Meeresumwelt geht. Sie ist eine Modellregion

(Serpil Midyatli)

für Kooperation, für Frieden und Sicherheit in Europa.

(Beifall SPD und SSW)

Die SPD begrüßt grundsätzlich das Anliegen der Landesregierung, sich dieses Themas nun zu widmen. Sie wissen, ich habe es eben ausgeführt, dass auch wir, die SPD, uns der Ostseekooperation traditionell sehr verbunden fühlen. Bisher haben wir von Ihnen jedoch nicht so viel gehört, was die Vision der Landesregierung für eine aus unserer Sicht notwendige Weiterentwicklung der Ostseekooperation angeht,

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

welche Herausforderungen Sie identifizieren, welche Chancen, Potenziale und Möglichkeiten Sie für Schleswig-Holstein darin sehen, welche Themen Sie aktiv voranbringen wollen, wie sich Schleswig-Holstein aus Ihrer Sicht einbringen müsste. Überwiegend zählen Sie auf, was es schon gibt.

(Beifall SPD)

Schön, dass wir uns da heute alle einig sind. Das hörte sich ja an, als hätte der Europaminister einen Bericht über die Ostseeregion gegeben, was in den letzten 20 bis 30 Jahren gelaufen ist. Herr Ministerpräsident, Sie wissen, dass der Ostseeraum ein Chancenraum ist. Wir wissen, dass es große Herausforderungen gibt. Diese haben Sie auch aufgezählt. Aber eine Perspektive sind Sie uns heute schuldig geblieben.

(Beifall SPD und SSW - Zurufe CDU)

Nichtsdestotrotz machen Sie kurz vor Ende der Legislatur diesen Aufschlag. Daher sind wir natürlich sehr gespannt, was Sie in den verbleibenden Monaten daraus machen werden.

Sie können auf einem sehr guten und soliden Fundament aufbauen. Doch wir sehen große Herausforderungen. Es braucht neuen Schwung in der Zusammenarbeit. Deshalb lassen Sie mich unsere Ideen für eine Gestaltung kurz darlegen.

Wir stehen heute vor anderen und mitunter neuartigen Herausforderungen als noch vor 30 Jahren: der zunehmende Rechtspopulismus und das Erstarren antidemokratischer Kräfte in fast allen Ostseeanrainerstaaten, die Belastung der EU-Russland-Beziehungen durch die Intervention Russlands in der Ukraine, neue Aufrüstungsrhetorik und -projekte, der Umgang mit den Munitionsaltlasten im Meer, die Digitalisierung sowie die daraus resultierende Transformation der Wirtschafts- und Arbeits-

welt und des gesellschaftlichen Miteinanders, der fortschreitende Klimawandel und natürlich immer noch aktuell: Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Covid-19-Pandemie.

Lösungen dazu müssen wir alle gemeinsam sozialverträglich denken. Angesichts dieser Themen braucht es dringend neue Impulse. Diese Impulse müssen ganzheitlich und nachhaltig wirken. Der Gedanke der Kooperation muss auf neue Füße gestellt werden. Dazu gehört aus unserer Sicht: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Medienfreiheit sowie starke zivilgesellschaftliche Strukturen als unverhandelbare Basis,

(Beifall SPD)

Frieden und Sicherheit, dazu insbesondere die Durchsetzung von Minderheitenrechten. Hier kann Schleswig-Holstein einen besonderen Beitrag leisten.

(Beifall SPD und SSW)

Die sozialverträgliche Gestaltung der Digitalisierung, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation und der Maßnahmen gegen den Klimawandel sowie angesichts der Folgen der Covid-19-Pandemie: gemeinsame Lösungen im Gesundheitsbereich und in der Sozialpolitik.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es wichtig - das wird Sie nicht weiter überraschen -, dass bei all diesen notwendigen Veränderungsprozessen ohne die Akzeptanz der Menschen nichts erreicht werden kann. Dafür braucht es Kommunikation, Transparenz und in infolgedessen Zuspruch. In einigen europäischen Ländern erleben wir, dass aufgrund der gefundenen Lösungen beziehungsweise der nicht guten Kommunikation viele Menschen nicht mehr an den europäischen Gedanken des Zusammenhalts und der gemeinsamen Vision glauben. Daher braucht es insbesondere die Menschen. Diese müssen mitgenommen und eingebunden werden. Lösungen müssen gemeinsam mit den Menschen erarbeitet werden.

(Beifall SPD und SSW)

Dass die Themen, die Herausforderungen, aber auch das, was Ostseekooperation bisher schon leistet, sichtbarer und wahrnehmbarer wird, und zwar im positiven Sinne, als Gestaltung mit und für die Menschen, das ist keine Frage. Den Herausforderungen im Ostseeraum muss mit nachhaltigen Konzepten begegnet werden. Schon immer war eines der wichtigsten Themen der Umwelt- und natürlich speziell der Meeresschutz. Das war schon immer ein Querschnittsthema. Nachhaltigkeit muss

(Serpil Midyatli)

auch an der grenzübergreifenden regionalen Zusammenarbeit über Ressorts und alle Gremien hinweg gedacht werden. Alle Maßnahmen müssen sich maßgeblich an ihrem Beitrag zur Klimaverträglichkeit, zur sozialen Teilhabe und zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum bewerten lassen.

Dabei setzen wir einen besonderen Akzent auf die soziale Teilhabe. Diese darf nicht außer Acht gelassen werden. Nur dann können wir die anstehenden Veränderungen nachhaltig gestalten. Wir brauchen solidarische Konzepte, die alle unterschiedlichen Lebenssituationen im Blick haben und diese berücksichtigen, die die Menschen auch mittragen können; denn die meisten wollen sie. Sie brauchen Möglichkeiten, dies auch tun zu können.

Wenn wir Politik in der Ostseeregion so gestalten, dann ist das eine Riesenchance für uns in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD)

Mit einer einzigartigen Vernetzung von Staaten, Regionen, Städten und Kommunen bietet der Ostseeraum einen ganz besonderen Arbeitsmarkt. Hier müssen moderne Arbeitsplätze entstehen. Das funktioniert nicht nur über Innovationen, sondern insbesondere über eine sozialverträgliche Transformation. Alle Länder und die in diesen lebenden Menschen müssen sich in diesem Projekt wiederfinden. Ansonsten bereiten wir den Nährboden für Populismus und nationalistische Ressentiments. Innovation an einem Ort darf nicht zulasten eines anderen Ortes gehen. Kooperation muss immer auf Augenhöhe sein.

(Beifall SPD)

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt bringt einschneidende Veränderungen mit sich. Das Leben und die Gesellschaft insgesamt verändern sich mit den Innovationen in diesem Bereich zum Teil sehr dramatisch. Die Coronakrise hat diesen Wandel deutlich beschleunigt. Er ist aber eine große Chance für die Kooperation, wenn wir ihn so gestalten, dass wir faire Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit schaffen und die Transformation gestalten, indem wir zum Beispiel mehr passgenaue Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen.

Die Coronakrise hat uns auch deutlich gemacht, wie fortschrittlich wir im Ostseeraum bereits sind - beispielsweise mit unserer seit Jahren intensiven Kooperation im Bereich der E-Health-Lösungen unter maßgeblicher Beteiligung unseres Landes -, aber auch, wo wir noch besser kooperieren könnten:

im Bereich eines gemeinsamen Frühwarnsystems, gemeinsamer Prävention und der Bekämpfung solcher Pandemien.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Ostseeraum bietet vor allem eine maritime Infrastrukturpolitik. Politik im Ostseeraum ist immer auch maritime Infrastrukturpolitik. In diesem Zusammenhang sind Hafenstandorte mit ihren jeweiligen Stärken kooperativ zu betreiben. Es nützt nichts, wenn Werften und Häfen unter dem internationalen Konkurrenzdruck in die Insolvenz getrieben werden. Es gilt, die Stärken einer intensiven und klugen Zusammenarbeit unter den Ostseeanrainern und ihren Hafenstandorten hervorzuheben. Es gilt, den Leitgedanken der Kooperation aufzunehmen, nicht den der wirtschaftlichen Konkurrenz; denn die Konkurrenz ist nicht im Ostseeraum. Die Konkurrenz ist viel weiter weg.

Der Handels- und Reiseverkehr zu Wasser und zu Land muss noch stärker zusammen gedacht werden. Wir müssen noch stärker als bisher abgestimmt mit unseren Partnern in der Ostseeregion in den Ausbau erneuerbarer Energien und in alternative Schiffsantriebe investieren. Das funktioniert nur gemeinsam. Dazu gehören auch die von Ihnen angesprochenen Wasserstoffprojekte. Ein wichtiges Projekt in diesem Kontext ist die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Festen Fehmarnbeltquerung. Auf beiden Seiten des Meeres und für die Bedeutung des Ostseeraums insgesamt ergeben sich hier neue Chancen, aber auch Herausforderungen, das wissen wir.

Wenn wir die Umwelt der Ostsee betrachten, ist ein wichtiger Aspekt der Umgang mit den Munitionsaltlasten im Meer. Sie haben es angesprochen. Nicht nur die SPD-Landtagsfraktion verfolgt das Thema seit Jahren sehr intensiv, zusammen mit der SPD-Bundesfraktion haben wir uns in den letzten beiden Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Thema über die Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorangebracht wird und hier noch stärker mit den Anrainern zusammengearbeitet wird.

Schleswig-Holstein ist von den Munitionsaltlasten im Meer besonders betroffen. Wir tragen hier eine Verantwortung, in der Gegenwart die schrecklichen Folgen der Vergangenheit zu beseitigen und den Weg für eine Zukunft ohne Munitionsaltlasten zu ebnen.

(Beifall SPD und SSW)

Um Sanierungen von Meeresgebieten vor unseren Küsten zu ermöglichen, müssen umweltgerechte Lösungen im industriellen Maßstab realisiert wer-

(Serpil Midyatli)

den. Das ist natürlich eine sehr große Herausforderung, die nur gemeinsam mit unseren Partnern bewältigt werden kann.

Der von der HELCOM gerade beschlossene neue Aktionsplan 2021-2030 beschreibt diese Maßnahmen, den Herausforderungen zu begegnen. Es geht nach wie vor um die Reduzierung der Belastung der Ostsee durch Nährstoffe. Meeresmüll inklusive Mikroplastik müssen deutlich reduziert werden. Die Arten müssen besser geschützt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Ostseeraum ist nicht nur eine wissens- und innovationsorientierte Region und Vorreiter, wenn es um den Schutz der Meereswelt geht, sie ist auch eine Modellregion für Kooperation, für Frieden und für Sicherheit in Europa. Das Besondere der Ostseekooperation ist, dass Russland aktiver Partner in der Zusammenarbeit ist und in alle Strukturen und Gremien aktiv als gleichberechtigtes Mitglied eingebunden ist. Die Einbindung über derlei Kooperationsformate bekommt eine umso größere Bedeutung in Zeiten, in denen Spannungen wieder zugenommen haben. Menschen an der Grenze zu Russland sind nicht ohne Grund in Sorge in Anbetracht neuer Aufrüstungsrhetorik und Militärpräsenz. Aber das gilt genauso für die andere Seite, insbesondere für die Exklave Kaliningrad.

In Polen müssen wir beobachten, wie rechtsstaatliche Prinzipien ausgehöhlt werden. Dafür, dass die EU nun endlich Sanktionen ins Spiel bringt, bedurfte es von unserer Seite sehr viel Druck. Wir mussten hier teilweise die Kommissionspräsidentin zum Jagen tragen - Sie haben das hier ja noch einmal deutlich ausgeführt. Wir alle müssen die rechtsstaatlichen Prinzipien vehement verteidigen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Auf den ersten Blick können diese Beziehungen natürlich unsere Kooperation belasten. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns ist die Zusammenarbeit im Ostseeraum immer Friedenspolitik gewesen. Wir haben in der vergangenen Woche der Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt für seine Friedenspolitik gedacht. Was vor 50 Jahren den Weg für ein friedliches Europa einte, ist uns auch in der Ostseekooperation eine Leitlinie. Der aktive Austausch mit der Oblast Kaliningrad ist ein wertvolles Pfund. Solche Verbindungen dürfen wir nicht vernachlässigen.

(Beifall SPD und SSW)

Unsere Bande dorthin sind stark, insbesondere über staatliche Kategorien hinweg. Die Partnerschaft mit

der russischen Region Kaliningrad hat lange Tradition in Schleswig-Holstein. Wir haben vor gut zwei Jahren zusammen mit der Landesregierung das 20-jährige Bestehen unserer Partnerschaft mit Kaliningrad gefeiert. Diese Zusammenarbeit im Ostseeraum kann ein gutes Beispiel sein. Deshalb lohnt es sich, für diese friedliche Kooperation weiter einzustehen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, für Frieden und Sicherheit in der Ostseeregion ist auch der Umgang mit Minderheiten von wichtiger Bedeutung. In Schleswig-Holstein durften wir vergangenes Jahr das 100-jährige Jubiläum der deutsch-dänischen Grenze begehen. Was früher konfliktbehaftetes Thema war, wurde für uns vor allem durch den Umgang mit den Minderheiten und durch deren aktiven Beitrag zu einem Friedensprojekt. Die Minderheitenpolitik in unserem Land gilt weltweit als Vorzeigemodell. Wir sollten den Schutz von Minderheiten auch in der Ostseekooperation tiefer verankern und die grenzübergreifende Repräsentanz und Akzeptanz unserer vielfältigen Kultur stärken. Dazu könnte Schleswig-Holstein zusammen mit Dänemark mit unserer gemeinsamen Erfahrung in besonderer Weise beitragen. Eine lebendige Demokratie braucht eine gute, privilegierende Politik für die Minderheiten. Das ist präventiv, partizipativ und produktiv für friedliche Lösungen. Minderheitenpolitik ist immer Friedenspolitik!

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen ist für uns eine stärkere Jugendbeteiligung von ganz besonderer Bedeutung, wenn der anstehende Wandel nachhaltig gestaltet werden soll. In Verbundenheit mit dem europäischen Gedanken sollten insbesondere die jungen Menschen noch mehr Chancen und Teilhabe in der Kooperation erhalten. Dafür haben wir uns in den letzten Jahren ganz besonders starkgemacht und begrüßen es deshalb sehr, dass Sie dies mit im Blick haben. Es ist ja richtig, dass Sie das Projekt des Ostseerates erwähnen. Aber das alles muss nachhaltig gefördert werden, vor allem nehmen wir Sie hier dann auch beim Wort.

Europa muss gelebt werden! Wir fordern einen verstärkten und intensiveren Austausch in der Region von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden. Erst durch den direkten Austausch werden Räume wie die Ostsee wirklich erfahrbar. Die Grenzen in den Köpfen werden überwunden und das kulturelle Zusammenleben an der Ostsee gestärkt. Dazu gehört für uns eine stärkere Förderung von Auszubildenden über Erasmus oder

(Serpil Midyatli)

den Ausbau des Jugendaustausches über die EU-Förderprogramme.

Ganz konkret müssen wir hier aber auch die Mittel für die Europaschulen erhöhen, um beispielsweise Klassenreisen in die Ostseeregion zu ermöglichen, die wir schon seit Langem fordern.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Verehrter Ministerpräsident, Sie haben ausschließlich bereits laufende Projekte aufgezählt. Eine neue Vision entwickeln Sie aber nicht. Sie verwenden wohlklingende, aber letztlich leere Worthülsen: Eine neue Dynamik soll her, aber Sie benennen nicht, woher sie kommen soll. Ich hätte mir tatsächlich gewünscht, dass Sie sehr klar und deutlich ausformulieren, wo Ihre Vision, Ihre Perspektive im Ostseeraum liegt. Dass die Chancen da sind, wissen wir alle gemeinsam. Aber es ist wichtig zu wissen, wo Schleswig-Holstein deutlich davon profitieren kann. Ein bisschen Eigenlob zur Wasserstoffstrategie reicht aus meiner Sicht nicht aus. Ihr Ansatz erscheint von daher etwas überheblich oder vielleicht auch nicht ganz zu Ende gedacht. Wie wollen Sie uns denn in die Ostseekooperation einbringen? Wo ist die gemeinsame klimapolitische Strategie? Wo wollen Sie ansetzen? Wie kann Schleswig-Holstein gemeinsam mit den anderen Ländern davon profitieren?

Es ist unsere Vision für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Kooperation für unsere Region, für die wir uns in den entsprechenden Gremien einsetzen, indem wir die Herausforderungen angehen und die Chancen, die darin liegen, nutzen. Das ist unsere vorrangige nächste Aufgabe. Dies kann gelingen, wenn wir mit den Menschen alle gemeinsam weiter daran arbeiten und unsere Impulse entsprechend einbringen.

Wir hoffen und wünschen uns, dass nach dieser Regierungserklärung nun auch Taten folgen werden; denn für uns ist der Ostseeraum auch ein Chancerraum. Die Perspektiven, verehrter Ministerpräsident, haben Sie uns heute nicht geliefert.

(Anhaltender Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peter Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich im Namen der CDU-

Landtagsfraktion sehr herzlich bei unserem Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung bedanken, aber vor allem bei der gesamten Landesregierung und auch bei unserem Europaminister Claus Christian Claussen für sein tolles Engagement, was wir als Mitglieder des Europaausschusses immer zu schätzen wissen. Dort steht er uns immer Rede und Antwort und macht uns bei jeder Sitzung deutlich, welche wichtigen und hohen Stellenwert gerade der Ostseeraum in der Zusammenarbeit mit unseren Freunden in Dänemark hat. Dafür noch einmal ganz, ganz herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Ostsee ist ein Meer, das nicht trennt, sondern uns alle miteinander verbindet. Eine friedliche Nachbarschaft und enge Partnerschaft sind dabei für uns von ganz besonderer Bedeutung. Dabei nimmt Schleswig-Holstein eine Spitzenstellung ein. Wir sind das Land an zwei Meeren mit politischer, wissenschaftlicher und unternehmerischer Kompetenz und Initiative.

In Skandinavien und im Ostseeraum ist Dänemark unser wichtigster Partner. Aus meiner Sicht ist die Situation der Bürgerinnen und Bürger, die täglich zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein pendeln, ein sehr wichtiger Aspekt. Hierbei müssen wir dringend weitere Barrieren abbauen, um Arbeitsplätze auch weiterhin attraktiv zu gestalten. Dies wird durch die Landesregierung mit der aktiven und finanziellen Förderung des Grenzkontors sehr gut unterstützt.

Eines der wichtigsten und größten deutsch-dänischen Projekte der letzten Jahre war und ist die Planung und Umsetzung der Festen Fehmarnbeltquerung. Das größte Investitionsvorhaben Nordeuropas lässt den skandinavischen Raum noch enger mit Kontinentaleuropa zusammenrücken. So wächst der Wirtschaftsraum Norddeutschland noch stärker mit Skandinavien zusammen. Das beinhaltet zum einen ein starkes Wirtschaftspotenzial für beide Regionen und zum anderen neue Chancen für die deutsch-dänische Zusammenarbeit. Mit der Festen Fehmarnbeltquerung wird zudem die letzte große Lücke im grenzüberschreitenden Verkehrsnetz Nordeuropas geschlossen. Die damit verbundenen Chancen sollten wir als Land Schleswig-Holstein beherzt nutzen.

Ein Vorteil dieses Projektes für den Ostseeraum ist beispielsweise die bessere Erreichbarkeit von Arbeits- und Absatzmärkten. Damit verbunden ist eine neue Ansiedlungsdynamik für zahlreiche Unterneh-

(Peter Lehnert)

men. Durch die Coronapandemie stehen viele Unternehmen vor ganz neuen Herausforderungen. Die derzeit anstehenden, wichtigen Zukunftsentscheidungen vieler Betriebe zur Ausrichtung ihrer Lieferketten sollten wir politisch aktiv begleiten.

Unternehmen lernen jetzt aus den gemachten Erfahrungen der Vergangenheit und sind deshalb aktiv dabei, Lieferketten neu auszurichten und deutlich zu verkürzen. Im Mittelpunkt stehen hierbei die regionale Produktion und die Erreichbarkeit. So erreichen wir auch zusätzlich Umweltziele, weil es, wenn die Lieferketten kürzer werden und regional produziert wird, nicht nur neue Arbeitsplätze sichert und schützt, sondern auch die Umwelt durch deutlich geringere Emissionen beim Transport geschützt wird. So können in Zukunft Güter effizient und umweltfreundlich hergestellt werden.

Für den Transport und die Herstellung dieser Güter werden dann Standorte in Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung sein. Neben einem guten Straßenverkehrsnetz wird es zukünftig immer wichtiger, den Transport von Waren und Gütern mit modernen Antriebssystemen für den Schienenverkehr zu optimieren. Außerdem können Wasserwege mit leistungsfähigen Häfen und Schiffe mit umweltfreundlichen Antrieben die Bedeutung des Seeverkehrs deutlich stärken.

Zukünftig wird aber auch die grenzüberschreitende Kooperationsbereitschaft in den Bereichen Technologie, Wissenschaft und Kultur profitieren. Für Schleswig-Holstein bedeutet das eine höhere und nachhaltige Wertschöpfung. Wir sind traditionell ein Land der Technik und Innovationen. Innovationen und neue Technologien verändern die Welt und das Leben jedes einzelnen Menschen. So werden bereits jetzt viele innovative Ideen vorangetrieben, die unsere Zukunft positiv beeinflussen können.

Hierbei möchte ich unter anderem das grenzüberschreitende Energie- und Infrastrukturprojekt „Hydrogen Corridor“ nennen, in dem ein Kernnetz von Wasserstofftankstellen für Verkehre auf dem Weg von Hamburg nach Oslo errichtet wird. Gemeinsam mit dem STRING-Netzwerk machen wir Schleswig-Holstein so zu einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Zukunftsregion.

(Beifall CDU und Dennys Bornhöft [FDP])

Aber auch das Thema Künstliche Intelligenz wird in Zukunft im Ostseeraum, unter anderem bei der Bekämpfung von Umweltproblemen, eine immer größere Rolle spielen. Ein Bergeroboter, wie er von Thyssenkrupp entwickelt wurde, kann hierbei beispielsweise die technische Lösung für die Beseiti-

gung der Munitionsaltlasten in der Ostsee sein. Künstliche Intelligenz ist auf dem besten Weg, zu einer Schlüsseltechnologie der Zukunft zu werden, wovon wir in Schleswig-Holstein mit einer klugen Ansiedlungsstrategie profitieren sollten.

Der Chancenraum Ostsee bietet noch weitere Perspektiven, die wir voranbringen sollten. Als Beispiel ist hier der Tourismusbereich zu nennen. Dort bietet sich ein ganz neues Gästepotenzial. Durch die Coronapandemie hat die Nachfrage im Bereich des Inlandtourismus, insbesondere an der Nord- und Ostsee, stark zugenommen. Dies führt dazu, dass neue Zielgruppen durch qualitativ hochwertige Angebote dauerhaft an Schleswig-Holstein gebunden werden können.

Eine weitere Chance bieten Digitalisierung und der Breitbandausbau. Mobiles Arbeiten und Leben in den Küstenregionen Schleswig-Holsteins bieten hierbei zusätzliche und attraktive Möglichkeiten. Grundlage dafür ist unser vorbildlicher Glasfaserausbau, der uns bereits heute zum Spitzenreiter in Deutschland macht.

Weitere Perspektiven ergeben sich aus der Spitzenforschung an unseren Universitäten und Hochschulen. Hier müssen weitere Partnerschaften mit kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen werden, um innovative Forschungsergebnisse für viele Firmen auch ökonomisch nutzbar zu machen.

Auf politischer Ebene pflegen wir natürlich auch unsere internationalen Beziehungen zu den Ländern im Ostseeraum. Das wichtigste gemeinsame Gremium für uns als Parlament ist dabei die Ostseeparlamentarierkonferenz. Aber wir werden auch selber aktiv. So wird eine parlamentarische Delegation am 17. und 18. November 2021 unsere Freunde im Folketing in Kopenhagen besuchen und ausführliche Gespräche dazu führen. Wir hatten das bereits länger vorgesehen, aber Corona ist uns dazwischengekommen. Ich freue mich sehr darüber, dass wir diese Aktivitäten mit unseren dänischen Freunden jetzt wieder intensivieren können. Das ist ein ganz wichtiges Signal, dass wir als Parlament uns aktiv einbringen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dieser internationale Austausch zu unterschiedlichen Themen wie zum Beispiel Kooperation in Wirtschaft, Forschung und Digitalisierung ist für die Zukunft des Ostseeraums von entscheidender Bedeutung. Dabei ist es zudem wichtig, dass wir den Schutz der Ostsee gemeinsam denken und dabei gemeinsam handeln. In Lübeck wurde deshalb

(Peter Lehnert)

in der vergangenen Woche der sogenannte „Baltic Sea Action Plan“ von der Helsinki-Kommission - HELCOM - beschlossen. Damit gehen wir durch die Anrainerstaaten die großen ökologischen Herausforderungen wie beispielsweise die Überdüngung und Munitionsbeseitigung in der Ostsee gemeinsam aktiv an.

Als weiteren Aspekt möchte ich Jugendbegegnungen hervorheben, die für uns als CDU von besonders großer Bedeutung sind. Die Jugend ist nicht nur unsere Zukunft, sondern vielmehr tragen die vielfältigen Begegnungen im sportlichen, kulturellen und Bildungsbereich zur Weiterentwicklung unseres Landes entscheidend bei. So fördert dankenswerterweise der Landesjugendring Schleswig-Holstein seit mehr als 30 Jahren den umfangreichen Jugendaustausch im Ostseeraum und ermöglicht damit freundschaftliche und dauerhafte Begegnungen.

Die CAU in Kiel trägt in vorbildlicher Weise mit vielen Partnerschaften zu osteuropäischen Universitäten zu dieser Entwicklung maßgeblich bei. Erwähnenswert ist hierbei insbesondere, dass Studierende die Möglichkeit haben, ein Studium mit Masterabschlüssen in beiden Partnerländern zu absolvieren und auch die entsprechenden Anerkennungen zu bekommen.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass Schleswig-Holstein bereits heute die erheblichen Entwicklungspotenziale im Ostseeraum aktiv nutzt. Diese Tatsache sollte uns allerdings nicht dazu verleiten, uns auf dem Erreichten auszuruhen. Es sollte uns vielmehr dazu anspornen, gemeinsam mit unseren Freunden im Ostseeraum einen neuen innovativen Gründergeist zu entwickeln.

Abschließend richte ich noch einmal meinen herzlichen Dank an die Landesregierung mit unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther, die mit ihrer Arbeit in den vergangenen Jahren ganz deutlich gemacht hat, dass sie die Chancen und Perspektiven des Ostseeraums, die enge Partnerschaft und Freundschaft mit Dänemark aktiv erkannt und begleitet hat - mit ganz vielen Projekten und ganz viel Herzblut und persönlichem Engagement. Dafür meinen herzlichen Dank. - Wir haben alle Möglichkeiten, unser Europa aktiv mitzugestalten. Lassen Sie uns diese Chance gemeinsam nutzen! - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Die Ostsee ist seit Jahrhunderten Dreh- und Angelgewässer für wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolgskonzepte. Angefangen bei den Wikingern - also weit vor Björn Engholm, liebe Frau Midyatli - über die wirtschaftliche Blüte der Hansezeit verbindet dieses Binnenmeer bis heute Staaten, auch unabhängig von der EU. Die Europäische Union stärkt durch ihre vielfältigen INTERREG- und Förderprogramme die beteiligten Ostsee-Anrainerstaaten enorm.

Ob Gewerkschaften, Unternehmen, Jungunternehmerinnen und -unternehmer, Jugendverbände, Kulturschaffende - der Ostseeraum beherbergt zahlreiche Netzwerke und verbindet Menschen und - das ist hier von allen Parteien gesagt worden - verbindet maßgeblich junge Menschen, Jugendliche. Wenn ich es aus Ihren Reden richtig herausgehört habe, ist das etwas, was uns gemeinsam antreibt und wo wir in Schleswig-Holstein einen noch stärkeren Schwerpunkt setzen sollten.

Schleswig-Holstein ist von Anfang an dabei, ist treibende Kraft bei der Ostseekooperation. Ich danke dem Ministerpräsidenten und der gesamten Regierung, die dies voranbringen, die sich dafür einsetzen. Der Umweltminister, der heute nicht hier sein kann, hat auf der letzten Helcom-Konferenz maßgeblich mitgewirkt.

Liebe Frau Midyatli, ich habe nicht verstanden, warum Sie der Meinung sind, dass bei der Rede des Ministerpräsidenten nicht dargestellt worden sei, wie die Ostseepolitik ist. Das ist mir völlig unklarlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zurufe SPD)

Dafür kann es zwei Gründe geben. Der erste Grund kann sein, dass Sie die Rede schon geschrieben hatten, bevor Sie die Regierungserklärung gehört haben. Es ist üblicherweise so, dass man sie schon fertig hat. Dann würde ich so einen Passus einfach weglassen. Oder Sie wollten einfach bewusst nicht zuhören. Natürlich ist die Darstellung dessen, was zurzeit stattfindet und wie es fortentwickelt werden soll,

(Serpil Midyatli [SPD]: Wie denn?)

(Eka von Kalben)

eine sehr konkrete Darstellung - im Gegensatz zu dem, was Sie als Ihre zukünftige Ostseepolitik beschrieben haben,

(Werner Kalinka [CDU]: Genau! - Vereinzelter Beifall CDU)

die viel Richtiges beinhaltet; ich bin inhaltlich bei Ihnen; ich glaube, wir sind inhaltlich alle gar nicht so weit auseinander. Konkreter waren Ihre Vorschläge allerdings nicht,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut!)

außer vielleicht die stärkere Förderung von Klassenfahrten der Europaschulen; das war ein konkreter Punkt, den ich herausgehört habe und über den wir in den Haushaltsberatungen reden müssen.

Meine Damen und Herren, Millionen von Menschen leben in diesem reizvollen Gebiet und nutzen die Ostseestrände zur Erholung. Die Menschen an der Ostsee wissen, dass sie gemeinsam stärker sind. Die Ostseeparlamentarierkonferenz tagt bereits seit 30 Jahren, Abgeordnete aus regionalen und nationalen Parlamenten haben auch dieses Jahr wieder nach Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit gesucht. Dieser Landtag hat neben der heutigen Regierungserklärung einen extra Tagesordnungspunkt beschlossen, um die Inhalte der Ostseeparlamentarierkonferenz noch einmal zu beraten. Auch das zeigt, dass wir als Landtag die Ostseeregion sehr ernst nehmen.

Es ist kein Wunder, dass sich die Länder, die durch die Ostsee miteinander verbunden sind, besonders mit dem Schutz dieser See beschäftigen, Schutz vor Vermüllung, Überdüngung und Munitionsaltlasten.

Die Überdüngung der See zerstört gerade in der Ostsee, die besonders sensibel ist, weil sie nicht so viel Wasseraustausch hat, wichtige Lebensräume. Die Seegraswiesen zum Beispiel speichern erheblich CO₂. Deshalb ist Meeresschutz auch Klimaschutz. Herr Ministerpräsident, Sie haben es eben genau andersrum gesagt, aber beides ist richtig. - Wenn mir jemand bitte ein Glas Wasser bringen könnte, wäre ich sehr dankbar, auch wenn ich die SPD eben so angegriffen habe. - Sehr herzlichen Dank!

Der Klimawandel spielt schon jetzt eine erhebliche Rolle in der Ostsee, die bereits um 1,5° wärmer geworden ist; sie muss widerstandsfähiger werden. Dazu gehört ein konsequenter Umbau in der Landwirtschaft; sonst sägen wir uns selbst den Ast ab, auf dem wir sitzen.

Auch wenn der Ostseeraum mit seinen zauberhaften Landschaften stark vom Tourismus lebt, ist unstrittig, dass es andere Schiffsantriebe braucht, wenn wir diesen Schatz auch zukünftigen Generationen ermöglichen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das Thema Munitionsaltlasten war zu Recht Gegenstand der diesjährigen Helsinki-Konferenz vergangene Woche in Lübeck. Gerade bei den durchrottenden Munitionskörpern tickt eine ökologische Zeitbombe. In Schleswig-Holstein sind besonders die Flensburger und Kieler Förde stark betroffen. Die Aufgabe ist riesig. Die Schätzungen des NABU - Sie haben es genannt - gehen allein in Nord- und Ostsee von mehr als 1,6 Millionen t Munitionsmüll in den Küstengewässern aus. Die Bergung ist kompliziert und gefährlich. Ich habe größten Respekt vor all den Menschen, die sich dieser schwierigen Aufgabe stellen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Ostseeraum ist natürlich mehr als nur ein großes Gewässer; viele Menschen leben von dem, was im Wasser schwimmt beziehungsweise leider nicht mehr ausreichend schwimmt. Deshalb ist auch der Erhalt der Fischwelt ein Thema, das wir nur übergreifend angehen können. Über die Überfischung und ihre Folgen werden wir morgen noch beraten. Meine Kollegin Marlies Fritzen hat es gestern treffend beschrieben: Die Bedrohung der Fischerei entsteht nicht dadurch, dass es Fangquoten gibt, sondern dadurch, dass es irgendwann keine Fische mehr zu fischen gibt.

Auch die Fischerei muss einen Beitrag dazu leisten, dass der Plastikmüll zurückgeht, denn die Schleppnetze sind einer der größten Müllfaktoren in der See. Auch hier können wir durch Kooperation mit allen Ostseeländern Innovationen nutzen, können nach neuen Fischereitechniken, nach neuen, alternativen Stoffen für die Fischerei suchen.

Im Zusammenhang mit all diesen Herausforderungen hat die Helsinki-Konferenz einen konkreten Plan vorgelegt, die bereits 2007 erhobenen Forderungen wirklich umzusetzen. Warum betone ich das? - Weil wir in der Pflicht stehen, die Forderungen, bei denen sich alle immer schnell einig sind, konkret umzusetzen. Es reicht nicht, nur Ziele zu beschreiben, ihnen müssen Taten folgen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Eka von Kalben)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zurück zum positiven Spin des Titels der Regierungserklärung: Wohlstand, Klimaschutz und Innovation wollen wir für den Ostseeraum durch ein gutes Miteinander erreichen. Diese Themen kann man nicht getrennt voneinander sehen. Klimaschutz ist die zentrale Voraussetzung für Wohlstand, vor allem, wenn man Wohlstand ganzheitlich betrachtet. Zu unserem Wohlstand gehört auch, dass wir in einer intakten Umwelt leben. Innovation ist eine, wenn nicht sogar die wichtigste Voraussetzung, damit Klimaschutz in annähernd angemessener Zeit erreicht werden kann. Das Bewusstsein, dass wir diese Aufgaben miteinander bewältigen können, ist gut und wichtig.

Gerade in Sachen Klimaschutz können wir eine zentrale Rolle spielen, die unseren Wohlstand voranbringt. Für die regenerative Energiegewinnung aus Wind- und Solarkraft ist unser Land prädestiniert. Wir müssen dafür sorgen, dass Produkte und Technologien zur Umsetzung der Energiewende, also die Folgesektoren der Energiewende, in Schleswig-Holstein hergestellt werden. Ein Punkt ist sicher die Wasserstoffstrategie. Ich wäre allerdings dankbar, wenn wir viel ganzheitlicher und weiter denken würden. Ich glaube, dass wir dann zu dauerhaftem Wohlstand kommen können.

Mit der Klimawende muss auch eine Verkehrswende einhergehen. Hier sind unsere Nachbarinnen und Nachbarn, besonders in Skandinavien, wesentlich weiter.

Ob die Fehmarnbeltquerung die Möglichkeiten, von Skandinavien zu lernen, tatsächlich verbessert, stellen wir zwar infrage, aber sollten sich durch dieses ökologisch bedenkliche, riesige Infrastrukturprojekt bei allen negativen Umweltaspekten auch positive Aspekte für die Gesamtregion generieren lassen, sollten wir die natürlich nutzen. Es wäre absurd, es nicht zu machen.

Ich teile nicht ganz Ihre Position oder die Position der FDP, sondern glaube, dass mehr Gewerbegebiete nicht unbedingt ein Zeichen dafür sind, dass dort nachhaltige und sinnvolle Arbeitsplätze entstehen. Wir müssen darauf achten, dass diese Region keine Transitregion oder eine Region für Onlinehandel und Verpackungsstationen wird, sondern dass in dieser Region - ich bin dankbar, dass Sie heute hier sind, Herr Jorkisch -, wie es der Verein HanseBelt immer wieder antreibt, hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen, zum Beispiel im Gesundheitssektor oder im Energiesektor. Wenn das gelingt, wenn in der Region ein Spirit mit hochwertigen Arbeits-

plätzen entsteht, wäre ich dankbar, und das teilen wir.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Denn auch in Sachen Innovation sind die skandinavischen und baltischen Länder uns deutlich voraus. Digitalisierung in der Verwaltung, innovative Arbeitsmodelle und die leichtere Vereinbarung von Familie und Beruf können uns als soziale Innovation Vorbild sein. Wenn sich zum Beispiel das digitale Vorzeigeprojekt X-Road, an dem Finnland und Estland arbeiten, über den ganzen Ostseeraum ausbreiten würde, wären wir wirklich ein ganzes Stück weit vorn.

Wir hier in Schleswig-Holstein profitieren schon lange von unserer dänischen Minderheit und können dieses Modell auf die Regionen des gesamten Ostseeraums positiv ausbauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Ostsee-Anrainerländer saßen nicht immer an einem Tisch. Der eiserne Vorhang hat auch die Zusammenarbeit in der Region erschwert. Wir sind alle froh, dass diese Zeit überwunden ist.

Angesichts der erschütternden Bilder und Nachrichten zur Flüchtlingssituation in Belarus und zu den Auseinandersetzungen in Polen möchte ich noch ein paar Worte dazu verlieren. Die Partnerschaften im Ostseeraum müssen gepflegt werden, das ist keine Frage. Sie haben es auch gesagt, Frau Midyatli, es ist eine Frage der Sicherheit und der Friedenspolitik. Aber Sie dürfen auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir mit einigen Anrainerländern in einem wirklich schwierigen Austausch sind. Wir können bei Menschenrechtsverletzungen nicht wegucken. Das gilt sowohl für den Umgang mit Geflüchteten in Belarus als auch für den unsäglichen Streit Polens mit der Europäischen Union.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Tim Brockmann [CDU])

Die Ostsee hat Menschen seit jeher miteinander verbunden. Dabei wurde nicht nur mit Waren gehandelt, auch Ideen, Werte und Kultur wurden miteinander ausgetauscht. Daran konnten alle Regionen wachsen.

Angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen sind dieses Miteinander und dieses Zusammengehörigkeitsgefühl ganz besonders wichtig und wertvoll. Das ist ein Grund mehr, das verbindende Element, die Ostsee, zu schützen und al-

(Eka von Kalben)

les dafür zu tun, dass sie sich von den negativen Einflüssen des Menschen erholt.

Wir in Schleswig-Holstein leisten unseren Beitrag. Ich danke dem Ministerpräsidenten dafür, dass er unsere Rolle für ein partnerschaftliches Miteinander mit dieser Regierungserklärung so deutlich gemacht hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es richtig und gut, dass das Thema Ostseeregion hier heute mit dem Ministerpräsidenten sehr prominent besetzt wurde und viele wichtige Projekte angesprochen wurden. Im Norden wussten die Menschen schon vor der Hanse - also schon einige wenige Jahre vor der Geburt Björn Engholms -, dass die Ostsee ein wichtiger Ort des Austauschs und auch Quelle des Wohlstands ist.

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU])

In vielen Köpfen befindet sich Schleswig-Holstein leider noch immer in einer Art geografischer Randlage. Das ist mit Blick auf Skandinavien und die gesamte Ostseeregion jedoch spätestens seit dem Fall der Mauer nicht mehr der Fall. Wenn die Feste Fehmarnbeltquerung eröffnet wird, wird unser Bundesland endgültig in eine sehr zentrale Lage innerhalb Europas rücken.

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU])

Auch mit Blick auf SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sage ich: Es ist ganz egal, ob man diese Verbindung nun gut findet. In einer Demokratie muss man so etwas zum Glück nicht gut finden. Ich finde auch viele Sachen eher fragwürdig. Es ist aber längst klar, dass nun definitiv gebaut wird. Deshalb muss man spätestens jetzt das Ganze verinnerlichen und sich entsprechend darauf einstellen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich war und bin ein großer Befürworter dieses Projektes, ohne dabei zu übersehen, dass ein solches Großprojekt an einigen Stellen natürlich auch Belastungen mit sich bringt, denen man begegnen muss: im Umweltbereich, für die Anwohnerinnen und Anwohner. Das wird auch getan.

Mit Hamburg und Kopenhagen werden nicht nur zwei Metropolregionen enger miteinander verbunden. Dafür würde man diesen Aufwand wohl kaum betreiben. Norddeutschland und Mitteleuropa rücken viel enger mit Skandinavien zusammen und umgekehrt. Es wird hierzulande allzu oft übersehen, dass diese Verbindung auch für Schweden und Norwegen eine enorme Bedeutung hat. Deshalb wollen die auch unbedingt, dass es jetzt vorangeht und die Querung realisiert wird.

Oft wird übersehen, dass es in erster Linie ein Schienenverkehrsprojekt ist, übrigens eines der größten in Europa. Man kann nicht ständig sagen, der Verkehr solle auf die Schiene verlegt werden, und dann jedes Schienenverkehrsprojekt ablehnen, das ein bisschen größer ist.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Es ist ein Projekt von europäischer Dimension. Als großer Anhänger der europäischen Idee bin ich gerade in diesen bewegten Zeiten der Meinung, dass es tausendmal besser ist, wenn in Europa neue Verbindungen gebaut werden, als wenn neue Grenzzäune oder Schlagbäume aufgestellt werden.

(Beifall FDP)

Ich weise an dieser Stelle noch einmal darauf hin, dass es zumindest in meinen Augen etwas widersprüchlich ist, einerseits dieses neue, verbindende Projekt zu realisieren und andererseits immer neue Gründe für Grenzkontrollen zu finden. Meines Erachtens ist das nicht im Sinne des Schengener Abkommens, das eine große europäische Errungenschaft ist und bitte auch bleiben sollte. In bestimmten Krisensituationen mögen gewisse Grenzkontrollen innerhalb Europas meiner Meinung nach Sinn ergeben. Sie dürfen aber nicht zu einer Dauerlösung werden, um die Gemüter von Nationalisten im eigenen Land zu beruhigen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich sage ausdrücklich: Das gilt mitnichten nur für Dänemark. Auch andere Länder, auch Deutschland haben Grenzkontrollen eingeführt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bayern!)

Von den dänischen Grenzkontrollen sind wir aber nun einmal besonders betroffen. Sie fördern nicht gerade das Zusammenwachsen der Grenzregion, das wir doch alle befördern wollen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lukas Kilian [CDU])

(Christopher Vogt)

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die dänische Grenze während der Pandemie für uns Schleswig-Holsteiner deutlich durchlässiger war als die Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Das macht das Ganze zwar nicht besser, aber was sich die Landesregierung von Frau Schwesig da erlaubt hat, hatte mit Infektionsschutz nichts mehr zu tun und bleibt in meinen Augen verstörend, gerade für die Menschen in Lübeck und im Herzogtum Lauenburg.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Der Ministerpräsident hat es zu Recht angesprochen: Unser Bundesland kann und sollte bereits während der Bauzeit von der neuen Beltquerung profitieren. Natürlich braucht es zusätzliche Gewerbegebiete entlang dieser neuen Trasse. Wir wollen natürlich den Flächenverbrauch bremsen. Aber auch dort, Frau Kollegin von Kalben, wird es natürlich Notwendigkeiten geben, damit wir von dieser wirtschaftlichen Entwicklung, die natürlich mit dieser Trasse einhergehen wird, profitieren können. Da haben wir tatsächlich einen Dissens. Ich bin nicht der Meinung, dass man dort politisch von vornherein zwischen sinnvollen und nicht sinnvollen oder zwischen hochwertigen und minderwertigen Arbeitsplätzen unterscheiden sollte.

(Beifall FDP)

Alle Arbeitsplätze sind wichtig. Wir brauchen gute Arbeitsverhältnisse in allen Bereichen, aber alle Arbeitsplätze sind wichtig. Wir brauchen nicht nur Arbeitsplätze für Hochqualifizierte in Schleswig-Holstein, ganz im Gegenteil, sondern auch für andere Menschen brauchen wir diese Arbeitsplätze.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Anmerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Christopher Vogt [FDP]:

Ich habe es ja provoziert, deswegen natürlich gern.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich frage Sie, ob Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich von nachhaltigen Arbeitsplätzen gesprochen habe. Damit habe ich gemeint: Arbeitsplätze, die unserer Transformation der Wirtschaft dienen und nicht schäd-

lich sind. Das heißt: Arbeitsplätze, wo Dinge produziert werden, die nicht klimaschädlich sind, sondern unserer Transformation mit dem Ziel, CO₂-frei zu werden, nutzen. Ich habe ausdrücklich nicht davon gesprochen, dass wir nur gut bezahlte oder für Menschen mit hohem Bildungsabschluss geeignete Arbeitsplätze schaffen. Natürlich brauchen wir für die gesamte Gesellschaft fair bezahlte Arbeitsplätze.

- Das ist doch wunderbar. Dann sind wir uns ja vermutlich doch einiger, als ich dachte. Sie haben aber auch von sinnvollen, hochwertigen und hochqualifizierten Arbeitsplätzen gesprochen. Deswegen mein Hinweis. Ich danke Ihnen für die Richtigstellung. Da sind wir doch, wie fast immer, Frau Kollegin, sehr nah beieinander.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, auch Jamaika bringt Kulturen zusammen, das muss man ja nach einigen Jahren feststellen!

(Heiterkeit und Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die wirtschaftliche Entwicklung, die mit diesem Projekt verbunden ist, braucht unser Bundesland. Die Verbindung soll natürlich nicht nur den wirtschaftlichen Austausch beflügeln, sondern zum Beispiel auch den Schüleraustausch. Auch das ist ein Punkt, Herr Ministerpräsident, um den wir uns kümmern sollten. Wenn wir näher zusammenrücken, müssen wir dies auch befördern, indem wir die Menschen näher zusammenbringen. Ich sehe in den Bereichen Sport und Kultur an vielen Stellen noch viel Luft nach oben.

Ich habe persönlich in meiner Jugend - das werden viele nicht glauben - sehr viel Fußball gespielt. Ich war einmal beim Dana Cup in Dänemark. Dort sind vor allem aus den Ostsee-Anrainerstaaten, aber auch aus aller Welt Jugendliche zusammengekommen und haben dort eine Woche miteinander und gegeneinander Fußball gespielt. Das war und ist ein Musterbeispiel. Solche Projekte brauchen wir viel mehr, und daran sollte sich Schleswig-Holstein maßgeblich beteiligen.

(Beifall FDP und Peter Lehnert [CDU])

Es sind also mit dieser neuen Querung unheimlich viele Chancen verbunden, und wir sollten sie allesamt nutzen.

Wir können sehr viel von unseren Nachbarn in den skandinavischen Ländern lernen, nicht nur beim

(Christopher Vogt)

Planungsrecht, sondern auch beim Thema Modernisierung und modernes Staatswesen. Wenn wir in das Baltikum schauen, ist es schon erstaunlich, wie es eine ehemalige kleine Sowjetrepublik wie Estland durch viel Mut und Investitionen in die Digitalisierung geschafft hat, zu einem modernen Vorzeigestaat zu werden. Daran sollten wir uns orientieren und das sozusagen ein Stück weit aufsaugen.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, insgesamt sollte sich vor allem die junge Generation in der Ostseeregion noch besser kennenlernen. Sie ist schließlich unsere Zukunft. Das gilt ausdrücklich nicht nur für Skandinavien, sondern auch für das Baltikum und ganz besonders für Polen.

Großes Potenzial sehe ich in der Tat im Bereich der Wissenschaft. Jede Studentin oder jeder Student in Schleswig-Holstein sollte einmal ein Semester im Ausland absolviert haben, und am besten sollte dies natürlich in einem der Ostsee-Anrainerstaaten passieren. Das wäre ein sinnvolles Ziel, das wir uns gemeinsam setzen und mit den Hochschulen anpacken sollten.

(Beifall FDP, CDU, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage mit Blick auf die Kieler Christian-Albrechts-Universität, die sich hoffentlich bei der Exzellenzstrategie wieder bewerben und beim nächsten Mal hoffentlich auch zum Zuge kommen wird: Damals war es ein ganz wesentlicher Punkt, dass gesagt wurde, das Thema Internationalisierung sei ein Schwachpunkt der Kieler Uni. - Das sollten wir nicht auf uns sitzen lassen, sondern wir sollten die Kieler Universität dabei unterstützen, gerade im Bereich der Ostsee - dafür ist sie ja prädestiniert - viel mehr dafür zu tun, die Internationalisierung voranzutreiben und dann bei der nächsten Exzellenzstrategie erfolgreich zu sein.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Auch zu Belarus hat der Ministerpräsident heute - wie ich finde - die richtigen Worte gefunden. Wir als Freie Demokraten stehen an der Seite der unterdrückten Demokratiebewegung in Belarus. Dass das Lukaschenko-Regime nicht nur die Demonstranten niederknüpelt und einsperrt, sondern nun auch Menschen in Not als politisches Instrument gegen Polen, Deutschland und die EU insgesamt missbraucht, ist einfach nur widerwärtig.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Beifall Volker Schnurrbusch [AfD] und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Das ist - wenn man so will - eine neue Form der hybriden Kriegsführung, und das muss sofort aufhören. Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass wir mit Russland im engen Dialog bleiben müssen - auch Russland unterstützt ja dieses Regime ganz maßgeblich -, aber ich sage auch sehr deutlich: Deutschland und die EU müssen in dieser Auseinandersetzung mit Russland, mit Belarus und anderen, die uns spalten und schwächen wollen, die uns nichts Gutes wollen, Stärke und vor allen Dingen Zusammenhalt innerhalb Europas zeigen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist wirklich bedauerlich, dass im Jahr 2021 Bundeswehr und andere NATO-Soldaten im Baltikum gebraucht werden. Aber es ist angesichts der Bedrohungslage dort leider notwendig. Deshalb ist es absolut richtig, dass unsere Bundeswehrsoldaten dort sind, um unsere Freunde und Verbündeten im Baltikum zu schützen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, es wird noch im Laufe der weiteren Plenartagung Thema sein, deshalb nur ganz kurz: Ich sehe, anders als beispielsweise die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, das Gasleitungsprojekt Nord Stream 2 kritisch.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Natürlich ist es so, dass die Einflussmöglichkeiten Russlands auf Europa dadurch vergrößert werden. Das kann niemand ernsthaft bestreiten. Wir werden sehr bald sehen - das sehen wir bereits in Ansätzen -, wie das von Russland genutzt werden wird.

Dass das Verhältnis zu Russland so ist, wie es ist, ist wirklich bedauerlich. Ich hoffe sehr, dass es sich irgendwann auch wieder deutlich entspannen wird. Denn die Kooperation mit Russland könnte gerade im Ostseeraum sehr fruchtbar sein; allein schon, wenn man bedenkt - ehrlich gesagt war auch mir das lange Zeit nicht klar -, dass am anderen Ende der Ostsee mit Sankt Petersburg eine 5-Millionen-Einwohner-Metropole liegt, mit der wir unheimlich viel Kooperation im Bereich der maritimen Wirtschaft und anderen Bereichen haben könnten. Das wird durch die Auseinandersetzung mit Russland gebremst, und das ist sehr bedauerlich. Ich hoffe, dass das bald anders sein wird.

(Christopher Vogt)

Meine Damen und Herren, auch zu Polen besteht wohl Einigkeit. Man kann sich von der EU nicht nur die Rosinen herauspicken; das wird auf Dauer nicht funktionieren. Es bereitet uns große Sorge, was dort in Polen derzeit vonseiten der polnischen Regierung geschieht. Die Polen sind ein extrem pro-europäisches Volk, und ich hoffe, dass die Regierung nicht den Fehler begeht, diesen Weg weiterzugehen, den sie derzeit eingeschlagen hat.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SSW)

Es wurde heute sehr viel Richtiges zum Thema Beseitigung von Munitionsaltlasten in der Ostsee gesagt. Es ist in der Tat überfällig, dass wir uns um diese tickenden Zeitbomben kümmern. Das ist eine große Bedrohung für unsere Umwelt und teilweise für die Schifffahrt. Schleswig-Holstein geht da voran, das ist richtig. Aber mit Blick auf den Bund und auf die Europäische Union sowie die anderen Anrainerstaaten haben wir eine gemeinsame Verantwortung. Der müssen wir gerecht werden. Es ist deshalb gut, dass Schleswig-Holstein vorangeht, aber es ist auch Zeit, dass wir dort noch deutlich mehr tun.

Auch das Thema Fischerei werden wir im weiteren Verlauf der Tagung noch besprechen. Das Thema Meeresforschung wurde zu Recht angesprochen, ebenfalls die stärkere Kooperation, die wir gerade im Bereich der Energiepolitik und im Bereich Wasserstoff angehen sollten.

Auch das Thema saubere Schifffahrt ist hier bereits mehrfach zu Recht angesprochen worden. Wo, wenn nicht in der Ostsee, sollte eine Region entstehen, wo die Schifffahrt als Erstes sauber wird, wo wir Landstromanschlüsse in den Häfen nutzen, wo wir saubere Antriebe haben? Da müssen wir schnell weiter vorankommen.

Auch im Bereich der Gesundheitswirtschaft sehen wir großes Potenzial für noch mehr Kooperation.

Meine Damen und Herren, die Ostseeregion sollte - bei allen angesprochenen Herausforderungen - spätestens in der nächsten Generation in Europa und darüber hinaus eine Musterregion für Demokratie, Freiheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit werden. Wir sollten noch stärker unseren Beitrag dazu leisten. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Vorsitzende Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat am Anfang seiner Rede ganz deutlich gesagt, dass er die Ostseepolitik - ich zitiere - „neu fokussieren“ will. Das heißt, es wird jetzt etwas Altes gegen etwas Neues ausgetauscht. Das Neue soll heißen: Wohlstand - also wirtschaftliches Wachstum -, Innovation und Klimaschutz. Das sind alles Punkte, die wir wahrscheinlich alle unterschreiben können. Da können wir ganz klar einen Haken hinter machen. Aber das sind natürlich auch Punkte, von denen alle, wenn wir über Nordseekooperation reden und sagen würden, Wohlstand, Klimaschutz und Innovation, sagen würden: Das ist alles gut.

Wenn sich andere Staaten irgendwo im Mittelmeerraum darüber unterhalten und auch diese drei Begriffe nennen würden, wären sich wahrscheinlich auch alle einig. Das heißt, das ist kein neuer Fokus, um das einmal freundlich zu formulieren.

Worum es eigentlich gehen muss, insbesondere aus schleswig-holsteinischer Sicht, ist, dass man die Dinge, die wir in der Vergangenheit im Ostseeraum maßgeblich vorangetrieben haben, die Hauptagenda unserer Ostseepolitik sein müssen - natürlich, ohne diese drei Punkte zu vernachlässigen.

In den letzten 30 Jahren hatten wir vor allen Dingen einen Fokus, der lag darauf, dass wir versuchen, die Werte, unsere demokratischen Werte, auch den Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern nahezubringen. Das war nach 1989 besonders wichtig, aber das ist immer noch wichtig. Wir sind eben auch ein Motor, der die Werte, die demokratischen Werte, die wir haben, vermitteln muss. Das gehört zu einer Fokussierung von Ostseepolitik.

Es geht hierbei um Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung der Menschenrechte und natürlich auch der Minderheitenrechte - selbstverständlich. Wir wissen doch, dass in vielen Ländern im Ostseebereich nicht alles so wie bei uns ist. Manchmal ist es in einigen Ländern auch besser als bei uns, auch das ist okay. Darüber eine Diskussion hinzubekommen, und zwar nicht nur bilateral mit Partnern, die wir schon haben, sondern auch multilateral, dass man diese Dinge untereinander auf Konferenzen anspricht, ist ganz, ganz wichtig.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Im Rahmen dieser Wertevermittlung müssen wir auch darauf achten, dass wir mit Sicherheit zusammenwachsen wollen - ganz klar -, aber dass wir auch so viel Freiraum geben, dass die Regionen und Staaten, die eine andere Kultur und einen anderen Hintergrund haben, so bleiben können, wie sie sind, dass sie ihre Identität bewahren können. Man darf also nicht als Besserwisser auftreten und sagen: „Wir haben die Weisheit mit Löffeln gefressen, und ihr müsst das jetzt so machen wie wir!“, sondern darüber muss man einen Dialog führen.

Dazu haben wir als Land Schleswig-Holstein in den vergangenen 30 Jahren viel geleistet. Daran sollten wir festhalten.

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um die Werte an sich, sondern es geht auch um die konkrete Vermittlung von Werten. Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen: Stichwort Lkw-Fahrer. Ich weiß, die Briten - das haben wir schon ein paar Mal gehört - haben sich da ein bisschen vergaloppiert, und wir lachen auch alle darüber, wie dusselig die sind. Das ist auch alles okay. Aber wer heute die Zeitung aufschlägt, der liest darüber, dass auch in Deutschland, aber auch in anderen Staaten große Schwierigkeiten bestehen, Menschen für diesen Job zu gewinnen; denn die Arbeitsbedingungen und die Löhne sind ziemlich mies. Und was sagen die Branchenvertreter? Na ja, dann müssen wir mal mit den osteuropäischen Ländern reden. Da gibt es noch ein paar Leute, die man vielleicht ein bisschen besser ausbeuten kann als unsere eigenen. Das, meine Damen und Herren, kann nicht die Lösung sein,

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

sondern die Lösung muss doch sein, dass wir versuchen, bessere Löhne, bessere soziale Bedingungen und bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, und zwar nicht nur für unsere eigenen Leute, sondern auch für Leute, die aus dem Ausland kommen. Das ist völlig okay; dann sollen sie eben auch in den Genuss unserer guten Bedingungen kommen. Das muss doch das Ziel sein.

Auch das muss ein Ziel in der Ostseepolitik sein, dass man solche politischen Fragen und die soziale Dimension miteinander bespricht und nicht einfach die Wirtschaft machen lässt nach dem Motto, das wird sich schon irgendwie richten. Das ist nämlich genau das, was die Kollegin von Kalben sagte: Nachhaltige Arbeitsplätze heißt auch sozial nachhaltige Arbeitsplätze. Wir beuten den einen oder anderen aus dem Ostseeraum schon ziemlich aus.

Ich glaube nicht, dass das so okay ist. Das muss unbedingt auf die Agenda gesetzt werden. Wenn nicht wir das tun, wer tut es dann, meine Damen und Herren?

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber natürlich reden wir, wenn wir über Werte reden, auch über - ich will einmal sagen - die Problemfälle, die hier auch schon angesprochen worden sind. Das ist auf der einen Seite Russland. Wir haben mit Kaliningrad eigentlich sehr enge Beziehungen zu Russland. Wohlwissend, dass Russland sicherlich nicht unseren demokratischen Vorstellungen entspricht - darüber muss man gar nicht diskutieren; es gibt viele Staaten, die unseren demokratischen Grundlagen nicht entsprechen -, stehen wir gleichwohl vor der Herausforderung, mit den Russen irgendwie reden zu müssen. Wir sehen, dass das manchmal auf nationaler oder supranationaler Ebene nicht so funktioniert. Also muss es doch unser Bestreben sein, als regionales Parlament mit unseren Partnern - wir haben ja nun mal eine Partnerschaft mit Kaliningrad - genau diesen Dialog zu führen, der möglicherweise auf der höheren Ebene nicht möglich ist. Auch das ist etwas, was wir unbedingt tun müssen; denn wenn wir über Weißrussland und die ganze Migrationsfrage reden - alles das, was da abgeht, ist ja völlig irre -, so liegt der Schlüssel nach Minsk in Moskau, und der Weg dorthin führt für uns über Kaliningrad und über die Zusammenarbeit mit Sankt Petersburg. Da müssen wir ran. Wir müssen zivilgesellschaftliche Gruppen in diesen Regionen unterstützen. Das geht aber nur, wenn wir uns das auch vornehmen und wenn das einer der Hauptpunkte unserer Ostseezusammenarbeit ist, meine Damen und Herren.

Was die Wertevermittlung angeht, so ist natürlich klar, dass wir als SSW einen Fokus auf die Minderheitenpolitik legen wollen. Das kann gar nicht anders sein; denn - das wurde auch schon gesagt - Minderheitenpolitik ist Friedenspolitik. Minderheitenpolitik ist aber auch Menschenrechtspolitik, und da haben wir durchaus etwas zu bieten. Wir haben demnächst den 25-jährigen Geburtstag unseres ECMI, des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen, das ja richtig fleißig forscht - in der ganzen Welt, aber vornehmlich in Europa. Das könnte durchaus ein Anlass sein, einmal zu gucken, ob man da nicht irgendwie gut zusammenarbeiten kann.

Das Büro der FUEN, der Organisation der Minderheiten in Europa, befindet sich in Flensburg. Was liegt da näher, als zu gucken, ob man diese Klasse

(Lars Harms)

Institution und das, was wir hier vor Ort in der Minderheitenpolitik machen, auch einmal auf Ostseeebene zur Diskussion stellen? Das macht Sinn. Auch das ist dann ja Wertevermittlung. Vielleicht bekommen wir auch ein paar gute Ideen aus anderen Ländern. Das ist ja gar nicht ausgeschlossen. Da gibt es einige Länder, die ganz gute Minderheitenpolitik machen. Warum sollen wir nicht auch einmal von denen lernen? Es ist ja nicht immer nur ein Geben, sondern manchmal unsererseits auch ein Nehmen. Diese Chancen zu nutzen, ist ganz wichtig.

In dem Zusammenhang, glaube ich, haben wir auch eine kleine Verantwortung für eine Minderheit, die hier bei uns klein ist. Auf europäischer Ebene ist sie aber, glaube ich, sogar die größte Minderheit. Das ist nämlich die Minderheit der Sinti und Roma. Das ist eine Minderheit, die wirklich in fast allen Ländern der Welt verfolgt wird. Bei uns wird sie mindestens diskriminiert, vielleicht nicht mehr verfolgt, aber diskriminiert. Da einmal zu gucken, ob man nicht auf Ostseeebene miteinander darüber reden kann, wie man Minderheitenpolitik gerade auch für eine solche Gruppe macht, wäre meiner Ansicht nach eine spannende Geschichte; das fände ich auch wirklich wichtig. Deswegen sage ich noch einmal, meine Damen und Herren: Wertevermittlung ist sehr wichtig und muss bei uns ein ganz wichtiger Fokus sein.

(Beifall SSW, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Beate Raudies [SPD])

Ich komme aber jetzt natürlich auch noch einmal zu dem Dreiklang Wirtschaft, Innovation und Klimaschutz. Logischerweise ist die Nachbarschaftspolitik für uns ganz wichtig. Wir wollen gerne ein gleichberechtigtes Zusammenwirken von regionalen und nationalen Parlamenten. Wir wollen aber vor allen Dingen auch unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesen Prozess einbringen. Wir haben die Partnerschaft mit Kaliningrad. Wir haben die Partnerschaft mit Hinterpommern. Wir haben einen kulturellen Vertrag mit Dänemark beziehungsweise mit der Region Sønderjylland. Daraus kann man also schon etwas Gutes machen. Wie wichtig es ist, nicht nur einfach miteinander zu schnacken, sondern konkrete Projekte auf die Beine zu stellen. Das können wir auch nach draußen bringen. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, dass wir uns auch überlegen müssen, ob es, wenn wir diese bilateralen Verträge oder Absprachen haben, nicht irgendwann eine Chance geben kann, etwas Multilaterales zu machen, also einen dritten oder vierten Partner hineinzunehmen. In diesen Zusam-

menarbeitsformen liegt die große Chance, noch etwas mehr daraus zu machen.

Wenn wir über grenzüberschreitende Zusammenarbeit reden, dann müssen wir natürlich auch über die Verkehrsprojekte reden; denn das sind die größten Maßnahmen, die derzeit in der Region stattfinden. Dabei muss natürlich auch die Feste Fehmarnbeltquerung angesprochen werden, gerade auch, weil das ein sehr dänisches Projekt ist. Es geht nicht darum, einfach nur Autos und Züge hin- und herfahren zu lassen, sondern es geht darum, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft zu verbinden. Darum geht es, und darauf müssen wir uns auch vorbereiten. Das ist nicht nur eine Aufgabe mit Baggern und Schaufeln, sondern da geht es auch darum, dass wir beispielsweise eine grenzüberschreitende interkulturelle Kompetenz hinbekommen, dass Sprachen gelernt werden, dass wir Sorge dafür tragen, dass relativ viele Menschen bei uns in der Region irgendwann Dänisch und Schwedisch lernen. 2029 soll das Ding fertig sein. Selbst wenn es ein, zwei Jahre später fertig wird, wird es jetzt, im Jahr 2021, Zeit, die Grundlagen beispielsweise an unseren Schulen dafür zu schaffen, damit die Menschen, die irgendwann in acht, neun oder zehn Jahren erwachsen werden, dann auch wirklich diese Sprachkenntnisse haben. Das wäre ein Riesenschatz für uns. Wir müssen uns jetzt daranmachen, und da muss ein entsprechendes Zeichen in der Region gesetzt werden.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die dänische Seite guckt sehr genau darauf, was wir hier sonst noch so treiben. Es geht natürlich auch um den Ausbau der A 7, der Jütlandroute; das hat jemand vor mir schon gesagt. Aus dänischer Sicht ist es dringend notwendig, sowohl im Bereich des Schienenverkehrs als auch im Bereich des Straßenverkehrs Verkehrswege so hinzubekommen, dass man eine gemeinsame Region entsprechend entwickeln kann, wie gesagt, noch einmal: für Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft. Wir bauen nicht um des Bauens willen, sondern es geht darum, die Region zu entwickeln. Darum müssen wir auf unserer Seite die A 7 und in der Verlängerung auf dänischer Seite die E 45 entsprechend im Fokus haben.

Wenn wir darüber reden, dann darf man sich natürlich nicht den Hinweis verkneifen, zumal es gerade wieder in der Diskussion ist - ich hatte es gestern schon angesprochen, und ich wiederhole es gern -: Die Verlängerung der A 7 beziehungsweise die Verlängerung der Fehmarnbeltquerung ist die A 20.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt CDU)

Es geht nicht anders: Wenn wir unsere europäische Zusammenarbeit ernst nehmen, dann muss die A 20 mit westlicher Elbquerung gebaut werden. Darauf warten auch unsere Nachbarn, und ich finde, wir sollten unsere Nachbarn dabei nicht im Regen stehen lassen.

(Beifall SSW und FDP - Zuruf FDP: Das werden wir uns in Berlin mal genau anschauen!)

Meine Damen und Herren, dabei ist natürlich klar, dass einige wieder sagen werden: Mensch, das bringt aber umweltpolitische Schäden. Selbstverständlich ist das so, aber es hat auch durchaus Vorteile. Die habe ich gestern wiederholt, und ich will sie nicht noch einmal wiederholen.

Wir müssen natürlich auch sehen, dass wir in der Ostseeregion eine integrierte Meerpolitik hinbekommen, das ist gar keine Frage. Wir müssen natürlich gucken, dass wir gerade im Bereich des Klimaschutzes etwas hinbekommen. Dazu zählt unter anderem - das ist die Megaherausforderung im Ostseebereich -, dass man die Nährstoffanreicherung rund um die Ostsee radikal reduziert. Das, was wir derzeit da machen, schadet der Ostsee als solcher. Das bedeutet: Es nützt nichts, wenn nur wir etwas tun. Das ist gut, und das sollten wir auch tun.

Es geht auch hier wieder darum, Gespräche mit den anderen Ostsee-Anrainerstaaten zu führen, vor allem mit denjenigen, die nicht der EU angehören. Es geht darum, dass man eine gemeinsame Strategie rund um die Ostsee hinbekommt, und zwar ernsthaft und mit verbindlichen Zielen und verbindlichen Maßnahmen, damit man die Nährstoffanreicherung im Ostseebereich herunterfahren kann.

Dazu zählt in gleicher Art und Weise natürlich auch die gemeinsame Fischereipolitik. Wir haben über das Thema Dorsch schon gesprochen. Es ist egal, welchen Fisch man nimmt, das Thema ist austauschbar. Auch dieses Problem können wir nicht allein lösen, auch hier müssen wir verbindliche Absprachen mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn machen, um zu gucken, wie man es hinbekommen kann, dass die Fischbestände wieder zunehmen können.

(Beifall SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Wir müssen sehen, wie wir es schaffen können, dass diejenigen, die davon leben, egal ob in Deutschland oder in einem anderen Anrainerland, in Zukunft auch wirklich wieder von der Fischerei leben können. Das muss das Ziel sein, eine vernünftige

Umweltpolitik, eine vernünftige Fischereipolitik gemeinsam und mit verbindlichen Zielen und verbindlichen Absprachen.

(Beifall SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Natürlich müssen wir auch sehen, dass die Munitionslasten wegkommen. Das ist eine Riesenaufgabe, das ist uns schon klar. Auch das werden wir als Land Schleswig-Holstein nicht allein hinkriegen, aber wir können etwas gemeinsam schaffen, nämlich mit den anderen Anrainern ein Bündnis zu bilden, um es hinzubekommen, dass wir den Druck erhöhen, dass dies gemacht werden muss. Den Druck brauchen wir hier auch. Wir fühlen uns mit den Kolleginnen und Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern stark, und wir sind natürlich auch stark, aber wir sind stärker, wenn auch alle anderen Ostseeanrainer an unserer Seite stehen, damit der Bund Geld in die Hand nimmt, um uns dabei zu helfen, die Munitionslasten aus der Ostsee herausholen zu können.

Meine Damen und Herren, es geht bei der Ostseepolitik natürlich auch immer darum, welche Zukunftschancen wir haben wollen. Mit meinen fast 57 Lenzen bin ich nicht unbedingt derjenige, der altersmäßig für die Zukunft steht, das würde mir jetzt die Jugend sagen.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Das ist richtig, damit kann ich gut leben. Es freut mich auch, dass immer wieder junge Menschen nachwachsen und richtig etwas reißen. Aber wenn wir dieses Projekt jetzt machen wollen, wenn wir zusammenarbeiten wollen, dann brauchen wir Jugendaustausch. Hier ist durch Corona vieles zum Erliegen gekommen, aber wir haben in diesen Bereichen immer noch Schwächen, die wir noch nicht aufgearbeitet haben.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wenn man im Regelfall unter 18 Jahre alt ist und eine Schule im Ausland besuchen will, dann bekommt man kein Bafög. Gleichzeitig ist es aber oft so, dass die nationalen Regeln der Länder, in die man geht, auch nicht vorsehen, dass diese jungen Leute in irgendeiner Form eine staatliche Unterstützung bekommen. Das heißt, wenn man diesen Austausch will, dann hat man keine ökonomische Unterstützung. Das bedeutet, nur reichere Leute können sich das leisten, und das ist eigentlich nicht das, was wir gern wollen. Auch hier müssen wir sehen, dass wir Regeln schaffen, damit beispielsweise ein Schulaufenthalt im Ausland ohne Schwierigkeiten möglich ist.

(Lars Harms)

Wenn wir hier weiter gucken, dann sind wir sehr schnell bei Erasmus+, dann sind wir sehr schnell bei den ganz großen Austauschprogrammen. Wenn wir angucken, wie das bisher bei uns gelaufen ist, dann muss man sagen: Hut ab vor denjenigen, die sich da durchgekämpft haben. Das ist nämlich nicht so ganz einfach. Man merkt auch an den Zahlen, dass es unheimlich schwierig ist, von deutscher Seite aus an diesem Programm teilzunehmen. Sehen wir uns an, wie das in Dänemark abläuft, wo an den Schulen extra Leute angestellt sind, an die man sich wendet, damit man ein Austauschprogramm machen kann. Dort gibt es auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und einzelnen Universitäten, wodurch das auch schnell administriert wird und wo auch dafür geworben wird, an diesem Programm teilzunehmen. Wir haben hier in Schleswig-Holstein noch eine ordentliche Menge Arbeit vor der Nase, um auch das besser hinzubekommen. Auch das ist eine Herausforderung, die wir haben, damit die jungen Leute auch wirklich mit allen Leuten kommunizieren können.

Ein Letztes: Dazu zählt natürlich auch der digitale Austausch. Wenn man sich diesen bei uns anguckt, dann haben wir noch eine riesige Herausforderung. Ich will gar nicht sagen, dass die Menschen sprachlich fähig sein sollen, das gilt sowieso. Aber das nützt ja nichts, wenn der PC nicht funktioniert, weil die Internetleitung unter aller Kanone ist. Das sind meistens Treffen, bei denen sich Hunderte Menschen virtuell treffen. Hier müssen wir sehen, dass wir es mit anderen Staaten der Ostseeregion aufnehmen können.

Vielleicht können wir etwas von Dänemark, aber auch beispielsweise von Estland lernen. Wir waren als SSW im Landtag in Estland und haben uns das angesehen. Es ist schon faszinierend, was man da auf die Beine stellt. Aber man muss auch ehrlich sagen: Da gibt es anscheinend ein hohes Vertrauen in den Staat, dass mit den Daten vernünftig umgegangen wird. Da haben wir eine andere Kultur, aber ich glaube trotzdem: Auch hier kann man sich austauschen, auch dort kann man miteinander reden und sehen, dass man das hinkriegen kann. Man kann sehen, wie sich das bei anderen ausgewirkt hat. Möglicherweise können wir dann von dieser Zusammenarbeit lernen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also: Die Punkte, die die Landesregierung setzt, sind natürlich richtig. Sie müssten aber um Friedenspolitik, Wertevermittlung und Menschenrechte - so glaube ich - ergänzt werden. Das war immer ein Feld, in dem wir richtig gut waren, in dem wir auch in die-

ser Region Impulse gesetzt haben. Ich würde mich freuen, wenn wir weiterhin diese Impulse setzen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat jetzt der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Der Ostseeraum ist ein Wachstumsraum, und der Ostseeraum ist ein Chancenraum, und wir sind als Schleswig-Holsteiner mittendrin statt nur dabei. Dieser Raum bietet Möglichkeiten in der Kooperation, aber auch Möglichkeiten, voneinander zu lernen. Herr Harms, Sie haben das eben schon gesagt. Das setzt jedoch die Bereitschaft voraus, sich auf andere Sichtweisen einzulassen. Leider tun Sie genau das nicht, Herr Ministerpräsident, sondern Sie richten leichtfertig über andere Nationen.

Sie begrüßen es beispielsweise, wenn die Europäische Union mit finanziellem Druck Einfluss auf die inneren Angelegenheiten eines Landes ausübt, hier ganz konkret auf die Angelegenheiten von Polen. Es kann dabei dahingestellt bleiben, wie rechtsstaatliche Standards in Polen im Detail zu bewerten sind. Es steht deutschen Politikern denkbar schlecht zu Gesicht, Polen Lektionen erteilen zu wollen. Die EU will hier ihre Macht demonstrieren, nicht mehr und nicht weniger, und sie will die Nationalstaaten schleifen. Wenn die Polen nicht spüren, dann holt die EU die Peitsche heraus, und Sie, Herr Günther, applaudieren dem Brüsseler Zuchtmeister auch noch.

Wir sollten die Polen vielmehr darin bestärken und unterstützen, die Schengen-Außengrenze zu Weißrussland vor der staatlich organisierten nächsten Flüchtlingswelle zu schützen.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

Mit dieser Forderung stehen wir von der AfD im Übrigen nicht allein da. Der Deutsche Landkreistag fordert beispielsweise Maßnahmen an den EU-Außengrenzen zur Verhinderung einer unkontrollierten und unregistrierten Zuwanderung. Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, formuliert die Erwartung der Kommunen - ich zitiere -,

(Jörg Nobis)

„dass die Bundesregierung und die EU die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den illegalen Zustrom zu stoppen“.

In diesem Zusammenhang ist nicht nur der Blick nach Osten, sondern auch der Blick nach Norden mitunter lehrreich und kann uns als Vorbild dienen. Sie nennen Dänemark ganz zu Recht unseren Premiumpartner, und Dänemark ist Premium, wenn es darum geht, klare Kante zu zeigen und nicht in alt-hergebrachten Mustern zu verharren.

Es ist dabei sogar eine sozialdemokratische Regierung, die in Dänemark eine stringente Linie in der Migrationspolitik verfolgt und dabei die Interessen des eigenen Landes in den Mittelpunkt stellt.

Der dänische Ausländer- und Integrationsminister fasste das prägnant zusammen - ich zitiere -:

„Wir möchten, dass in Dänemark und in der EU keine massiven Ressourcen mehr für die Bearbeitung der Anträge von Hunderttausenden Asylbewerbern aufgewendet werden, obwohl die Hälfte davon keine Flüchtlinge sind.“

Dänemark knüpft Sozialleistungen für Einwanderer an Mitwirkungspflichten, insbesondere die Bereitschaft zur Arbeit.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, von den dänischen Sozialdemokraten können Sie sich ausnahmslos noch eine dicke Scheibe abschneiden. Vielleicht hilft der Hinweis ja auch bei der Neuaufstellung Ihrer Partei am kommenden Wochenende.

Dänemark geht nicht ideologisch vor, sondern skandinavisch-pragmatisch. Da werden offene Grenzen nicht zu Heiligtümern erklärt, sondern auch mal geschlossen, wenn es die Sicherheitslage oder auch eine Pandemie erforderlich machen. Von unseren Nachbarn im Ostseeraum lernen, mit unseren Nachbarn gemeinsam Potenziale erschließen, das sollte dabei unser Anspruch sein.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein wird immer stärker zu einer Transportdrehscheibe in einer Zukunftsregion. Mit Infrastruktur-Großprojekten wie dem Fehmarnbelttunnel wird insbesondere die Verbindung nach Dänemark und Schweden deutlich verbessert. Sie wird auch zukünftig weiter an Bedeutung zunehmen. Hierdurch eröffnen sich ganz neue Chancen und Möglichkeiten für den Norden Deutschlands und damit natürlich auch für Schleswig-Holstein.

Wir können wirklich froh sein, dass die Dänen den Tunnel bauen. Würde Deutschland derartige Großprojekte in der heutigen Zeit planen, dann würde es den Tunnel wahrscheinlich in 50 Jahren noch nicht geben, genauso wenig wie die Ostsee-Autobahn A 20.

Herr Günther, Sie sind ja bekanntlich groß darin, Versprechungen zu machen. Wir alle erinnern uns an Ihr vollmundiges Versprechen, die A 20 würde ganz schnell weitergebaut werden. Auch hier zitiere ich mit Erlaubnis der Frau Präsidentin:

„Unsere optimistische Annahme ist, dass wir es schaffen können, bis 2022 auf festem Grund in Schleswig-Holstein komplett fertig zu werden, also bis zur Elbe.“

Das war ein Zitat von Daniel Günther im Sommer 2017, also längst nach der Wahl.

Wir brauchen daher keinen realitätsverweigernden Traumtänzer als Ministerpräsidenten, sondern einen Macher. Nur so können wir sicherstellen, dass die Entwicklungschancen gerade auch durch die Feste Fehmarnbeltquerung nicht langfristig an Schleswig-Holstein vorbeigehen. Der Weiterbau der Ostsee-Autobahn A 20 fördert den Westen des Landes und entlastet den Großraum Hamburg.

Mein Appell richtet sich hier und heute vor allem an die SPD und an die FDP, in den laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin nicht die Hand an die Autobahnprojekte zu legen.

Deutschland und Schleswig-Holstein müssen auch liefern, was die Hinterlandanbindung angeht. Das ist natürlich in erster Linie der Ausbau der Straßen- und Schienentrasse entlang der A 1, aber etwa auch der Ausbau der B 202, damit auch die Region Kiel zukünftig von dem Potenzial der festen Anbindung an Skandinavien profitieren kann. Dann, meine Damen und Herren, sind wir mitten drin statt nur dabei in der Zukunftsregion Ostsee. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre in den Tagesordnungspunkt „Regierungserklärung“ für erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Besetzung der Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des Oberlandesgerichts bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Wahlvorschlag des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/3343

Eine Aussprache hierzu ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Ich warte noch einige Sekunden, falls sich noch einige Abgeordnete zu uns gesellen möchten.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, erteile ich das Wort der Vorsitzenden der Innen- und Rechtsausschusses, um den Wahlvorschlag vorzulesen.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, so viel Zeit muss sein; denn immerhin hat der Innen- und Rechtsausschuss zu diesem Punkt beraten.

Zur Besetzung der Stelle einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Oberlandesgerichts beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig hat der Justizminister dem Landtag gemäß § 10 Absatz 3 des Landesrichtergesetzes eine Vorschlagsliste mit drei Personen zugeleitet.

Der zuständige Innen- und Rechtsausschuss hat in seiner Sitzung am 1. September 2021 in öffentlicher Sitzung die Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 10 Absatz 3 Satz 4 Landesrichtergesetz angehört. In seiner Sitzung am 8. September 2021 hat er in nicht öffentlicher Sitzung über die Anhörung beraten. Der Ausschuss unterbreitet dem Landtag einstimmig den folgenden Wahlvorschlag:

„Der Landtag wolle beschließen:

Herr Dr. Dirk Bahrenfuss wird zum Präsidenten des Oberlandesgerichts beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig gewählt.“

Ich finde, dieses einstimmige Ergebnis darf hier auch ruhig mitgeteilt werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich danke der Berichterstatterin, der Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Ostmeier.

Ich lasse somit über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen, wie bereits gesagt, offene Abstimmung vor. Widerspruch habe ich nicht gehört; dann werden wir so verfahren.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag in der Drucksache 19/3343 wie eben verlesen seine Zustimmung geben will, den möchte ich jetzt um sei Handzeichen bitten. - Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Wahlvorschlags nicht nur erreicht wurde, sondern dass die Wahl einstimmig erfolgt ist. Damit ist Herr Dr. Dirk Bahrenfuss zum Präsidenten des Oberlandesgerichts beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig gewählt worden. Ich gratuliere Ihnen recht herzlich!

(Lebhafter Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Wahl eines Mitgliedes des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3351

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen erneut offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht; somit können wir so verfahren.

Gewählt ist, wer gemäß § 26 Absatz 3 des Landesverfassungsschutzgesetzes die Mehrheit der Mitglieder des Landtages auf sich vereint.

Wer dem Wahlvorschlag in der Drucksache 19/3351 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das mehrheitlich gegen die Stimmen der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD bei Stimmenthaltung der fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein so beschlossen. Damit ist das vorgeschlagene Mitglied des Kontrollgremiums gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Wahl eines Mitgliedes des Gremiums nach § 8 a Absatz 3 Landesministergesetz

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3352 (neu)

Wird hier das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist auch hier nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen erneut offene Abstimmung vor. - Da ich auch hier keinen Widerspruch höre, werden wir erneut so verfahren.

Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/3352 (neu) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich auch hier um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das Gremiumsmitglied gegen die Stimmen der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD bei Enthaltung der fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein mehrheitlich gewählt.

Eine Anmerkung des Abgeordneten Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin, für uns ist das klar, aber ich würde mich freuen, wenn für die Öffentlichkeit die Namen genannt werden könnten. Das wäre gut.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Rückwirkend?

(Zuruf: Ja!)

- Dann machen wir das gern so.

Unter Tagesordnungspunkt 11 ging es um die Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Auf Vorschlag der Fraktion der SPD wurde als erstes ordentliches Mitglied die Oppositionsführerin Serpil Midyatli gewählt. Eine Stellvertreterwahl hat nicht stattgefunden.

Nun zu Tagesordnungspunkt 12. Für die Wahl eines Mitglieds des Gremiums nach § 8 a Absatz 3 Landesministergesetz wurde auf Vorschlag der SPD für die Dauer der 19. Wahlperiode als Mitglied die Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Ersatzwahl für Mitglieder der G-10-Kommission gemäß § 26 a Absatz 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz/LVerfSchG)

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3353

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen, der wie folgt aussieht:

„Für die Dauer der 19. Wahlperiode gehören der G-10-Kommission an:

5. Als Beisitzer: Dr. Kai Dolgner

6. Als stellvertretendes Mitglied: Thomas Rother“

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen erneut offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich auch hier nicht. Dann werden wir erneut so verfahren.

Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/3353 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig bei Enthaltung der fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen. Die vorgeschlagenen Mitglieder der Kommission sind somit gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Wiederwahl des Landesbeauftragten für politische Bildung

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3354

Eine Aussprache findet gemäß § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Errichtung des Amtes eines Landesbeauftragten für politische Bildung nicht statt.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen auch in diesem Fall eine offene Abstimmung vor. - Da ich erneut keinen Widerspruch höre, werden wir auch hier so verfahren. Ich weise jedoch darauf hin, dass für die Wahl nach § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Errichtung des Amtes eines Landesbeauftragten für politische Bildung die Mehrheit der Hälfte der Mitglieder des Landtags, somit die Stimmen von 37 Abgeordneten, erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/3354 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Wahlvorschlag gegen die Stimmen der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Wittgenstein bei Zustimmung aller anderen Abgeordneten angenommen.

Ich stelle fest, dass damit die erforderliche Mehrheit für die Wahl von Herrn Dr. Christian Meyer-Heidemann erreicht ist. - Herr Dr. Meyer-Heidemann, ich gratuliere Ihnen sehr herzlich

(Beifall)

und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg für Ihre zukünftige Arbeit für unser schönes Land Schleswig-Holstein. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 A auf:

Wahl der Vizepräsidentin beziehungsweise des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein

Wahlvorschlag der Landesregierung
Drucksache 19/3367

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und werde wie gewohnt auch jetzt wieder offene Abstimmung vorschlagen. - Auch jetzt vernehme ich keinen Widerspruch, wir werden so verfahren. Ich weise in diesem Fall darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags erforderlich ist.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/3367, Frau Ministerialrätin Silke Seemann zur Vizepräsidentin zu wählen, zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dem Wahlvorschlag einstimmig zugestimmt worden.

Ich stelle somit fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme mehr als erreicht ist. Damit ist Frau Silke Seemann zur Vizepräsidentin gewählt. - Liebe Frau Seemann, ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Wahrnehmung Ihrer Aufgaben. Alles Gute!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Besser Leben retten - Digitalisierung auch im Notfall sinnvoll nutzen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3278

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Hans Hinrich Neve.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ob ein Unfall auf einer Landstraße oder ein plötzlicher Herzstillstand in der Stadt, oft wissen die Menschen, die zum Ereignis dazustoßen, nicht, was sie machen sollen. Sie sind hilflos, weil der letzte Erste-Hilfe-Kurs häufig schon einige Jahrzehnte her ist. Die Situation, plötzlich Erste Hilfe leisten zu müssen, überfordert viele Betroffene physisch wie auch psychisch.

Genauso kann es passieren, dass ein Arzt einen Notfall in seiner Nachbarschaft erst mitbekommt, wenn der Rettungswagen vorfährt. Dann ist bereits wertvolle Zeit verstrichen. An dieser Problematik setzt die Ersthelfer-App an.

Es gibt viele Menschen, die regelmäßig jährlich ihre Erste-Hilfe-Kenntnisse auffrischen. Dazu gehören zum Beispiel Mitglieder des Roten Kreuzes, der Feuerwehren, der Rettungsschwimmer, Malteser und auch medizinisches Personal, das Erste-Hilfe-Kompetenzen schon von Berufs wegen benötigt. Diese sind bei uns in Schleswig-Holstein im ganzen Land verteilt.

Es gibt also viele Menschen in Schleswig-Holstein, die gut darüber Bescheid wissen, wann und wie Erste Hilfe geleistet werden muss, und die für eine Registrierung bei der Ersthelfer-App geeignet sind und über diese schnell Erste Hilfe vor Ort leisten können.

Die App funktioniert so, dass registrierte Ersthelfer, die sich in der Nähe eines Notfalls aufhalten, von der Leitstelle alarmiert werden. Wenn der Alarm eingeht, hat der Helfer beziehungsweise die Helferin 30 Sekunden Zeit, die Anfrage beziehungsweise den potenziellen Einsatz anzunehmen. Erst dann erhält er oder sie von der Leitstelle die genauen Standortangaben, wo seine oder ihre Hilfe benötigt wird.

Bleibt die erste Alarmierung erfolglos, durchläuft das System die Alarmierung noch zweimal; denn Notfallsituationen können sich schnell ändern, weil zum Beispiel ein anderer Ersthelfer zufällig mit dem Auto in der Nähe der Einsatzstelle unterwegs ist oder ein anderer, der vorher in der Tiefgarage war, nun wieder Empfang hat.

(Hans Hinrich Neve)

Die Ersthelfer-App wird bereits in vielen Gebietskörperschaften in Schleswig-Holstein, aber auch bundesweit erfolgreich eingesetzt. Vorreiter war der Landkreis Gütersloh. Ein vielversprechendes Projekt lief im Landkreis Vorpommern-Greifswald.

Ähnlich wie bei den Warn-Apps für die Bevölkerung gibt es bei den Ersthelfer-Apps je nach Landkreis unterschiedliche technische Lösungen, die aber letztlich alle nach dem gleichen Prinzip funktionieren.

Allerdings ist diese Kleinstaaterei der technischen Lösungen ein erheblicher Nachteil. Wenn Kreise und Kreisleitstellen unterschiedliche Systeme anwenden, bleiben Ersthelfer aus einem anderen System unberücksichtigt und können, obwohl sie vielleicht gerade vor Ort sind, keine schnelle Erste Hilfe leisten. Kreisgrenzen dürfen keinesfalls zur Grenze oder zum Hindernis einer effektiven Ersthelferrettung werden. Ein einheitlicher Standard ist hier unbedingt anzustreben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Eine weitere wichtige digitale Möglichkeit, die Arbeit des Rettungsdienstes zu erleichtern beziehungsweise zu verbessern, ist der Telenotarzt. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald wurde der Telenotarzt in dem Projekt „Landrettung“ sehr erfolgreich erprobt und eingesetzt. Der Rettungswagen benötigt dafür eine Zusatzausrüstung wie Kamera, Mikrofon und weitere Einrichtungen, sodass Blutdruck, Puls und andere Gesundheitsdaten sowie Sprach- und Bildmaterial direkt zum Telenotarzt übermittelt werden können. Gerade in entfernten Regionen, Flächenkreisen, Inseln und Halligen, wie hier auch in Schleswig-Holstein, ist eine sehr schnelle Verfügbarkeit des Notarztes nicht immer gegeben. Durch den Telenotarzt können hier frühzeitig Maßnahmen eingeleitet und notärztliche Expertise genutzt werden, oder in kritischen Situationen kann entsprechendes Spezialwissen schnell zugeschaltet werden. Dadurch wären tragische Folgen eines Notfalleinsatzes, wie vor Kurzem im Kreis Herzogtum Lauenburg geschehen, eventuell vermeidbar.

Der Telenotarzt wäre ein riesiger Gewinn für alle Notfallpatienten. Auch die Rechtssicherheit bei der Durchführung von Notfallkompetenzmaßnahmen der Rettungsdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter würde hier gesteigert.

(Beifall CDU und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern, meine Damen und Herren, bietet die Digitalisierung sehr viele Möglichkeiten gerade im Bereich der Gesundheitsvorsorge und viele Chancen, vor allem für den Notfall. Lassen Sie uns diese Chancen nutzen, lassen Sie uns diese Chancen fördern und unterstützen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorwegzunehmen: Ja, wir brauchen dringend App-basierte Ersthelfer-Alarmierungssysteme, wie mein Kollege es gerade ausgeführt hat. Und ja, wir müssen uns um telemedizinische Unterstützung im Notfallrettungsdienst kümmern. Das unterstützen wir ebenfalls.

Die Wiederbelebungsquote durch Laien liegt in Deutschland aktuell bei circa 40 %. Hier können wir noch deutlich besser werden. Die Rettungskette wird so ergänzt und die Überlebenschancen verbessert. Jede Minute zählt.

Jede Minute ohne Reanimation soll die Überlebenschancen um 10 % senken. Deswegen ist es sehr klug, das alles so einzurichten.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei den speziellen präklinischen Informations- und Unterstützungssystemen spricht man schon länger von notfallmedizinischen Informationsmanagementsystemen. Aufbauend auf die allgemeinen Fachempfehlungen geht es um Aspekte optimaler Dokumentation, Funktionalität, Schnittstellenlogik, Datensicherheit, Reporting und Arbeitsplatzgestaltung in unserer Notfallrettung. Die administrativen Daten eines Patienten werden zukünftig auf der Versichertenkarte gespeichert sein und sollten selbstverständlich eingelesen und zielführend verwendet werden können. Diese Übernahme der Patientendaten muss von der Leitstelle mit der Alarmierung durch die Kartendaten oder durch Handeingaben ergänzt werden können.

So ist die Übernahme von Vitalparametern von dem Patientenmonitor im Rettungsdienst prinzipiell dann nicht nur möglich, sondern kann auch in Echt-

(Bernd Heinemann)

zeit von beigezogenen Fachärzten oder Fachärztinnen in der Zielklinik präklinisch schon im Einsatz verwendet werden, und zwar im Rettungsfahrzeug. Zum Beispiel können bei Schlaganfällen oder Notfällen mit Kindern Fachärzte beigezogen werden, um Fehler und Risiken zu vermeiden. Die Medikamenten-Notfallkarten sind oft unzureichend und berücksichtigen die tatsächliche Situation im Rettungswagen nicht. Zu den Schlaganfällen kommen wir wahrscheinlich erst in der nächsten Sitzung unseres Parlamentes, wir werden dieses Thema aber noch behandeln.

Im Gegensatz zu den Anwendungen in der Klinik selbst kann bisher aufgrund technischer Beschränkungen der Monitore und der notwendigen kabellosen Übertragung noch kein Standard erreicht werden. Manche digitale Option wie Videobeziehung kann allerdings heute schon erfolgen. Da müssen wir ran, meine Damen und Herren, denn der Notarzt ist oftmals alleingelassen. Diese fehlende Kommunikation ist oftmals mit Risiken behaftet.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zuruf)

- Dafür gibt es Beispiele, sehr richtig.

Moderne Systeme bieten die Option, auch zeitlich begrenzt Elektrokardiogramme in Echtzeit aufzeichnen. Dadurch wird dann die Zeit im Schockraum der Zielklinik weiter optimiert. Auch der Foto- und Videodokumentation kommen zum Beispiel bei äußeren Verletzungen und Verbrennungen wichtige teletechnische Funktionen zu. Auch die Medikation kann so noch viel genauer und richtiger erfolgen.

Schon heute wissen wir, dass die notfallmedizinischen Informationsmanagementsysteme auch in Kombination mit der GPS-Anfahrtsunterstützung noch weiter zielgerichtet verfeinert werden können.

Ein weiterer Vorteil dieser zukunftsgerichteten Vernetzung und neuen Form der quasi Fernbehandlung schon im Rettungsgerät ergibt sich auch für dünn besiedelte Landstriche und Inseln. Wir können damit schon weit weg von der Zielklinik die Behandlung einleiten und zu einem großen Teil vielleicht schon voranbringen. Das gilt nicht nur zwischen ambulant und stationär, sondern auch zwischen Behandlung und Rettung.

Telemedizinische Einsatzunterstützung kann jedoch nicht isoliert auf einzelne Rettungsdienstbereiche betrachtet und bewertet werden. Wir brauchen eine landeseinheitliche, kompatible, klar gegliederte, digital gestützte Gesamtstrategie zum Rettungsdienst, ein System mit bereichsübergreifenden einheitli-

chen technischen Standards über alle medizinischen Versorgungsbereiche hinweg. Da haben wir noch eine dicke Aufgabe für unseren Gesundheitsminister.

Um das zu erreichen, müssen regionale Einzelprojekte zusammengeführt werden. Es muss sich auf einheitliche Standards und Verfahrensweisen verständigt werden. Kleinteilige, regionale Lösungen wären kontraproduktiv. Wir brauchen Kooperation im Sinne einer optimierten Patientenversorgung für das ganze Land, meine Damen und Herren. Um das Potenzial der telemedizinischen Unterstützung tatsächlich auszuschöpfen, brauchen wir ein klares Zielbild, wie wir eine moderne Notfall- und Akutversorgung sicherstellen wollen. Wir müssen die Steuerung mit diesen digitalen telemedizinischen Chancen über die bisherigen Grenzen der Rettungs- und Leitstellen hinaus weiterentwickeln. Darum ist es jetzt wichtig, diese Aspekte zu berücksichtigen beziehungsweise die Diskussion darüber zu führen. Dazu gehört auch, dass die Notärzte entsprechend einbezogen und fortgebildet werden. Auch das ist eine große Aufgabe.

Den Antrag sollten wir in der Tat, schon um Zeit zu gewinnen, in der Sache abstimmen. Wir sind für diesen Antrag, aber gleichzeitig muss das Thema parallel im Gesundheits- und Sozialausschuss mit auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das Thema hat es verdient. - Danke schön.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass wir den vorliegenden Antrag heute miteinander debattieren können. Er ist ein guter Jamaika-Antrag. Die erste Stimme aus der Opposition klang schon so, als könnte das eventuell einstimmig beschlossen werden. Das wäre natürlich sehr schön.

Ich bin früher als Notärztin mit Blaulicht durch die Straßen Neumünsters gefahren und kann mich an viele Einsätze erinnern. Bei einem Einsatz war es so, dass ein Mensch leblos mitten an einer der Hauptstraßen in Neumünster zusammengebrochen war. Ein vorbeikommender Jogger hat sofort Erste Hilfe geleistet. Wir sind mit unserem Team angekommen. Der Patient konnte vor Ort stabilisiert

(Dr. Marret Bohn)

werden, ist ins Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster eingeliefert worden und hat es überlebt. Ich kann mich auch noch daran erinnern, wie aufgelöst dieser Jogger war, weil er solche Angst hatte, bei der Erstversorgung als Laie etwas falsch gemacht zu haben. Alle haben ihm signalisiert: Das Gegenteil ist der Fall. Er hat alles richtig gemacht. Er hat geholfen, er hat das getan, was er tun konnte.

Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass in solchen Situationen die Sekunden und Minuten wirklich kostbar sind und dass Laienreanimation sowie Ersthelferinnen und Ersthelfer vor Ort enorm wichtig sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen, im Rettungsdienst passieren unheimlich viele Einsätze gerade mit solchen Notfällen vor Ort.

Wir haben uns einmal angeguckt, dass in den Kreisen Dithmarschen, Segeberg, Rendsburg-Eckernförde, Steinburg und Pinneberg - allein in diesen Kreisen - die Einsatzfahrzeuge 4.000-mal pro Woche ausrücken. Sie können sich vorstellen - der Kollege hat es gerade eben gesagt: in 40 % der Fälle wird Unterstützung geleistet -, das heißt für uns alle, dass da Luft nach oben ist und wir besser werden können.

Wir können vielleicht - so wie nach unseren Informationen in Skandinavien - darauf hinwirken, dass Kinder und Jugendliche schon in der Schule Reanimation lernen und lernen, wie selbstverständlich es ist, in Notfällen sofort vor Ort zu helfen. Bei dieser Vorstellung denke ich, dass wir in Schleswig-Holstein, die wir so dicht an Dänemark dran sind, noch besser werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und Birte Pauls [SPD])

Soweit zum Teil Gesundheit. Das ist sozusagen die Ausgangslage und etwas, bei dem wir uns einig sind, dass es für die Lebensqualität, aber auch überhaupt für das Überleben dieser Patientinnen und Patienten wirklich wichtig ist.

Jetzt kommt die andere Seite: die Telemedizin. Sie wissen, dass einige von uns - dazu gehöre auch ich - riesige Anhängerinnen und Anhänger der Telemedizin sind, und zwar um die Fachkräfte vor Ort zu unterstützen, nicht um sie zu ersetzen. Da ist das Beispiel der Ersthelfer-App echt genial. Wenn in der Nähe jemand ist, der helfen könnte, aber gar nicht weiß, dass ein paar Straßen weiter gerade ein Mensch in Not ist, ist es doch eine geniale Idee, über die Telemedizin die Ersthelfer-App zu aktivie-

ren. Die Person kann dann sagen: Moment, ich kenne mich aus, ich gehe da hin und kann schon einmal Erste Hilfe leisten. - Das ist total sinnvoll und ein guter Vorschlag. Ich freue mich darüber sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Bei der Ersthelfer-App ist es so, dass die Personen da auch hingeleitet werden. Auch das ist ganz wichtig. Wenn ich jetzt wüsste, dass irgendwo hier im Landeshaus ein Mensch in Not ist, wüsste ich ja noch lange nicht: Wo? In welchem Raum? Wie komme ich dort hin? - Auch das soll mit der Ersthelfer-App gewährleistet sein, Herr Kollege Habersaat.

Ich freue mich, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung, die Möglichkeiten, moderne Apps zu haben, im echten Leben der Menschen einen ganz großen Unterschied machen können. Gerade in Situationen, in denen es um Leben und Tod geht, ist das ein besonders gutes Beispiel. Ich würde mich sehr freuen, wenn alle Kolleginnen und Kollegen diesem Antrag zustimmen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haben Sie eine gute Erste-Hilfe-Ausbildung? Falls ja, können Sie und Ihr Smartphone in Zukunft ein echtes Lebensrettungsteam werden. 65.000-mal pro Jahr werden Sie in Deutschland gebraucht. 65.000 Menschen erleiden pro Jahr zum Beispiel einen plötzlichen Herztod. Da zählt jede Minute, eigentlich jede Sekunde, genauso wie bei einem Schlaganfall oder einer akuten Unterzuckerung.

Wir haben in der Pandemie bereits gelernt, dass sich selbst so einfache Anwendungen wie die Luca-App oder die Corona-Warn-App als digitale Begleiter als äußerst nützlich erwiesen.

Ein Rettungswagen steht nicht an jeder Straßenecke. Das gilt natürlich auf dem sogenannten flachen Land, aber selbst in Kiel, bei gesperrten Straßen und Staus, kommt ein Rettungswagen momentan nicht immer pünktlich und schnell durch. Daher ist das mit der Ersten Hilfe in vielen Fällen sehr entscheidend. Dennoch beträgt die Laienreanimie-

(Dennys Bornhöft)

rungsquote in Deutschland nur rund 40 %. Im Vergleich dazu liegt sie in den Niederlanden bei rund 70 %. Das heißt: Wir haben da noch ein Stück aufzuholen und anzuschließen.

Genau da hilft die Digitalisierung. Über die Ersthelfer-Alarm-App können potenzielle Ersthelfer in der Nähe eines Unglücksortes alarmiert werden und die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes mit guter Erster Hilfe überbrücken. Ein toller Ansatz!

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Christian Dirschauer [SSW])

Eine Notfall-Telemedizin-App mit einem Telenotarzt kann den Ersthelfer dabei sogar noch unterstützen - noch besser, als es nur am Telefon möglich ist, weil man es zum Beispiel auch bildlich dargestellt bekommen kann. GPS-Daten von Unfallorten können dann direkt dem Rettungswagen übersendet werden, damit dieser schneller am Ort sein kann. Es sind häufig die kleinen Dinge, die einen großen Unterschied machen.

Auch in Schleswig-Holstein gibt es das. SAVING LIFE ist zum Beispiel 2017 als deutsch-dänisches INTERREG-Projekt im Grenzbereich gestartet. Dieses Projekt ist durch Corona ein bisschen ins Stolpern geraten; nun wird es unter der Trägerschaft des ASB landesweit mit Anbindung an demnächst alle Rettungsleitstellen im Land weitergeführt. Tolles Projekt!

(Beifall Stephan Holowaty [FDP], Jan Marcus Rossa [FDP] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade hier ist unsere Unterstützung gefragt - die Unterstützung dieses Landtags und der Landesregierung. Wir wollen unter anderem SAVING LIFE noch bekannter machen, gerade bei qualifizierten Ersthelferinnen und Ersthelfern.

Im deutsch-dänischen Grenzland wurden nach ASB-Angaben Tausende von Bürgerinnen und Bürgern geschult und als Ersthelferinnen und Ersthelfer registriert. Dies gilt es, massiv und vor allem dauerhaft aufzubauen und zu erweitern, um eine Laienreanimierungsquote von über 50 % zu haben. Wenn dieser Antrag, diese Debatte den einen oder anderen qualifizierten Ersthelfer dazu bringt, sich zu registrieren, ist das Ziel schon erreicht.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich funktionieren auch lebensrettende Apps nur dann, wenn die Mobilfunkinfrastruktur überall leistungsstark und verfügbar ist. Deshalb ist es so

wichtig, dass Wirtschaftsminister Buchholz die Mobilfunkunternehmen so massiv dazu drängt, weiße und graue Flecken umgehend zu beseitigen. Da sind wir bei.

(Beifall FDP und Hans Hinrich Neve [CDU])

Denn digitale Infrastruktur mit Glasfaser, Mobilfunk und freiem öffentlichen WLAN ist nicht nur Nice-to-have, sondern auch hier im Rettungswesen Voraussetzung für vieles.

Lassen Sie mich noch zwei Dinge anmerken: Standardisierte Schnittstellen zwischen den Apps verschiedener Hersteller sind genauso wichtig bei der Weiterentwicklung, wie die Debatte im Datenschutz noch mehr in Richtung der zulässigen Datennutzung zu lenken ist, statt in Richtung einer sturen Verhinderung von Datennutzung.

Datenschutzsorgen dürfen nicht zum Risiko für Leben und Gesundheit werden. Das muss man gegeneinander abgrenzen, und ich sage: im Zweifel für die Rettung des Lebens. - Das ist die Botschaft, die wir mit uns tragen sollten: Digitalisierung rettet wirklich Leben. - Darum geht es heute, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An dieser Stelle bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und danke besonders meinem Kollegen Stephan Holowaty, mit dem zusammen ich per Münzwurf entschieden habe, dass ich heute diese Rede halten darf. Vielen Dank dafür, Stephan.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Beate Raudies [SPD]: Das wäre aber auch interessant! - Dennys Bornhöft [FDP]: Wir wollten das unbedingt beide machen!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von uns nutzen immer mehr App-basierte Dienste. Wo am Anfang vielleicht eher Kommunikation und Unterhaltung im Fokus standen, werden heute immer mehr Apps genutzt, die zusammen bald sämtliche Lebensbereiche betreffen.

(Christian Dirschauer)

Die Pandemie hat vor allem die gesundheitspezifischen Apps in den Vordergrund gestellt. Wer hätte vor einigen Jahren gedacht, dass die Bundesregierung einmal eine App im Gesundheitsbereich in Auftrag geben oder die Kommunikation mit den Kinderärztinnen und Kinderärzten beispielsweise über die „Mein Kinder- und Jugendarzt-App“ erfolgen würde?

Im vorliegenden Antrag soll es darum gehen, die Ersthelfer-Alarmierungssysteme zu unterstützen. Inhaltlich reiht er sich in unsere jüngste Debatte zum Thema Lehren aus der Pandemie und Flutkatastrophe ein. Vor allem soll es in diesem Fall darum gehen, ehrenamtliche Ersthelferinnen und Ersthelfer in das Rettungssystem einzubeziehen. Das macht vor allem in ländlicheren Regionen Sinn. Dort ist der Weg zur nächsten Leitstelle meistens weiter als in den größeren Städten, und solche Regionen haben wir in Schleswig-Holstein eben reichlich.

Entsprechende Modellprojekte zu den Apps gab es bereits. Entscheidend ist dabei, ein hohes Maß an Qualität zu garantieren. Das wird die große Herausforderung bei der Umsetzung werden und über den Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Dabei gilt es, ebenso die Qualität und die Funktionen der App selbst als auch die Qualifikation der Ersthelferinnen und Ersthelfer zu sichern. Die Hürden, die sich für ein solches App-System auftun, sind hoch, aber handelbar. Ich denke, dessen ist sich auch die Landesregierung bewusst.

Eine andere Sache, die möglicherweise schneller umzusetzen ist, ist die Anwendung der Telemedizin im Rettungsdienst. Auch das wird teilweise schon gemacht und durch entsprechende Arbeitsgruppen in der Praxis heute schon inhaltlich begleitet. Die Ergebnisse sind in diesem Zusammenhang überwiegend positiv; so wurde es mir aus der Rettungsdienstpraxis berichtet. Hier kann es der Landesregierung gelingen, sehr zeitnah eine flächendeckende Umsetzung voranzubringen.

Fest steht jedenfalls, dass wir in Bezug auf die Digitalisierung in Deutschland, auch im Gesundheitsbereich, einen enormen Aufholbedarf haben. Dabei ist es eigentlich traurig, dass es erst eine Pandemie brauchte, um eine digitale Alternative zum Impfpass zu etablieren, um nur ein Beispiel zu nennen.

Auch heute noch ist es so, dass, wenn ein Rettungswagen gerufen wird, die Kenntnisse über Vorerkrankungen oder Allergien einfach nicht vorhanden beziehungsweise nicht abrufbar sind. Dabei könnten diese Informationen ganz entscheidend für die

Behandlung sein. Eine digitale Gesundheitskarte könnte hier Abhilfe schaffen.

Aus Sicht des SSW dürfen wir jedenfalls nicht nachlassen, die Digitalisierung auch im Gesundheitswesen weiter voranzutreiben. Es lohnt sich an dieser Stelle, nicht auf eine weitere Krise zu warten, sondern: Wir müssen jetzt handeln.

Mit Blick auf den vorliegenden Antrag der regierungstragenden Fraktionen bin ich daher zuversichtlich, dass sich Schleswig-Holstein auf einem guten Weg befindet. Vor diesem Hintergrund ist sehr zu begrüßen, dass Ministerin Sütterlin-Waack umfassende Erneuerungen auch für die entsprechenden Rettungsfahrzeuge angekündigt hat. Schließlich nützt die modernste Technik wenig, wenn der Gesundheitsschutz in den jeweiligen Fahrzeugen mangelhaft ist.

Alles in allem kann ich feststellen: Die Landesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt, und es ist gut, dass wir als Parlament darüber beraten.

Liebe Kollegin Bohn, wir werden dem Antrag gern zustimmen, werden die Umsetzung engmaschig begleiten und - da sind wir beim Kollegen Heinemann - im Ausschuss gern wieder aufrufen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat das Wort die Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack in Vertretung für Minister Dr. Heiner Garg.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Menschen müssen darauf vertrauen können, in Notfallsituationen bestmöglich medizinisch versorgt zu werden. In der Notfallversorgung verfügen wir in Schleswig-Holstein bereits über sehr gute Strukturen. Um diese weiter zum Vorteil des Personals und zum Wohle der Patientinnen und Patienten zu optimieren, eröffnet die Digitalisierung neue Perspektiven, denen wir als Land sehr aufgeschlossen gegenüberstehen.

Konkret geht es um die Unterstützung rettungsdienstlicher Einsatzkräfte durch telemedizinische Anwendungen bei Einsätzen. Beispielsweise können Notfallsanitäterinnen und -sanitäter Kontakt zu einem Notarzt aufnehmen, wenn dieser noch nicht

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

vor Ort ist. Auch bei Sekundärtransporten, bei denen Patientinnen und Patienten zwischen zwei Krankenhäusern transportiert werden, können Planung und Übergabe durch telemedizinische Anwendung leichter organisiert werden.

Die Telemedizin bietet also auch in der Notfallversorgung viele Vorteile. Sie erleichtert Konsultationen zwischen dem rettungsdienstlichen und ärztlichen Personal und stärkt damit die sektorenverbindende Versorgung. Sie kann einen erheblichen Beitrag leisten, um medizinische Ressourcen zu schonen. So können diese gezielter zum Wohle der Patientinnen und Patienten eingesetzt werden.

Aus Nordrhein-Westfalen ist durch das Projekt Telenotarzt Aachen der hohe Nutzen der Telemedizin bei der Unterstützung des Rettungsdienstes bereits bekannt. Auch hat sich der Gemeinsame Bundesausschuss im Hinblick auf die Überführung zweier Innovationsprojekte zustimmend geäußert: Telenotarzt Bayern und Landrettung Mecklenburg-Vorpommern.

Selbstverständlich müssen für die Nutzung telemedizinischer Anwendungen die technischen Voraussetzungen wie eine möglichst fest installierte Kamera im Rettungswagen vorhanden sein. Auch sollen die Vitaldaten in die digitale Übertragung eingebunden werden.

Im schleswig-holsteinischen Rettungsdienstgesetz ist festgelegt, dass geeignete Rettungsmittel für besondere Versorgungs- und Beförderungsaufgaben einzusetzen sind. Dies kann auch auf notfallmedizinische Weiterentwicklung angewandt werden.

Die telemedizinische Einsatzunterstützung in der Notfallrettung als besondere Versorgungsaufgabe zu betrachten, ist rechtlich also möglich. Die Kreise, die der Rettungsdienstkooperation in Schleswig-Holstein angehören, haben bereits ihren Bedarf in Bezug auf die Telemedizin festgestellt. Es ist nun Aufgabe des Landes, die konkrete Umsetzung einer telemedizinischen Einsatzunterstützung zu prüfen.

Die Konzepte und Rahmenbedingungen werden dabei von den Rettungsdienstträgern erstellt. Im Vordergrund stehen die Möglichkeiten, telemedizinische Unterstützung in der Notfallversorgung möglichst wirtschaftlich und landesweit einheitlich zu gestalten. Ziel ist, dass die telemedizinische Notfallversorgung als Teil der Regelversorgung ausgebaut und finanziert wird.

Auch die App-basierte Alarmierung von Ersthelferinnen und Ersthelfern kann zur Weiterentwicklung der Notfallversorgung beitragen. Diese Smartpho-

ne-gestützte Anwendung eröffnet den Rettungsleitstellen neue Möglichkeiten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Nach Eingang eines Notrufs können registrierte Ersthelferinnen und Ersthelfer durch die Disponentinnen und Disponenten lokalisiert und über die App alarmiert werden. Dies ist vor allem dann von Vorteil, wenn der zeitgleich alarmierte Rettungsdienst im Vergleich zum Ersthelfenden mit zeitlicher Verzögerung am Einsatzort eintrifft. Denn es gilt: Je früher Notfallpatientinnen und -patienten versorgt werden, desto besser.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Hier zählt wirklich jede Sekunde.

Die App-Rettung wird ebenfalls durch das Schleswig-Holsteinische Rettungsdienstgesetz geregelt. Die Smartphone-basierte Alarmierung von Ersthelfenden gehört jedoch zur organisierten Ersten Hilfe und ist damit nicht Teil des Rettungsdienstes. Sie zu etablieren, ist eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Rettungsdienstträger und kann damit nicht von diesen finanziert werden. Ebenso ist das Engagement der registrierten Helferinnen und Helfer freiwillig.

Dies spricht aber nicht gegen die App-Rettung, im Gegenteil. Sie ist ein wirksames Mittel, dieses Engagement zu kanalisieren und besser verfügbar zu machen. Den Ausbau dieser digitalen Unterstützung möchten wir als Landesregierung sicherstellen und im Wege einer Förderung verstetigen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dafür sollen ab dem Jahr 2022 jährlich 100.000 € an Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt werden. Mit den Mitteln soll es den Betreiberinnen und Betreibern von App-basierten Ersthelfer-Alarmierungssystemen ermöglicht werden, die Infrastruktur für den Betrieb der Systeme zu gewährleisten. Die aus dem Betrieb entstehenden Kosten sollen darüber finanziert sowie die Betreuung der registrierten Ersthelferinnen und Ersthelfer ermöglicht werden.

Noch einmal: Im Ernstfall zählt jede Sekunde, denn es geht um Leben und Tod. Die neuen digitalen Anwendungen helfen dabei, Leben zu retten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3278, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung, bitte.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Frau Präsidentin, es war verabredet, dass wir noch den Bericht des Petitionsausschusses behandeln.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Kollege und Parlamentarische Geschäftsführer der CDU hat mir gerade mitgeteilt, dass der Bericht nach der Mittagspause aufgerufen werden soll.

(Zurufe - Hauke Götsch [CDU]: Frau Präsidentin, Sie entscheiden!)

- Herr Arp hat entschieden.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:38 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, möchte ich auf der Tribüne ganz herzlich folgende Gäste begrüßen: Kim Andersen, Generalkonsul des Königreichs Dänemark in Flensburg; Steen Schröder, Zweiter Vorsitzender der SSF; Heinrich Bahnsen, stellvertretender Vorsitzender des Friesenrates; Uwe Jessen, Generalsekretär des BDN; Michaela Oesser vom ADS und Éva Pénczes, Generalsekretärin der FUEN Flensburg. Es sind noch weitere Gäste aus verschiedenen Minderheitenorganisationen zu Besuch beim Schleswig-Holsteinischen Landtag. Auch Sie möchte ich ganz herzlich begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten wieder in die Tagesordnung ein, und ich möchte Ihnen mitteilen, dass der Abgeordnete Dirschauer sich leider krankmelden musste. Gute Besserung!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 39, 40 und 41 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 19. Legislaturperiode (2017 - 2022) - Minderheitenbericht 2021**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3334

b) Bericht zur Sprachkompetenz in den Regional- und Minderheitensprachen im Landesdienst (BSRMS)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3335

c) Bericht der Landesregierung zur Evaluierung des Gesetzes zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Stärkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3339

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile das Wort dem Ministerpräsidenten Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich im Jahr 2017 als neu gewählter Ministerpräsident meine erste Auslandsreise angetreten habe, ging die wie selbstverständlich nach Dänemark zu unseren Nachbarn, zu unseren Freundinnen und Freunden. Viele gegenseitige Besuche schlossen sich an. Ich habe immer wieder deutlich gespürt, wie groß das gegenseitige Vertrauen ist, wie gut das Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark ist, das wir seit Jahrzehnten immer weiter fortentwickelt haben. Darüber sollten wir alle miteinander froh und dankbar sein, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Einer der Gründe, warum dieses Verhältnis so gut ist, ist der Umgang, den wir mit unseren jeweiligen nationalen Minderheiten pflegen. Ich glaube, dass wir auch hier stolz darauf sein können, wie es sich in den vergangenen Jahrzehnten immer weiterentwickelt hat, welche Fortschritte wir in der Zusammenarbeit gemacht haben.

Wir sehen Minderheiten als Bereicherung und Bestandteil unserer Identität an. Unsere dänische Minderheit, unsere Friesen, unsere deutschen Sinti und

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Roma und natürlich auch unsere deutsche Minderheit in Nordschleswig: Es macht uns miteinander stolz, dass es diese Sprachenvielfalt, diese Traditionen und Bräuche gibt. Deswegen sage auch ich ein herzliches Willkommen an die Vertreterinnen und Vertreter der Minderheiten und Volksgruppen und natürlich an den Generalkonsul Kim Andersen. Auch von mir ein fröhliches Moin!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Schleswig-Holstein hat eine besondere Verantwortung, und die Jamaika-Koalition hat sich dieser Verantwortung gestellt. Wir pflegen und wertschätzen kulturelle Vielfalt, und wir haben eine Menge auf den Weg gebracht, um weiter zum Schutz beizutragen und Sprache und Kultur zu fördern. Die Landesregierung versteht sich als Freundin der Minderheiten und der Grenzregion und genauso als Freundin unserer regionalen Sprache Plattdeutsch.

Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass wir einen Minderheitenbeauftragten haben. An dieser Stelle will ich ausdrücklich Johannes Callsen Danke für seine Arbeit in den vergangenen Jahren sagen, weil er mit seiner Arbeit unglaublich viel bewegt hat. Deswegen, lieber Johannes, an dieser Stelle: Ganz herzlichen Dank für deinen persönlichen Einsatz!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Volker Schnurrbusch [AfD], Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Auch ihm ist es zu verdanken, dass wir in der 19. Legislatur einiges erreichen konnten. Ich denke an den Jahrestag der Volksabstimmung 2020, das deutsch-dänische Freundschaftsjahr, in dem wir natürlich viele Veranstaltungen pandemiebedingt nicht durchführen konnten, aber trotz alledem diese deutsch-dänische Freundschaft leben konnten und manches jetzt glücklicherweise nachholen können. Ich denke an den Antrag, den wir mit Dänemark gemeinsam stellen: Wir wollen das Zusammenleben in der Grenzregion und die Minderheiten in unserer Region als immaterielles Welterbe anmelden. Ich denke an die Minority SafePack Initiative, die wir auf allen Ebenen, auf denen wir Verantwortung tragen, unterstützt haben. Ich denke auch daran, dass wir die Grabstätte von Sinti und Roma erhalten konnten, von Menschen, die von Nazis verfolgt worden sind. Ich denke schließlich daran, dass wir

sieben weitere Verpflichtungen im Rahmen der europäischen Sprachencharta eingegangen sind und daran, dass wir den Handlungsplan Sprachenpolitik vorgelegt haben und genauso im Moment in der Vorbereitung sind, den Landesplan Niederdeutsch entsprechend fortzuschreiben.

Wir haben gemeinsam mit dem Bund die Mittel für das ECMI erhöht, das dieses Jahr im Übrigen seinen 25. Geburtstag feiert. Es ist ein Segen für unser Land, dass dieses Institut sich in Schleswig-Holstein, in Flensburg, befindet und bei uns die geballte Kompetenz für Minderheiten in Schleswig-Holstein sitzt. Ich finde, darauf kann der Schleswig-Holsteinische Landtag richtig stolz sein, dass es diese Institution gibt.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich nenne weiterhin natürlich auch die Gründung der Friesenstiftung, die wir auf den Weg gebracht haben. Auch in diesem Bereich haben wir die Situation immer weiter verbessert.

Das zeigen wir in dem Bericht zur Evaluation des Minderheitengesetzes und genauso im Bericht zur Sprachenkompetenz in den Regional- und Minderheitensprachen im Landesdienst. Beim Erstgenannten haben wir eine Liste von Maßnahmen erstellt, wo es auch um Aus- und Fortbildungsinhalte im Landesdienst geht. Im Letzteren zeigen wir, dass Regional- und Minderheitensprachen in vielen Dienststellen mittlerweile gesprochen werden. 80 % der rückmeldenden Behörden haben entsprechende Sprachkenntnisse. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Da kann noch ein bisschen mehr gehen, es ist aber eine gute Grundlage, auf der wir weiter aufbauen sollten, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SSW, Stephan Holowaty [FDP] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wir sollten die Empfehlungen und Schlussfolgerungen nutzen, um die gesetzlichen Vorgaben für die Regional- und Minderheitensprachen in Zukunft noch effektiver umzusetzen. Wir dürfen uns natürlich auch weiterhin auf dem Erreichten nicht ausruhen.

Ich will an dieser Stelle erwähnen - darauf können wir alle gemeinsam stolz sein -: Als wir über die Notkredite verhandelt haben, gab es nicht nur die Mehrheit von Jamaika, sondern in diesem Hohen Haus auch unter Zustimmung der SPD und des SSW ein klares Commitment, dass, wenn Einsparpotenziale notwendig sind, das auf keinen Fall zu-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

lasten der Minderheiten gehen darf. Das ist ein großartiges Zeichen, dass wir uns parteiübergreifend einig sind, dass wir auf Kosten der Minderheiten nicht sparen. Das ist ein wichtiges Signal. Wir dürfen heute noch einmal betonen, dass wir das gemeinsam so sehen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Schleswig-Holstein hat die Vorbildfunktion weiter gefestigt. Wir stehen für ein friedliches Miteinander in unserem Land. Weil das so breit getragen wird, ist unsere Expertise in ganz Europa gefragt. Auch auf dem Westbalkan schwört man auf die Expertise aus Schleswig-Holstein. Das unterstreicht, wie wichtig der breite Konsens ist, den wir hier in diesem Haus haben.

Die Minderheiten, die Volksgruppen machen unsere Gesellschaft reicher und stärker. Diese Haltung eint uns in Schleswig-Holstein. Der Minderheitenbericht, den wir heute vorlegen, ist der Beleg dafür. Darauf können wir ziemlich stolz sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich eröffne die Aussprache. Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt selbstverständlich allen Fraktionen zur Verfügung.

Das Wort hat jetzt für die Abgeordneten des SSW der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mindretalspolitik er fredspolitik. Det er det vi skal har i baghovedet når vi taler om vores mindretalspolitik. Det vi gør her har en udvirkning på andre mindretal i andre lande. Lige derfor er det vigtigt at markere de succeser vi har haft, men vi skal alligevel også tiltale de områder hvor vi stadig har udfordringer. Og der skal et signal til at vi igen og igen vil forbedere situationen for vore mindretal.

Wir haben in der Tat einige minderheitenpolitische Erfolge zu verzeichnen, die sich sehen lassen können. So wurde in der letzten Wahlperiode damit begonnen, Geld für eine Friesenstiftung anzusparen und die rechtlichen Grundlagen für eine Umsetzung in dieser Wahlperiode zu erarbeiten. Wir freuen uns, dass wir als SSW hier eng mit der Landesre-

gierung zusammenarbeiten konnten und dass es uns jetzt gelungen ist, diese Stiftung zu gründen.

Ich finde es immer noch bemerkenswert, dass der Übergang von einer Regierung zur nächsten in dieser Frage zu keinen größeren Friktionen geführt hat. Das an sich ist ein positiver Wert für unsere Demokratie. Für diese Zusammenarbeit vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Natürlich wird vor allem für die friesische Minderheit ein wichtiger Schritt getan. Kräfte bündeln, Finanzmittel erhöhen und Mittel schneller bereitstellen; das sind die Ziele, die mit der Stiftung verbunden sind. Ich bin sicher, dass diese Ziele erreicht werden können.

Genauso erfreut bin ich, dass es uns gelungen ist, auf Initiative des SSW für die Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch sowie für die Regionalsprache Niederdeutsch einige Bestimmungen zur Sprachencharta nachzumelden. Gerade vor dem Hintergrund des zuvor Gesagten, nämlich, dass Minderheitenpolitik Friedenspolitik ist, ist dieses Signal auf europäischer Ebene nicht zu unterschätzen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Andere Staaten sehen nun, dass auch die große Bundesrepublik Deutschland bereit ist, aktive Minderheitenpolitik zu gestalten. Vor dem Hintergrund, dass es auch hier in Europa durchaus große Defizite gibt, ist das ein starkes Signal für die Minderheiten in Europa.

Einen Wermutstropfen haben wir trotzdem. Während das Land bereitwillig Bestimmungen angemeldet hat, die es jetzt schon erfüllt, war diese Bereitschaft auf der kommunalen Ebene nicht vorhanden. Selbst Dinge, die man ohne Schwierigkeiten erfüllen kann, wollte man aus Furcht vor einem Rechtsanspruch von Minderheitenangehörigen nicht anmelden. Dieses eher abwehrende Verständnis der Kommunen in der Minderheitenpolitik ist - freundlich formuliert - ein überkommenes Verständnis von Minderheitenpolitik. Auf kommunaler Ebene geht noch mehr, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit komme ich zu einem der großen Probleme der Minderheitenpolitik hier im Land. Während die finanzielle Gleichstellung der dänischen Minderheit

(Lars Harms)

auf Landesebene durchaus erreicht und, was beispielsweise die Schulen der dänischen Minderheit angeht, auch in der Landesverfassung verankert ist, treten wir auf kommunaler Ebene immer noch auf der Stelle. Gleichbehandlung findet dort eben nicht überall statt. So kann es nicht bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW)

Durch den Dänischen Schulverein und durch den dänischen Jugendverband SDU werden beispielsweise Ganztagsschulangebote gemacht. Diese Ganztagsangebote an den dänischen Schulen werden durch das Land genauso wie Ganztagsangebote an den öffentlichen deutschen Schulen gefördert. So weit, so gut. Die Schulträger der deutschen Schulen, also die Kommunen, packen aber regelmäßig noch Geld drauf, um das Angebot an den öffentlichen Schulen gut zu gestalten. Auch das ist richtig und gut so, meine Damen und Herren. Aber an den Angeboten an den dänischen Schulen beteiligen sich die Kommunen größtenteils nicht.

Geht also ein Kind aus einer Kommune in eine deutsche Schule, so zahlt die Kommune für das Kind. Geht das gleiche Kind aber auf eine dänische Schule, dann zahlt die Kommune oft nichts. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Kinder, die die dänischen Schulen besuchen, sind den Kommunen nicht so viel wert wie Kinder, die deutsche Schulen besuchen. Das ist ein Verständnis von Politik, das ich eher in den Grenzkampf der 50er-Jahre verorten würde. Heute sollte das eigentlich anders sein. Hier appelliere ich auch an die demokratischen Landesparteien, dass sie auf ihre kommunalen Vertreter zugehen und dafür Sorge tragen, dass sie den Wunsch auf Gleichbehandlung der dänischen Minderheit unterstützen. Das geschieht in vielen Fällen leider eben noch nicht. Dänische Schüler sind nun einmal nicht weniger wert als deutsche Schüler!

(Beifall SSW und SPD)

Än dan jeeft et uk noch en ouden grünseetliken keer, wan we aw e friisk manerhäid kiike. We schan unbedingt mör draft bai e friiskunerrucht hääwe. Heer gungt et ai bloots am en änkelen keer önj en gruten struus foon manerhäidepolitische initsjatiive. Heer gungt riin än åål amt ouerlaawen foon en manerhäid!

Wenn wir es in den nächsten vier, fünf Jahren nicht schaffen, mehr Friesischunterricht auf die Beine zu stellen, dann entwickelt sich das zu einer existenziellen Gefahr für die friesische Minderheit und da-

mit auch zu einer existenziellen Gefahr für den Bestand eines Teils der ureigenen traditionellen schleswig-holsteinischen Kultur.

In der letzten Wahlperiode haben wir Demokraten gemeinsam unter anderem den Friesischunterricht in unserer Landesverfassung verankert. Jetzt müssen aber auch Taten folgen. Das bitte ich nicht als Vorwurf, sondern eher als Hilferuf zu verstehen. Noch vor rund 20 Jahren hatten wir jährlich 1.400 Friesischschüler. Jetzt sind es nur noch rund 750. Das ist fast eine Halbierung. Die friesische Sprache gilt nicht nur als bedrohte Sprache, sondern als eine der bedrohtesten Sprachen auf dieser Welt. Deshalb haben wir alle eine besondere Verantwortung, genauso wie wir sie für bedrohte Tierarten, bedrohte Natur oder auch für bedrohte Kulturgüter haben.

Die rechtlichen Grundlagen haben sich verbessert, keine Frage. Zuletzt hat das Bildungsministerium aufgrund einer Initiative des SSW festgelegt, dass Absolventen von Friesischangeboten an der Uni Flensburg die gleiche Punktzahl für ihre Leistung erhalten wie beispielsweise DaZ-Lehrer. Das ist gut, und trotzdem reicht es nicht. Wir brauchen in irgendeiner Form eine Stelle, die neu ausgebildete Friesischlehrerinnen und -lehrer nach Nordfriesland und Helgoland vermittelt. Laut meiner Kleinen Anfrage zum Friesischunterricht unterrichten nämlich in Nordfriesland derzeit 22 Friesischlehrer gegenüber 27 im Vorjahr. Insgesamt gibt es laut Bericht zur Sprachenkompetenz im Landesdienst 31 Friesischlehrer im ganzen Land. Da ist vielleicht noch Potenzial. Wenn wir diejenigen Lehrer in Nordfriesland, die zwar Friesisch sprechen, aber noch nicht eine Lehrqualifikation für den Friesischunterricht haben, weiterbilden, damit sie Friesisch unterrichten können, könnte weiteres Potenzial gehoben werden. Darüber hinaus muss es natürlich möglich sein, dass auch diejenigen Lehrer, die noch nicht Friesisch sprechen, Friesischkurse und Weiterbildungsgänge belegen. Sie sehen also, da gibt es noch viel zu tun.

Am Ende steht und fällt es mit der Attraktivität des Fachs Friesisch. Friesisch muss vollgültiges Lehrfach sein, und die Lehrmaterialien hierfür müssen durch das Land erarbeitet und finanziert werden. Das, was wir jetzt haben, ist mit großem ehrenamtlichen Engagement erarbeitet, keine Frage. Aber man stelle sich einmal vor, für die Fächer Englisch, Französisch oder Spanisch würden keine festen Lehrmaterialien vorliegen, und alles müsste mehr oder weniger ehrenamtlich erarbeitet werden. Der Aufschrei wäre mit Recht groß.

(Lars Harms)

Bei der sorbischen Minderheit hat man im Übrigen eine eigene Institution für die Ausbildung von Kindergarten- und Schulpersonal. Dieses Witaj-Sprachzentrum ist auch für die Lehrmaterialien zuständig. Das kann ein richtig gutes Vorbild für uns sein. Ein paar Stunden IQSH und etwas Ehrenamt reichen jedenfalls für diese große minderheitenpolitische Aufgabe nicht mehr aus. Das muss uns allen klar sein.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch kurz auf die Minderheit der deutschen Sinti und Roma eingehen. Hierzu muss man sagen, dass die Entwicklung der letzten Jahre wirklich bahnbrechend war. Die Wohnungsgenossenschaft Maro Temm arbeitet zuverlässig. Die Zahl der Mediatorenstellen an den Schulen ist ausgeweitet worden, und die Mediatoren arbeiten erfolgreich. Der Landesverband der Sinti und Roma macht eine unverzichtbare Beratungsarbeit und hat nun gerade mit seiner neuen Ausstellung ein wichtiges Feld in der Öffentlichkeitsarbeit betreten. Da läuft es also richtig gut.

Doch möchte ich eine kleine Anregung geben. Neben dem Landesverband der Sinti und Roma arbeitet in Schleswig-Holstein auch die Cinti Union. Ich würde mich freuen, wenn auch die Cinti Union in unserem Gremium für die Sinti und Roma mitarbeiten könnte. Bei den Friesen sind in deren Gremium ja auch vier verschiedene Organisationen mit dabei. Ich glaube, alle Angehörigen der Minderheit, denen die eigene Zukunft wichtig ist, sollten in unserem Sinti-und-Roma-Gremium mitarbeiten können.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf die Sprachkenntnisse in der Landesverwaltung eingehen. Sie sind insbesondere in Bezug auf Dänisch und vor allem auf Friesisch doch eher durchwachsen. Wir haben jetzt zum ersten Mal einen kleinen Überblick, und das ist gut so. Diese Sprachkenntnisse sollten aber - erstens - unbedingt in KoPers eingepflegt werden, damit diese immer abrufbar und am Ende auch nutzbar sind.

Zweitens sollte es verstärkt Sprachkurse in den jeweiligen Verwaltungen geben, gerne auch in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene.

Drittens - das ist vielleicht das Wichtigste - sollten wir mehr die Möglichkeit nutzen, dänische und friesische Sprachkenntnisse in den Stellenausschreibungen einzufordern. Rechtlich ist das möglich, und sachlich macht es Sinn, die Bestimmungen aus dem Landesverwaltungsgesetz in den jeweiligen Behörden auch umsetzen zu können. Aber,

meine Damen und Herren, es macht auch allgemein Sinn, dass die Verwaltungen und Behörden die Sprachen des Volkes sprechen können und darauf auch positiv hingewiesen wird. Das ist ein Stück weit auch ein Ausweis von Bürgerfreundlichkeit. Es ist nicht nur Minderheitenpolitik, sondern ich finde, jeder Bürger dieses Landes soll in seiner Sprache angesprochen werden können. Das ist zumindest der Anspruch, den wir als Land haben sollten. In diesem Sinne: Foole tunk fort tuhiiren! Tak for opmærksomheden!

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Peter Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst gilt mein herzlicher Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei und der mitwirkenden Ministerien für die vorgelegten umfangreichen Berichte. Die Berichte sind, finde ich, eine hervorragende Grundlage und lesenswerte Dokumentation der erfolgreichen Minderheitenpolitik in unserem Land.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Minderheiten Schleswig-Holsteins sind seit jeher wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Ich freue mich daher, heute über die aktuelle Situation und die guten Entwicklungen in Schleswig-Holstein sprechen zu dürfen. Das Land ist dabei Vorbild für Schutz und Förderung einer vielfältigen Gesellschaft. Vor allem unserem Minderheitsbeauftragten Johannes Callsen möchte auch ich auf diesem Weg ganz persönlich meinen Dank für seine hervorragende Arbeit und seinen Einsatz aussprechen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Diese Landesregierung - auch mit dem persönlichen Einsatz unseres Ministerpräsidenten Daniel Günther - und die Vorgängerregierungen und deren jeweilige Minderheitenbeauftragte und auch der Schleswig-Holsteinische Landtag haben sich dabei das Ziel gesetzt, unsere kulturelle Vielfalt bestmöglich zu fördern und zu bewahren. Dies ist inzwischen ein wichtiger und unverkennbarer Bestandteil unserer politischen DNA. Das ist nicht immer so gewesen.

(Peter Lehnert)

Der aktuelle Minderheitenbericht zeigt, dass die historisch gewachsene Rolle als Vorbild in Sachen Minderheitenpolitik nicht reiner Symbolpolitik entspringt. So offenbart der Bericht vielmehr, dass sich Schleswig-Holstein auf einem guten Weg zur optimalen Förderung unserer Minderheiten befindet. Immer wieder werden die wichtigen Signale für eine überparteiliche und fortschrittliche Minderheitenpolitik angesprochen und finden überregionales Interesse. Dies wird in Verbindung mit der Errichtung und Förderung der Stiftung für die Friesische Volksgruppe, der Friesenstiftung, betont. Diese übernimmt nach langer Planung die Pflege friesischer Brauchtümer, die Heimatpflege und die Sprachpflege. Außerdem wird durch den Handlungsplan Sprachenpolitik im besonderen Maße die Vielfalt an Sprachen in Schleswig-Holstein in der Öffentlichkeit verdeutlicht; Kollege Harms hat das heute auch noch einmal ganz persönlich dargebracht. - Herzlichen Dank dafür, lieber Lars.

Zudem sind die Förderung des SSF und seiner angeschlossenen Vereine, die bildungspolitischen Weichenstellungen für Sinti und Roma sowie die herausragend funktionierende Integration der Deutschen Minderheit in Dänemark hervorzuheben. Hierbei möchte ich vor allem die vertragliche mehrjährige Absicherung und Aufstockung finanzieller Unterstützungen in dieser Legislaturperiode hervorheben, die es Stiftungen, Vereinen und Sprachschulen ermöglichen, unter bestmöglichen Rahmenbedingungen zu arbeiten. Auch der Bund hat hierzu einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet. Ich bin ganz zuversichtlich, dass das auch die kommende Bundesregierung so tun wird. Dafür kann ja jetzt auch der Bundestagsabgeordnete des SSW einen wichtigen Beitrag leisten.

Schließlich wird die europäische Rolle der Minderheitenverbände durch das vom Land unterstützte Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk Schleswig-Holstein/Süddänemark gestärkt. Es ist ausgezeichnet, dass diese Netzwerkinitiative zustande gekommen ist, durch die Sprache und Kultur im transnationalen Bereich gefördert werden soll. Zudem trägt es zum Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Minderheiten bei.

Des Weiteren ist die Förderung niedrigschwelliger Ansatzpunkte eine gute Möglichkeit, um beispielsweise Sprachen zu lehren - Lars Harms hat dazu ja schon einiges, wie ich finde, sehr Bedenkenswertes ausgeführt - und vor allen Dingen den Umgang mit Minderheiten in der allgemeinen Bevölkerung noch stärker zu verankern. Als großer Erfolg kann hier die Steigerung der Bedeutung von Regional- und

Minderheitensprachen im neuen NDR-Staatsvertrag genannt werden. Dies muss nun allerdings ganz konkret in der Praxis umgesetzt werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Kollege Harms hat das ja sehr richtig für den Schulunterricht gesagt. Aber es ist natürlich, gerade was die heutigen Medien angeht, die ja sehr breit aufgestellt sind, besonders wichtig, dass das nicht nur im Vertrag steht, sondern ganz konkret umgesetzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht zuletzt ist der Umgang mit Minderheiten ein Gradmesser für gelebte Demokratie, und Schleswig-Holstein hat gerade hier eine besondere Stellung.

Mit der herausragenden Förderung und dem hohen Schutz unserer vielfältigen Gesellschaft sind wir über Landesgrenzen hinweg Vorbild, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch innerhalb Europas. Wir kümmern uns, helfen und fördern unsere Minderheiten. Wir haben viele Projekte vorangebracht, um unsere Vielfalt zu erhalten und zu fördern. Seien es die Sprachförderung, die Inklusion oder großzügige finanzielle Unterstützung - die Landesregierung arbeitet nachhaltig und effektiv daran. Lassen Sie uns diese wertvolle Leistung gemeinsam erhalten und auch in Zukunft voranbringen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Minderheiten! Kære Kim Andersen! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der uns eigenen norddeutschen bescheidenen Mentalität können wir unseren vielfältigen kulturellen Reichtum wohl auf diesen einen Nenner bringen: Schleswig-Holstein - ganz weit oben, speziell, besonders und einzigartig. Dänen, Friesen, Sinti und Roma und die deutsche Minderheit in Nordschleswig - in keinem anderen Bundesland sind vier autochthone Minderheiten beheimatet beziehungsweise zugehörig. In einer Grenzregion mit Modellcharakter - vom Gegeneinander zum Füreinander - ist allein das Dialog Forum Norden Symbol einer ganz besonderen Friedenspolitik. Unsere Region hat Mo-

(Birte Pauls)

dellcharakter für andere Regionen in der Welt; mit dem demokratischen und friedlichen Prozess der Grenzziehung ebenso wie mit der Minderheitenpolitik in unserem Land.

Strukturen wie der Minderheitenbeauftragte und das Minderheitenberichtswesen sind Vorbild für andere Regionen, und allein damit könnten wir auch ein Kandidat für den Friedensnobelpreis sein.

(Beifall SPD, SSW und Dr. Marret Bohn
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber jetzt erwartet die Grenzregion erst einmal Anfang Dezember die Entscheidung über den UNESCO-Antrag zum immateriellen Weltkulturerbe. Wir sind sehr gespannt. Bei Erfolg stellt sich natürlich die Frage, wie wir den Mehrwert der Minderheiten für die Mehrheitsbevölkerung noch einmal deutlich und stärker bewusstmachen. Hier sind kluge Ideen gefragt, und ich bin mir sehr sicher, dass diese auch kommen werden.

Vieles haben wir in der Minderheitenpolitik erreicht, das muss manches Mal gesagt sein, denn es waren hauptsächlich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die die Minderheitenpolitik in diesem Land maßgeblich geprägt haben.

(Beifall SPD)

Allein im vorliegenden Minderheitenbericht gehen die Errichtung der Friesenstiftung, die Änderung des Landesverwaltungsgesetzes, die Änderung des NDR-Staatsvertrages, der Handlungsplan Sprachenpolitik, der die Handschrift von Renate Schnack trägt, und die mehrjährige Förderung für mehr Planungssicherheit auf Initiativen der SPD zurück. Trotz alledem freut es mich, und darauf bin ich auch mächtig stolz, dass wir es in diesem Landtag immer wieder schaffen, die Minderheitenpolitik fraktionsübergreifend in großer Einigkeit zu gestalten.

Man gratuliert nicht im Voraus, aber dass das ECMI im Dezember sein 25-jähriges Bestehen feiern kann, beruht auf einer klugen und weitsichtigen Minderheitenpolitik von Björn Engholm und Kurt Hamer und der kontinuierlichen Unterstützung anderer Minderheitenpolitiker wie zum Beispiel Rolf Fischer.

Dass die Institutionen der FUEN und des ECMI in Flensburg beheimatet sind, was keine Selbstverständlichkeit ist, und von hier aus die europäische Minderheitenpolitik maßgeblich begleiten, macht uns alle richtig stolz. Ich finde, das ist tatsächlich immer wieder ein großer Anlass zur Freude. Diese Institutionen könnten überall anders tätig sein. Dass

sie in Flensburg sind, darf uns richtig stolz machen.

Prominentestes Beispiel ist die Minority-SafePack-Initiative. Das Vorhaben ist die bedeutendste solidarische Aktion der Minderheiten in Europa der letzten Jahrzehnte, die nicht nur wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gern aktiv unterstützt haben und für deren Umsetzung wir uns weiter einsetzen, sondern alle demokratischen Parteien des Landtags.

Das Jahr 2020 als Jubiläumsjahr der friedlichen und demokratischen Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark wäre der perfekte Werbeträger für erfolgreiche Minderheitenpolitik und ein friedliches Miteinander in der Welt geworden. Es ist bitter, dass weit über 300 Projekte und Veranstaltungen coronabedingt ausfallen mussten. Wir konnten Anfang März 2020 noch eine Bereisung in der Grenzregion sowie eine große Jubiläumsveranstaltung in Sonderborg durchführen. Lieber Uwe Jessen, ich freue mich sehr, dass ihr auch diese Fahrradtour aus dem Grenzland über Berlin nach Kopenhagen zum Folketing als großes Zeichen weitergeführt und diese nachgeholt habt. Das hat nicht nur zum Verschwinden einiger Kilos beigetragen, sondern auch zu viel Völkerverständigung gerade im Grenzgebiet, und sie hat noch einmal auf die Situation aufmerksam gemacht. Vielen Dank an dieser Stelle noch einmal an die Akteure.

(Beifall SPD und Kay Richert [FDP])

Uns wurde im letzten Jahr, in den Monaten nach dem Lockdown, deutlich, wie wichtig das Treffen und die persönlichen Kontakte besonders der Minderheiten untereinander und miteinander sind. Das Sprechen der Sprachen, das Leben der Kultur - natürlich geht vieles online, aber eben doch nicht alles. Mindestens das Gefühl von Vertrautheit und Heimat bleibt online gern auf der Strecke. Aber genau das ist es, um was es geht, nämlich das aktive Sprechen, das aktive Leben der Kulturen. Das ist kein nice to have, sondern auch gesetzliche Verpflichtung aus den völkerrechtlichen Abkommen des Europarates und vielen Bundes- und Landesgesetzen.

Die Evaluierung des Gesetzes zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zur Stärkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen wurde extern vergeben. Vielleicht auch deshalb macht der Bericht schonungslos deutlich, dass wir zwar viel Gutes wollten, die Sprechergruppen dieses Angebot in der öffentlichen Kommunikation mit Behörden aber noch lange nicht aufgegriffen haben und die Umsetzung

(Birte Pauls)

mehr als spärlich und eher auf persönliche Kontakte beschränkt bleibt. Das hat Lars Harms eben auch noch einmal deutlich gemacht.

Trotzdem ist die Intention im Kontext der europäischen Sprachencharta natürlich richtig. Werbung scheint notwendig, bestenfalls in den Behörden selbst, um auf die bestehenden Möglichkeiten und Ansprüche aufmerksam zu machen. Dafür braucht es natürlich geschultes Personal in den Behörden, aber auch in den Schulen, um ein durchgängiges Netz der Sprachangebote zu organisieren und die Jugend zu fördern.

Der Bericht zur Sprachkompetenz in den Regional- und Minderheitensprachen im Landesdienst verdeutlicht, dass vorhandene Sprachkompetenzen zufällig sind und dass noch vieles zu tun ist. Es braucht aber politischen Willen, um eine moderne Minderheitenpolitik individuell und gemeinsam mit den Sprechergruppen weiterzuentwickeln. Wir jedenfalls haben diesen Willen.

Ich bedanke mich herzlich bei der zuständigen Abteilung für die Berichte und bei den Minderheiten für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und die Anregungen, die Sie uns immer wieder mit auf den Weg geben und die auch Teil dieses Berichts sind. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Rüm hart - klaar Kiming“, das ist einer meiner Lieblingsausdrücke. Ich finde, es ist ein Motto für eine ganze Region: Rüm hart - klaar Kiming bedeutet, ein weites Herz zu haben und einen klaren Horizont. Wenn Sie sich die Menschen in Schleswig-Holstein angucken, ist es nicht nur so, dass Friesinnen und Friesen nach diesem Motto leben, sondern ich habe den Eindruck, dass das uns alle hier in Schleswig-Holstein verbindet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum ist mir das so wichtig? - Ich bin davon überzeugt, dass Sprache, unsere Muttersprache - bei mir ist das Fering, das Nordfriesische, das zum Glück auf Föhr noch gesprochen wird, wo es noch Kinder gibt, die mit dieser Sprache aufwachsen -, uns prägt und dass

Sprache auch Auswirkung auf unsere Persönlichkeit, auf Familien, auf den sozialen Zusammenhalt hat. Deshalb: Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen vom SSW. Mein Herz schlägt immer mit, wenn ihr wieder Anträge zu den Minderheiten auf die Tagesordnung bringt. Darüber freue ich mich sehr, und ich bedanke mich ganz herzlich bei all denjenigen, die an dem vorliegenden Bericht mitgearbeitet haben.

Ich bedanke mich auch bei unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther für die klaren Worte zu unseren Minderheiten. Vielen Dank, lieber Daniel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gerade eben schon gehört, dass wir in Schleswig-Holstein eine ganz besondere Region sind. Das bedeutet aber auch, dass wir eine ganz besondere Verantwortung haben. Ich habe genau hingehört, was Lars Harms vom SSW gesagt hat. Ich finde es gut, dass wir von der Jamaika-Koalition deswegen auch gelobt werden; das ist mal ganz schön. Aber ich habe auch deutlich gehört, dass da noch Luft nach oben ist und wir noch mehr tun können.

Ich finde, das Beispiel mit dem Schulmaterial - auch das ist bei mir angekommen - scheint mir etwas zu sein, bei dem wir mit ein bisschen gutem Willen - den haben wir ja in der Jamaika-Koalition - noch zu Verbesserungen kommen können. Wenn wir die Sprachen erhalten wollen - und das wollen wir ja -, ist es schon sinnvoll, dass auch Schulmaterial zur Verfügung gestellt wird. Es wird unheimlich viel ehrenamtlich geleistet. Trotzdem finde ich, dass auch hauptamtliche Unterstützung wichtig ist. Wir können darüber gern noch im Gespräch bleiben, wie das in der Ausgestaltung aussehen könnte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Es war auch gut zu sehen, wie wir neulich im Friesenrat zusammengesessen haben; das ist schon ein bisschen her. Vieles andere ist hier bereits gesagt worden; das möchte ich nicht wiederholen. An einer Stelle hakte es. Da hieß es: „Das geht leider nicht. Das haben wir schon immer wieder mal besprochen.“ Ich kenne auch den Spruch: Alle sagen, das geht nicht; dann kommt einer daher, der das nicht weiß, und der hat es dann einfach gemacht. - In diesem Sinne, lieber Johannes Callsen, das war richtig Klasse. Du kannst dich darauf verlassen, dass wir Nordfriesinnen und Nordfriesen ein gutes Gedächtnis haben und dir sehr dankbar dafür sind,

(Dr. Marret Bohn)

dass jetzt das, zu dem uns jahrelang gesagt worden ist, das gehe nicht, das sei so kompliziert, das funktioniere leider nicht, eben doch geht. Vielen Dank dafür; das ist große Klasse.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den Sinti und Roma ist das mit der Sprache etwas ganz anderes. Wir haben das eben auch schon ausführlich von Lars gehört: Etwa 6.000 Sinti und Roma leben in Schleswig-Holstein. Auch bei ihnen ist es so, dass wir eine Verpflichtung haben, dass wir gern mehr tun möchten. Mit den dazu gemachten Vorschlägen werden wir uns in der Grünen-Fraktion gerne auseinandersetzen. Dazu kann ich jetzt nicht spontan Ja oder Nein sagen. Aber ihr kennt uns: Wir sind immer offen für gute Ideen und dafür, Minderheiten zu unterstützen. Das ist Teil unserer Programmatik, das nehmen wir sehr ernst, und das machen wir sehr gern.

Was die dänische Minderheit betrifft, muss ich sagen, ich kann leider nicht so gut Dänisch. Deshalb lasse ich es lieber. Ich habe mal versucht, mir die Sprache anzueignen, es klappte aber nur etwas. Aber auch hier ist es so, dass dies ein Beispiel für gute Friedenspolitik ist. Viele andere Regionen in Europa gucken auf Schleswig-Holstein und auf Deutschland. Stellen Sie sich einmal vor, wie sehr diese sich wünschen, dass ihre Minderheiten in Frieden miteinander leben.

Ich weiß, dass unser ehemaliger Landtagskollege und Parteifreund Rasmus Andresen sich sehr dafür einsetzt. Aber wenn alle Anwesenden ihre Kolleginnen und Kollegen unterstützen und die Minority-SafePack-Initiative irgendwann einmal auf den Tisch gelegt bekommen, dann freue ich mich auf diesen Tag. Das wird ein guter Tag auch für uns in Schleswig-Holstein sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt auch ganz viele Beispiele, was Kunstförderung angeht, was Kulturförderung angeht, was Mäzene angeht. Wir haben einen tollen Mäzen auf Föhr, Frederik Paulsen, der gar nicht immer genannt werden will, der so viel für unsere friesischen Kultur möglich macht. Dafür sind wir ihm sehr dankbar.

Ich würde mir wünschen, dass wir auch in anderen Bereichen noch viel mehr Menschen fänden, die die Minderheiten fördern und unterstützen.

Damit komme ich zum Schluss. Wir haben vorhin gehört, dass bei den Sprachen und bei den Auseinandersetzungen auch die dänische Minderheit und deutsche Minderheit Geschichte geschrieben haben. Ich finde, das ist ein ganz gutes Zeichen. Auch das sollte Anlass für uns alle sein, noch besser zu werden, noch mehr zu tun.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen allen für die Aufmerksamkeit. Und immer dran denken: Rüm hart - klaar Kiming. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Liebe Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie wichtig uns die Minderheiten - die drei Minderheiten hier im Land und die deutsche Minderheit in Dänemark - sind, sieht man schon allein an der Menge der Gremien, die sich in diesem Haus mit diesem Thema befassen. Da gibt es das Gremium für Fragen Deutscher Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, da gibt es das Gremium für Fragen der Friesischen Volksgruppe und das Gremium für Fragen der Deutschen Minderheit in Nordschleswig. Seit inzwischen über 30 Jahren wird im Landtag in jeder Legislaturperiode einmal ein Minderheitenbericht vorgelegt. Heute reden wir über den achten Minderheitenbericht. Darin stehen viele interessante Dinge.

Wir alle kennen die landes-, bundes- und europapolitischen Vorgänge um unsere Minderheiten. Wir haben in diesem Haus schon über vieles gesprochen, zum Beispiel über die Aufnahme von nationalen Minderheiten in das Grundgesetz. Wir haben über die Sprachencharta gesprochen, über die Friesenstiftung oder über die Minority-SafePack-Initiative. Bei aller Unterschiedlichkeit in den Detailfragen - wir sind uns in den Details ja nicht immer unbedingt einig - ist der Wert von Minderheiten hier im Haus eigentlich Konsens. Das zu betonen, liegt mir wirklich am Herzen; denn das war nicht immer so.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in unserem Foyer vor Kurzem eine Ausstellung gehabt. Das ist die Räumlichkeit dort vorn, in die auch alle unsere Gäste hineinkommen. Darin

(Kay Richert)

finden regelmäßig Ausstellungen statt. Dort hatten wir vor Kurzem die Ausstellung mit dem Namen „Vom Grenzkampf zur kulturellen Freiheit.“ Ich finde, da konnte man die Entwicklung schön nachvollziehen, sodass wir froh sein können über den Zustand, den wir heute haben. Ich sagte vorhin, das war nicht immer so. In einigen Details war unsere Vergangenheit nämlich oftmals ziemlich erschreckend illustriert.

Der für mich interessanteste Teil des Berichts ist allerdings ein anderer; das sind die Teile 3 und 4 des Berichts. Die befassen sich nämlich mit den Institutionen, mit den Bildungseinrichtungen, mit der Kulturarbeit in den Minderheiten und mit den Grenzverbänden, also mit dem echten, mit dem tatsächlichen, mit dem anfassbaren Leben.

Das ist auch der Bereich, wo man die Besonderheiten einer Minderheit tatsächlich erleben kann. Sollten Sie alle das noch nicht kennen, dann besuchen Sie doch mal das Årsmøde oder das Knivsbergfest oder die vielen anderen Sport- und Kulturveranstaltungen. Ich kann Ihnen versprechen: Auch Sie werden dem Charme des Minderheiten-Miteinanders erliegen.

Ich selbst engagiere mich seit mehreren Jahren im ADS-Grenzfriedensbund unter Frau Dr. Oesser - Hallo! -; Sie wissen das. Uns findet man übrigens ab Seite 117 in dem Bericht. Ich finde das Engagement sehr erfüllend.

Damit man dem Charme der Minderheiten allerdings erliegen kann, gibt es eine wichtige Prämisse. Das ist das Verständnis der Sprache. - Bevor Sie jetzt denken: „Ah, dann ist das also nichts für mich“, lassen Sie mich Ihnen sagen: Wir Grenzlandbewohner oder die meisten von uns sprechen zwar mehrere Sprachen, aber perfekt sind die meisten von uns auch nicht. Ich kenne sogar SSW-Volk, das dårligt Dansk spricht, dårligere end mig. Aber darauf kommt es gar nicht an, Anwesende ausgeschlossen. Wer sich nämlich etwas Mühe gibt, der kommt mit Deutsch, Dänisch oder Platt super durchs Grenzland. Wenn man sich Mühe gibt, zeigt das dem Gesprächspartner, dass man Respekt vor dessen Kultur und dessen Sprache hat. Der Rest ergibt sich dann meistens von selbst.

Was uns vielleicht helfen würde, wenn ich das noch sagen darf, wäre etwas mehr Präsenz in den Rundfunksendungen dieses Landes.

(Beifall FDP und SSW)

Aber die Aufgeschlossenheit und die Flexibilität der Grenzlandbewohner sind natürlich kein Grund,

warum man nicht die Minderheitensprachen fundiert unterrichten sollte; denn irgendwer muss sie ja auch verstehen können, wenn sie mal in das Grenzland kommen sollten.

Ein großes und wichtiges Feld ist deswegen die Vermittlung von Sprachkompetenz in den Schulen. Darüber gäbe es jetzt viel zu sagen, zum Beispiel dass die Landesregierung diese Bemühungen unterstützt durch Stellen im Bildungsministerium und in dem nachgeordneten Bereich oder durch die Mitwirkung bei der Erstellung von Schulbüchern. Paul und Emma heißen die beiden, die unseren Kindern das beibringen. Die sprechen übrigens Platt, Dänisch und Friesisch.

Bei der Gelegenheit würde ich aber gern noch auf einen anderen Aspekt eingehen: Beim Thema „Förderung von Minderheitensprachen“ geht ja jeder wie selbstverständlich von staatlichem Engagement und von staatlicher Förderung aus. Das Spannungsfeld wurde ja hier durchaus schon aufgezeigt. Ich möchte das allerdings noch einmal von einer anderen Seite beleuchten und deutlich das private Engagement loben, das hier stattfindet, zum Beispiel durch die Plattdüütsch Stiftung Sleswig-Holsteen, de düchtig bei de Ausstattung vun Scholen un Kinnergoorns mit Bökern un annern Tobehöör för dat Erlernen vun de plattdüütschen Spraak mitdeit.

(Beifall FDP und SSW)

Wir sollten aber nicht nur an die kulturelle Bereicherung denken. Mehrsprachigkeit ist übrigens auch ein bedeutender Standortfaktor.

(Christopher Vogt [FDP]: Dein Dänisch ist flüssiger! - Heiterkeit)

- Wenn ich wüsste, dass du das beurteilen könntest, würde ich mir das zu Herzen nehmen.

(Heiterkeit - Beifall FDP und SSW)

Viele Menschen von außerhalb des Grenzlands unterschätzen diese Mehrsprachigkeit kolossal. Ich sage das auch im Hinblick auf unsere eigenen Bemühungen in der Jamaika-Koalition, die Wirtschaft in Schleswig-Holstein zu entwickeln. Mehrsprachigkeit und kulturelle Neugier sind ein Prä sowohl bei der Ansiedlung von Unternehmen als auch bei der Beantwortung der Fachkräftefrage.

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich gibt es immer noch viel zu tun. Und Frieden zwischen den Völkern ist ein instabiler Zustand, wenn nicht ständig daran gearbeitet wird. Aber alles in allem bin ich außerordentlich dankbar, dass ich zu dieser Zeit in diesem Land leben darf, ohne Hass, Kampf, Ab-

(Kay Richert)

lehnung, Ausgrenzung und gegenseitiges Unverständnis.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für mich ist der Kern der Minderheitenpolitik das friedliche Miteinander, das Begreifen der kulturellen Vielfalt als Bereicherung, das Überwinden auch von Revanchismus, und zwar auf beiden Seiten der Grenze, Achtung und Respekt und ein Wirgefühl über alle Unterschiedlichkeiten hinweg.

In diesem Sinne sage ich tak for jeres opmærksomhed og afslutter min tale til minde om vores tidligere kollega Flemming Meyer: Jo tak!

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Da keine Anträge gestellt worden sind, sind die Tagesordnungspunkte 39, 40 und 41 erledigt. - Bitte.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten würden gern im Europaausschuss weiter über den Inhalt diskutieren und damit den Dialog über die Minderheiten fortsetzen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Danke an den parlamentarischen Geschäftsführer Hans-Jörn Arp. Ich habe fast damit gerechnet. Deshalb habe ich so langsam gesprochen. Ich habe die ganze Debatte auch so empfunden, dass es Wunsch und Wille des Hauses ist, über diese Themen weiter zu beraten.

Ist es recht, wenn wir die Tagesordnungspunkte 39, 40 und 41 in den Europaausschuss überweisen? Wer dem zustimmen möchte, dass der Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3334, der Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3335 und der Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3339 dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen werden, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig beschlossen, diese Berichte im Europaausschuss weiter zu beraten.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 22 und 25 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Antigentests müssen kostenfrei bleiben

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3326

Corona-Test- und Impfstrategie Herbst/Winter 2021/2022

Alternativantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3373

b) Kostenlose Corona-Tests für alle Studenten - Hochschulen sind keine Freizeiteinrichtungen

Antrag des Abgeordneten Dr. Frank Brodehl
[fraktionslos]
Drucksache 19/3348

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie bei allen Phänomenen, die eine Gefahr für die Gesellschaft bedeuten können, gilt, dass nur, wer genau hinsieht, diese auch bekämpfen kann. Auch bei der Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus bedeutet dies, dass ein Dunkelfeld aufgehellert werden muss. Alles andere hieße, sich rein auf Vermutungen zu verlassen. Auch wenn Mutmaßungen eher das Metier eines Karl Lauterbach, eines Jens Spahn oder eines Helge Braun sind, sollten wir in Schleswig-Holstein umsichtiger sein. Wir waren es bisher ja auch.

Seit Beginn der Pandemie fordern wir die Ausweitung von Testungen, seien es die Antigen- oder die PCR-Tests oder die bis heute leider nicht stattfindenden Feststellungen zur Ausprägung von Antikörpern in der Bevölkerung. Allerdings dürfen Tests hier nicht als Selbstzweck und schon gar nicht als Zwang erfolgen.

Gerade die Antigentests waren es, die uns ein einigermaßen verlässliches Bild über das Infektionsgeschehen vermittelt haben. Der einfache Zugang zu diesem bis vor kurzem noch kostenlosen Test erzeugte eine hohe Akzeptanz. Antigentests sind unbestritten wichtige Instrumente zur Pandemieeindämmung.

Die Einführung der 3-G-Regel stellte bereits die erste Zäsur dar; denn Geimpfte und Genesene wurden aus der Testpflicht ausgenommen. Lediglich

(Claus Schaffer)

Ungeimpfte mussten sich für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben freitesten.

Studien deuten darauf hin, dass Geimpfte und Genesene in den ersten Tagen nach einer Infektion in Bezug auf die Infektiosität den Ungeimpften in nichts nachstehen. Erst danach nimmt die Viruslast bei Geimpften und Genesenen stärker ab, als dies bei Ungeimpften der Fall ist. Das ist wichtig, um die Sinnhaftigkeit und den Nutzen von Antigentests und somit auch die Unsinnigkeit der 2-G- und 3-G-Regel wirklich zu verstehen. Es ist wichtig, sich dabei zu verdeutlichen, welche Bevölkerungsgruppe für ein erhebliches Testaufkommen und so auch für entsprechende Positivtreffer sorgt. Es sind nämlich die Ungeimpften.

Wer in diesem Wissen als politisch Verantwortlicher von einer Pandemie der Ungeimpften spricht, der wirft im Grunde den Ungeimpften vor, sich nicht pflichtgemäß und verantwortungsvoll zu verhalten und zugleich schuld an der Fortdauer der Pandemie zu haben. Meine Damen und Herren, das ist die bewusste Spaltung der Gesellschaft. Genau so schafft man Sündenböcke. Genau so schürt man Angst. Genau so säht man Hass. Das ist wirklich schäbig.

Nach Ihrem Paradigmenwechsel kosten Antigentests im Raum Lübeck zwischen 15 und 25 € Sehr schnell nach dem Wegfall der kostenlosen Tests geschah genau das, was Experten befürchtet hatten: Das Testaufkommen ist um bis zu 85 % zurückgegangen. Testkosten, die weit über dem liegen, was ein Schwimmbadbesuch, eine Pizza in einem Restaurant oder eine Kinokarte kosten, finden einfach keine Akzeptanz, nicht einmal bei denen, die sich das leisten können.

Gravierender sind die Einschnitte für ungeimpfte Personen, denen aufgrund prekärer Lebensumstände eine soziale Teilhabe schon vorher nur schwer möglich war. Einer ungeimpften alleinerziehenden Mutter mit geringem Einkommen wird es mit kostenpflichtigen Antigentests fast unmöglich gemacht, mit ihren Kindern am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Ungeimpften Personen aus prekären Lebensverhältnissen würde zudem die Sorge und Kontaktpflege zu Angehörigen in Pflegeeinrichtungen geradezu verwehrt, weil sie die erheblichen finanziellen Mehrbelastungen einfach nicht mehr stemmen können. Diese Kostenpflicht grenzt Menschen aus. Am härtesten trifft es wieder einmal mehr die Schwächsten der Gesellschaft.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Wenn man dann geradezu zynisch mit „Lasst euch doch impfen!“ reagiert, dann wird doch klar, dass es hier ausschließlich um die Erhöhung der Impfquote geht. Deshalb wird der Druck auf Ungeimpfte schier unerträglich gemacht.

Wir wollen die kostenfreien Tests für jedermann zurück. Genau darauf zielt unser Antrag ab. Spätestens mit dem Auslaufen der epidemischen Notlage Ende November 2021 müssen auch die 3-G-Regeln vom Tisch.

Meine Damen und Herren, es ist längst Zeit für einen Freedom Day, auch in unserem Land. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Joshua Kimmich für seinen Verein auflaufen möchte, dann kann er das als Ungeimpfter nur tun, wenn er getestet wird. Die Kosten dafür trägt sein Verein Bayern München, also sein Arbeitgeber. Wenn Sie möglicherweise als Ungeimpfter hier Ihrer Arbeit nachkommen möchten, dann können Sie das nur tun, wenn Sie sich zuvor testen lassen. Die Kosten dafür trägt der Landtag. Wir kennen alle den Hintergrund: Wir sind verpflichtet, unserer Arbeit nachzugehen, und hier im Haus gilt nun einmal die 3-G-Regelung.

Wenn ein Arbeitgeber 3-G einführt, dann sollte der Test natürlich kostenlos sein. Dann muss er zahlen. Das sollte überall gelten, wo Menschen ihrer Pflicht nachkommen. Aber genau das ist nicht der Fall; denn Studenten müssen nun einmal ab dem 11. November 2021 für den obligatorischen Test selbst zahlen, wenn sie ihrer Pflicht nachkommen, ihrem Studium nachzukommen. Ein Studium ist nun einmal keine Freizeitveranstaltung.

In der vergangenen Woche wurde im Bildungsausschuss bereits kurz über diese Problematik beraten. Seitens des Ministeriums hieß es dann, man wolle keine Fehlanreize schaffen. Das bedeutet nichts anderes als eine Impfpflicht durch die Hintertür. Es hieß, es dürfe nicht zu komfortabel sein, sich nicht impfen zu lassen. Das bedeutet eindeutig nichts anderes als eine Erpressung. Wollen wir Untertanen, oder wollen wir selbstbestimmte und eigenverantwortliche Staatsbürger?

(Dr. Frank Brodehl)

Es hieß, dass es zwischen Hochschule und Schule einen Unterschied gebe: In der Schule komme ja niemand auf die Idee, die Schüler zur Kasse zu bitten. - Unterschied ist aber in der Gehaltsklasse der Studenten und Schüler auch nicht vorhanden.

Apropos Geld, wenn wir schon bei den Finanzen sind: Es wird oft argumentiert, dass die Gesellschaft künftig nicht mehr mit den Testkosten belastet werden dürfe. Wer so argumentiert und übrigens auch derjenige, der immer wieder wie zuletzt vor den hohen zu erwartenden Kosten wegen der Nichtgeimpften warnt, der spielt in der Tat mit dem Feuer.

Meine Damen und Herren, es ist ein Unding, dass Studenten, die nicht über ein eigenes Einkommen wie beispielsweise Fußballstars, wie Politiker, wie Arbeiter oder Angestellte verfügen, ihre Tests selbst bezahlen müssen, wenn sie ihr Studium ernst nehmen. Ich beantrage, dass die Kosten für Studenten deswegen übernommen werden und bitte um Ihre Zustimmung.

Bevor Sie gleich abstimmen, bitte ich Sie zu bedenken: Als Politiker dürfen Sie bitten, dürfen Sie appellieren, das Richtige zur rechten Zeit zu tun. Aber genauso wichtig ist es, sicherzustellen, dass eine freie Impfscheidung auch wirklich frei bleibt. Sie selbst profitieren von einem kostenlosen Testangebot. Selbst wenn Sie geimpft sind, können Sie auf Nummer sicher gehen. Ermöglichen Sie das auch den Studenten. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Schleswig-Holstein gibt es nach wie vor ein sehr breites Impfangebot. Mittlerweile haben alle Erwachsenen und alle Kinder und Jugendlichen ab zwölf Jahren, für die eine Impfung in Schleswig-Holstein empfohlen wird, dieses Impfangebot wahrnehmen können, ob in den Impfzentren, bei den niedergelassenen Haus- und Fachärzten oder durch mobile Teams.

Die mobilen Teams sind immer noch an vielen Orten in Schleswig-Holstein unterwegs. Täglich haben die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner somit die Möglichkeit, sich irgendwo im Land impfen zu lassen und somit nicht nur sich selbst, sondern auch andere wirksam zu schützen. Sämtliche Impftermine und Orte im Land sind im Internet auf der Seite des Gesundheitsministeriums

einsehbar, aber auch in den Hausarztpraxen oder in vielen anderen Facharztpraxen im Lande kann man sich impfen lassen. Bis weit in den Dezember hinein werden viele verschiedene Impfaktionen an unterschiedlichen Orten im Lande Schleswig-Holstein durchgeführt. Dazu gehören beispielsweise Stadien, Fachhochschulen, Universitäten und auch Einkaufsgalerien. Heute zum Beispiel findet eine Aktion in der Holsten-Galerie in Neumünster von 13 bis, meine ich, 17 Uhr statt. Diese Möglichkeiten werden auch im Radio durchgegeben, es ist im Grunde genommen überall bekannt. Impfen ist nicht nur Eigenschutz, sondern auch ein Gebot der Solidarität.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP und Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Je weniger das Virus unter den Erwachsenen zirkuliert, desto weniger kann es bei den Kleinsten, für die noch keine Impfstoffe zugelassen sind, zur Gefahr werden.

Mehr als 90 % der Intensivpatienten mit Covid-19 sind zurzeit ungeimpft. Auf den Intensivstationen liegen heute vor allem Patientinnen und Patienten jüngeren und mittleren Alters, also aus jener Gruppe, in der gerade erst zwei Drittel geimpft sind. Es zeigt sich daher sehr deutlich, dass nur eine Impfung die Pandemie beenden und das Gesundheitswesen sicher vor einer Überlastung schützen kann.

Schauen wir uns einige Länder in der EU an, ob das nun Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Rumänien, Litauen oder Slowenien ist, so sehen wir: Es sind alle Länder mit einer sehr niedrigen Impfquote, dort schlägt die vierte Welle erbarmungslos zu, die Intensivstationen sind total überlastet. Man sieht diese Berichte im Fernsehen. Es ist erschütternd, was sich dort abspielt.

Wenn wir dann auf der anderen Seite nach Spanien und Portugal blicken, sehen wir Impfquoten, die weit über 80 % liegen. Dort gibt es auf den Intensivstationen keine Notlage, dort ist nicht viel los. In diesen Ländern ist auch die Freiheit für die Menschen im Alltag wieder möglich, und das ist doch das Entscheidende.

Für alle, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können, sind die Tests selbstverständlich weiterhin kostenfrei, und das ist auch gut so.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich habe am Wochenende mit einer Studentin und einem Studenten gesprochen, die sich Anfang des

(Hans Hinrich Neve)

Jahres 2020 in Österreich infiziert und die Infektion durchgestanden haben. Der Krankheitsverlauf war bei beiden sehr milde. Aber jetzt, anderthalb Jahre später, sehen wir die Folgen. Er, bis dahin aktiver Fußballer, hat bis heute noch nicht das Lungenvolumen und kann noch nicht wieder Fußball spielen. Sie hat, was ich vorher auch nicht so wusste, Gedächtnis- und Wortfindungsstörungen - als Studentin. Sie ist damit in ihrem Alltag unheimlich und schwer eingeschränkt.

Die Impfung schützt nicht nur vor einer Infektion, sondern sie schützt besonders vor schweren Verläufen. Wer geimpft ist und sich infiziert, scheint neuen Studien zufolge zudem nur ein geringeres Risiko für die Entwicklung von Long Covid zu haben als Ungeimpfte.

Nicht das Impfen tötet Menschen, sondern das Virus. Wer sich nicht impfen lässt, obwohl er das aus gesundheitlichen Gründen kann, der spielt dem Feind namens Corona in die Hände.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Wolfgang Baasch [SPD])

Die Coronatests gehörten zu den wichtigen Werkzeugen bei der Bewältigung der Pandemie. Die Tests helfen dabei, Infektionsketten schneller zu erkennen und zu durchbrechen, um bei der starken Verbreitung mit einem Lockdown reagieren zu können und somit entsprechend Sicherheit im Alltag zu geben.

Aber insbesondere durch die zur Verfügung stehenden Impfungen sind wir heute bei der Bewältigung der Pandemie deutlich weiter und haben ein ganzes Stück Freiheit dazugewonnen. Insofern ist es auch nur folgerichtig, dass der Bund die kostenfreien Tests abgeschafft hat, auch in der Hoffnung, die letzten Skeptikerinnen und Skeptiker zur Impfung zu bewegen. Insofern lehnen wir die Anträge ab. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Wolfgang Baasch [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Professor Dr. Heiner Dunckel das Wort.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einigen Vorbemerkungen beginnen. Wir haben während der Pandemie von den Kindern und ihren Eltern viel abverlangt wie Distanzunter-

richt, das Vermeiden von Kontakten mit Freunden und Spielkameradinnen und Spielkameraden, Maskenpflicht im Unterricht, ständiges Testen und vieles mehr. Die meisten Kinder und Familien haben das mit Bravour gemacht und ertragen. Noch immer fallen Veranstaltungen für Kinder, zum Beispiel Konzerte, aus, weil angeblich kein entsprechendes Sicherheits- und Hygienekonzept vorliegt und natürlich ein Großteil der jüngeren Kinder nicht geimpft sein kann, während Erwachsene zu Tausenden in die Fußballstadien oder zu Hunderten in die Disco drängen.

Deshalb richten sich meine Ausführungen an die Erwachsenen. Was können diese auch für ihre Kinder tun? - Ganz einfach: sich impfen lassen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Wir wissen, dass die Impfung der Gamechanger ist, also erwarte ich, dass sich alle Erwachsenen, für die das möglich ist, impfen lassen. Sie sollten, sie müssen, sie haben sich impfen zu lassen, sofern keine medizinische Indikation dagegensteht. Wir haben außerordentlich wirksame, besser als je zuvor überprüfte und sichere Impfstoffe. Deshalb habe ich wenig Verständnis für Impfskeptikerinnen und Impfskeptiker oder Impfgegnerinnen und Impfgegner, insbesondere unter Studierenden und anderen Menschen an den Hochschulen; denn diese können sich mehr und besser informieren als alle anderen.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Wer im Schatten von Corona studieren muss und besonders, wer unter Covid-19-Bedingungen sein Studium aufnehmen muss, hat es schwer. Wir haben darüber schon oft genug hier im Haus gesprochen. Aber ein Problem haben unsere Studierenden nicht: Sie alle haben Zugang zu einer vollständigen Impfung, Zugang zu umfassenden Informationen.

Die weitaus meisten Studierenden haben das Impfangebot längst angenommen, in vielen Fällen durch die mobilen Impfteams auf dem Campus.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: 90 %!)

Selbstverständlich gilt auch für Studierende, dass die Tests immer dann kostenfrei und leicht zugänglich bleiben müssen, wenn sie sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können oder wenn Tests verlangt werden, zum Beispiel bei Mutter-Kind-Kuren, wenn die Mutter trotzdem geimpft ist, oder bei ausländischen Studierenden, bei denen der Impfstatus zum Beispiel aufgrund unsicherer Impfstoffe unklar ist.

(Dr. Heiner Dunkel)

Dann bleiben noch diejenigen übrig, die sich - aus welchen Überlegungen auch immer - gegen eine Impfung entscheiden. Sie übernehmen damit zusätzliche Verantwortung für sich, aber auch für andere, die sie bei Kontakten gefährden. Natürlich hat man und frau die Freiheit, sich selbst zu infizieren, aber man und frau hat nicht die Freiheit, andere zu gefährden oder zu infizieren.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Die sind doch geimpft!)

Es gibt keine Impfpflicht, aber es gibt auch keine Verpflichtung der Gesellschaft, denjenigen, die sich einer Impfung widersetzen, auf alle Zeiten kostenlose Tests zu finanzieren. Das gilt auch für Studierende.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Wahnsinn!)

Anders als der Antrag von Dr. Brodehl behauptet, vermag ich darin keine unbillige Härte zu sehen und allemal keinen Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Die Studierenden haben die Möglichkeit, unerwünschte Folgen wie Ausschlüsse aus Lehrveranstaltungen oder kostenintensive Tests durch eine kostenlose Impfung abzuwenden.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Aber das ist doch Erpressung!)

Die Entscheidung, im Regelfall keine kostenlosen Tests mehr anzubieten, ist bundeseinheitlich gefallen. Es wäre nicht begründbar, dass Schleswig-Holstein hierbei einen Sonderweg geht und bis zum Ende des ersten Quartals 2022 oder sogar darüber hinaus kostenfreie Tests vorhält.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Thüringen macht das auch! Blödsinn!)

Dass wir den Antrag der AfD nicht unterstützen, muss ich wohl nicht weiter begründen.

Beim ersten Teil des Antrags des SSW können wir nicht mitgehen. Wir sind aber ganz bei Ihnen, wenn es um eine Ausweitung der Impfmöglichkeiten geht.

In den Anträgen zum heutigen Tagesordnungspunkt sind Gruppen erwähnt, die noch nicht geimpft sind oder die bis jetzt nicht ausreichend erreicht werden konnten. Wenn das so ist, dann müssen wir hier noch einmal niedrigschwellige Impfangebote, verbunden mit einer Informationsoffensive - gern in mehreren Sprachen -, anbieten.

Auch in Schleswig-Holstein können wir die Impfquote noch erhöhen, zum Beispiel in der Altersgruppe zwischen 12 und 18 Jahren, und wir müssen auch weiter dafür sorgen, dass es keine hohen Zugangsschwellen zu weiteren Impfungen gibt, gerade wenn es um ältere und wenig mobile Menschen geht.

Aus den genannten Gründen wird die SPD-Fraktion den drei vorgelegten Anträgen nicht zustimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die epidemische Lage von nationaler Tragweite wird Ende November aufgehoben; so zeichnet es sich in Berlin ab. Befürworter sagen: Nach 19 Monaten Pandemie und in einer im Vergleich zum letzten Herbst entspannteren Lage sei eine Verlängerung nicht gerechtfertigt. Sie sagen aber auch, es müsse Änderungen im Bundesinfektionsschutzgesetz geben, die es den Ländern weiter ermöglichen, Schutzmaßnahmen anzuordnen.

Deshalb ist von den Ampelfraktionen in Berlin geplant, für eine Übergangszeit stattdessen eine neue rechtliche Basis für Coronavorgaben zu schaffen, um den Ländern weiterhin weniger eingriffsintensive Maßnahmen - wie es heißt - anzuordnen, unter anderem zu Masken, zu Zugangsregeln nur für Geimpfte, Genesene und Getestete. Diese bundesrechtliche Grundlage halten wir für richtig, und sie war auch ein Wunsch der Länder, um einen Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen und Rechtsgrundlagen in Deutschland zu verhindern.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen weiter Infektionsschutzmaßnahmen, denn Corona ist noch nicht vorbei.

Herr Schaffer, es ist noch viel zu früh für einen sogenannten Freedom Day. Die Inzidenz liegt im Bundesdurchschnitt aktuell bei etwa 130, und auch die Hospitalisierungsrate nimmt zu. Weil inzwischen viele Menschen geimpft sind, ist die Zahl glücklicherweise deutlich niedriger als noch im letzten Winter bei dieser Inzidenz, und wir hoffen,

(Ines Strehlau)

dass es so bleibt. Trotzdem wird es auch auf den Intensivstationen langsam voller.

(Claus Schaffer [AfD]: Tatsächlich nimmt die Zahl der Covid-Patienten ab!)

Die allermeisten der schwer Erkrankten sind nicht vollständig geimpft. Die Impfung ist ein sehr guter Schutz, sie ist unser schärfstes Schwert gegen Corona und wird es bleiben.

Darüber hinaus brauchen wir weiter Hygieneregeln, Abstände, Niesetikette und Masken, nicht überall, aber in bestimmten Settings. Und wir brauchen weiterhin Testungen, Schnelltests und PCR-Tests.

Es gibt leider eine beratungsresistente Gruppe von Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, obwohl sie es könnten. Sie entziehen sich der Solidarität mit ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und sind nicht bereit, andere zu schützen, obwohl die Impfung sie keinen Cent kostet. Ich spreche nicht von Kindern, die zu jung sind für eine Impfung, ich meine nicht diejenigen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können.

Nach fast einem Jahr, in dem es ein Impfangebot für alle Bürgerinnen und Bürger gibt, glaube ich nicht, dass es noch Menschen gibt, die das nicht mitbekommen haben. Es gibt Informationen in vielen Sprachen, analog und im Netz. Es gab Impfangebote in den Impfzentren, bei den Ärztinnen und Ärzten, in Firmen und Betrieben, im Stadtteil, im Einkaufszentrum, bei Vereinen, beim Sport, bei kulturellen Veranstaltungen, an Bahnhöfen und Hochschulen, und viele dieser Angebote laufen weiter, lieber SSW.

Ja, der Staat gibt vor, dass sich Menschen in bestimmten Situationen testen lassen - wenn Sie ins Restaurant oder ins Kino gehen, einen Besuch in der Altenpflegeeinrichtung oder im Krankenhaus machen, aber auch in der Schule und an den Hochschulen. 3 G ist überall dort wichtig, wo Menschen ohne Wahrung der Abstände dicht zusammen sind, und das über einen längeren Zeitraum. Das ist richtig so, damit das Ansteckungsrisiko minimiert ist, um uns und andere zu schützen.

Wir haben uns in Schleswig-Holstein bewusst für 3 G entschieden, weil 2 G die Menschen ausschließt, die weder geimpft noch genesen sind, auch und gerade diejenigen, die sich nicht impfen lassen können. Über viele Monate hat der Bund die Bürgerinnen- und Bürgertests finanziert. Er hat Milliarden dafür ausgegeben. Das war richtig, und das ist gut investiertes Geld, aber irgendwann dreht sich die Perspektive.

Nach vielen Wochen und Monaten kostenloser Impfangebote hätten sich alle impfen lassen können, die sich impfen lassen könnten. Die Quote der vollständig geimpften liegt um 70 % und kommt aktuell nicht wirklich voran. Wer sich aktuell immer noch lieber testen als impfen lässt, dem ist auch zuzumuten, den Test selber zu bezahlen.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Auch Schüler?)

- Für Kinder an Schulen sind die Testungen nach wie vor kostenfrei, denn es gibt einen Unterschied zwischen Schule und Hochschule. Viele Veranstaltungen an Hochschulen laufen weiter vollständig oder teilweise digital, Prüfungen und praktische Studienteile finden nicht jeden Tag statt, man braucht also nicht kontinuierlich einen Test. Die Hochschulen haben aber auch die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Autonomie ein Testangebot vorzuhalten oder die Studierenden bei Selbsttestungen zu beaufsichtigen; das wäre für die Studierenden dann kostenfrei.

Wir können da eine gewisse Härte für Studierende und für Menschen mit geringem Einkommen nicht ausschließen, aber sie müsste ja nicht sein, denn es gibt weiterhin die Möglichkeit einer kostenlosen Impfung.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir Grüne haben abgewogen; bei uns gab es auch skeptische Stimmen, was die Kostenpflicht von Coronatestungen angeht. Bund und Länder haben am Ende diese Entscheidung getroffen, und wir hoffen, dass sie trägt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dennys Bornhöft das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Woche kehren nach über 580 Tagen mehrere Tausend Studierende in Kiel und anderen Teilen Schleswig-Holsteins an ihre Hochschulen zurück. Ich freue mich darüber, dass junge Menschen wieder oder erstmalig ihre Universität von innen sehen können. Es ist nun an der Zeit, dass wir für mehrere Tausende Studierende wieder adäquate Lernbedingungen schaffen, damit es nicht

(Dennys Bornhöft)

„Fernuniversität“ heißt, sondern dauerhaft in Präsenz gelehrt werden kann.

Die Hochschulen haben mit intelligenten Systemen - wie zum Beispiel QR-Codes an der Uni Kiel - dafür gesorgt, dass unter 3 G ein stabiler und geplanter Lehr- und Lernbetrieb stattfinden kann. Diese Planungssicherheit ist mit 3 G möglich. 3 G ist der Übergang zurück zur Normalität. Ich bin sehr froh, dass sich die FDP-Bundestagsfraktion schon jetzt mit ihrer Forderung durchsetzt, dass die epidemische Lage nationaler Tragweite endlich beendet wird.

(Beifall FDP)

Bundesweite Lockdowns und Ausgangssperren werden nicht mehr möglich sein. Stattdessen werden die Länder wieder regional entscheiden können. Das ist uns in Schleswig-Holstein von Anfang an wichtig gewesen.

(Beifall FDP)

Wir brauchen keine Tipps von Söder aus Bayern und Kretschmer aus Sachsen, die überall 2 G fordern, weil sie ihren eigenen Laden nie in den Griff bekommen haben.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind im Übergang zur Normalität. Das heißt: Einige Einschränkungen werden uns noch bleiben, bis es hoffentlich mittelfristig auch in Deutschland den Wegfall aller Coronamaßnahmen geben wird - wie immer dieser Tag dann auch heißen mag.

Bis dahin bleibt klar, dass für die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere für junge Menschen die Einführung kostenpflichtiger Tests eine Schwelle zur Teilnahme am öffentlichen Leben darstellen kann. Wir als Freie Demokraten bitten die Menschen, die es können, sich impfen zu lassen. Ich selber bin geimpft. Jedoch müssen wir es am Ende auch akzeptieren, wenn Menschen es anders entscheiden, schließlich haben wir in Deutschland keine Impfpflicht. Das ist die Konsequenz. Wer es anders haben will, muss eine Impfpflicht befürworten. Ansonsten ist es legitim, sich anders zu entscheiden.

Es ist auch legitim, dass der Bayern-Spieler Joshua Kimmich, der die Debatte neu angefacht hat, weiter abwartet.

(Zuruf Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Es ist selbst für einen Profisportler, der in der Öffentlichkeit steht, Privatsache, ob er sich impfen lässt. Er hat das Recht, die Impfung zu verweigern.

Aber ich möchte in dieser Debatte den besonderen Fokus darauf legen, dass es ein hartnäckiges Gerücht gibt, es gebe nicht genug Studien über unerwünschte Langzeitfolgen der Coronaimpfung. Das wird vermutlich noch sehr lang so bleiben, weil eine Impfung keine Langzeitfolgen in diesem Sinne hat. Insofern wird es diese Studien nicht geben können.

(Beifall FDP und CDU - Hans Hinrich Neve [CDU]: So ist das!)

Hier wird vielfach verwechselt, dass es sich um eine Impfung handelt und nicht um ein Medikament wie beispielsweise Contergan. Wir reden von einer Impfung mit einem sehr flüchtigen Stoff. Insofern hoffe ich - deswegen betone ich es noch einmal -, dass die Debatte um Kimmich der Bevölkerung so manche Sorgen um den Impfstoff nehmen kann, weil deutlich klarer und breiter aufgeklärt wird und ganz andere Personengruppen diese Information jetzt bekommen.

(Zuruf Bernd Heinemann [SPD] - Beifall Lukas Kilian [CDU])

- Das habe ich nur halb verstanden, aber wenn Herr Heinemann es gesagt hat, ist es wahrscheinlich überwiegend richtig.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Deshalb haben die Bayern auch verloren! - Weitere Zurufe)

- Na ja, die waren gestern halt nicht spritzig genug unterwegs, habe ich gehört.

Da die Bundespolitik eine generelle Impfpflicht ausgeschlossen hat, darf es auch nicht geschehen, dass eine Impfpflicht implizit über kostenpflichtige Tests eingeführt wird. Das wäre inkonsequent. Gerade für Studentinnen und Studenten, deren Geldbeutel - das darf man nicht vergessen - durch verlorene Jobs und durch neue Anschaffungen für die digitale Lehre während Corona strapaziert wurden, sind Kosten für den Coronatest eine Belastung.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Eine Pflichtteilnahme an Seminaren oder Arbeitsgemeinschaften in Präsenz geht derzeit nur mit einer Impfung, mit der Genesung oder dieser finanziellen Belastung.

Es gibt freiwillige Umfragen beispielsweise an der Uni Kiel, dass schon über 80 % der Studierenden geimpft sind. Das ist gut, da geht sicherlich noch

(Dennys Bornhöft)

ein bisschen mehr. Die Impfmöglichkeiten gibt es ja noch. Es muss feststehen, dass ein Studium - egal, ob in Präsenz oder online - an möglichst geringe Zugangsbedingungen geknüpft ist. Ein Studium, das dauerhaft nur für Geimpfte, Genesene oder Ungeimpfte mit großem Geldbeutel vorgesehen ist, könnte Menschen von Bildung fernhalten. Darum bitte ich, dass sich all diejenigen, die es können - wenn es also keine gesundheitlichen Kontraindikationen gibt - bitte impfen lassen. Die Impfung schützt vor einem schweren Verlauf, und nach herrschender Studienlage ist auch die Infektiosität reduziert.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

Die Kostenübernahme ist Aufgabe des Bundes. Insofern kann ich die AfD-Kollegen nur darum bitten, sich an ihre Bundestagsfraktion zu wenden und es dort zu beantragen. Da sich aber eine Vielzahl der AfD-Abgeordneten nicht einmal in der Lage sieht, eine Auskunft darüber zu geben, ob sie getestet sind - das hat man bei der Konstituierung gesehen -, gehe ich davon aus, dass wenig Hoffnung besteht, dass die AfD-Bundesfraktion angemessen mit dem Thema umgeht. Insofern lehnen wir den Antrag ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befinden uns nun noch einmal an einem besonderen Zeitpunkt inmitten der Pandemie. Wir stehen vor einem zweiten Coronawinter. Gleichzeitig droht eine schwere Grippewelle, und die Atemwegserkrankungen nahmen zuletzt stark zu, insbesondere bei Kindern. Dies stellt uns als Gesamtgesellschaft vor eine weitere hohe Belastungsprobe. Wir müssen uns rechtzeitig dafür wappnen. Die Zeit, in der sich die Menschen wieder eher drinnen aufhalten, wo das Ansteckungsrisiko höher ist, hat begonnen.

Gerade erst ist der Corona-Inzidenzwert deutschlandweit weit über 100 angestiegen. Die Impfkampagne ging zuletzt nur noch schleppend voran, wobei laut offiziellen Meldedaten inzwischen immerhin schon gut zwei Drittel der Menschen in Deutschland als vollständig geimpft gelten. Sogar erste Auffrischungsimpfungen werden inzwischen

verabreicht. Für die Herdenimmunität reichen diese Werte aber nicht aus. Das Angebot und die Werbung für die Corona-Schutzimpfung bleiben daher immer noch aktuell. Wir müssen die Impfquote weiter steigern, um unsere Mitmenschen zu schützen, um das Gesundheitssystem nicht an seine Belastungsgrenze zu treiben und um einem schweren Krankheitsverlauf vorzubeugen. Die Pandemie ist eben noch nicht überstanden, aber die Impfung ist der beste Wegbereiter, der uns zur Verfügung steht, und wir sind dankbar, dass die Forschung derart schnell Impfstoffe entwickelt hat.

Das zweite Kontrollinstrument sind die Coronatests, vom Schnelltest bis zum PCR-Test. Seit dem 11. Oktober sind die Schnelltests ja nun nicht mehr allgemein kostenlos, sondern müssen - bis auf gewisse Ausnahmen - selbst bezahlt werden. Auf diese Umstellung gab und gibt es gemischte Reaktionen. Für uns vom SSW ist klar: Wir wollen im Kampf gegen die Pandemie keine weiteren Barrieren aufbauen. Die Corona-Test- und -Impfstrategie muss über den Jahreswechsel hinaus - sprich über die besonders kritischen kommenden Monate - vorausschauend geplant und umgesetzt werden. Entsprechend haben wir einen Alternativantrag eingebracht, in dem wir die Verlängerung des kostenlosen Testangebotes noch bis vorerst Ende März 2022 fordern und die Beobachtung der Entwicklung der wichtigsten Kennzahlen, darunter insbesondere die Impfquote, die Inzidenz und auch die Hospitalisierungsrate sowie das Vorantreiben der Impfkampagne, insbesondere über mobile Impfteams.

Ein vielfach zitiertes Argument ist, dass sich aufgrund der Eigenkosten weniger Menschen testen lassen, weshalb mehr Infektionen unerkannt bleiben und wir so eine weitere Coronawelle riskieren würden. Zudem trifft die Selbstzahlervorgabe insbesondere diejenigen, die eh schon wenig Geld haben. Entsprechend müssen wir gegensteuern und diese befürchteten Folgewirkungen auffangen. Denn, wie gesagt: Wir stehen vor der kalten Jahreszeit, in der sich Viren eben wieder besonders stark ausbreiten.

Daher ist und bleibt das Wichtigste, dass wir den Menschen soweit wie möglich Vorsorge, Sicherheit und Zuversicht bieten. Dabei geht es vielen ja nicht nur um ihre eigene Gesundheit, sondern es treibt viele auch weiterhin die Sorge um ihre älteren Angehörigen und ihre Kinder um. Erfahrungsgemäß hat die Schnupfen- und Infektsaison ihren Höhepunkt im Februar, daher sollten wir den Menschen noch bis zum nächsten Frühjahr kostenlose Tests anbieten, um keine neue Coronawelle mit einer hohen Dunkelziffer zu riskieren.

(Jette Waldinger-Thiering)

Zudem müssen wir bis dahin, wie gesagt, auch die Impfkampagne weiter vorantreiben. Dazu gehört auch, dass wir jetzt rechtzeitig planen, wer wann die dritte Impfung bekommen kann und sollte. Als Instrumente haben sich aus unserer Sicht die Impfzentren und insbesondere auch die mobilen Impfteams absolut bewährt. Es ist eben leichter, wenn das Impfangebot zu den Menschen kommt. Auch die Impfkationen an den Schulen sollten möglichst kurzfristig wiederholt werden. Insgesamt hoffen wir alle auf den Zeitpunkt, an dem die Pandemie als final überstanden gilt, und dass dieser möglichst zeitnah verkündet werden kann. Bis dahin haben wir nun aber noch einmal einen harten Winter vor uns.

Wie ich es verstanden habe, wird unser Alternativantrag abgelehnt. Das bedauern wir natürlich zutiefst, weil Testen, Testen, Testen die Möglichkeit ist, die Infektionsherde zu entdecken.

Eins möchte ich noch sagen: Wir müssen endlich ein Impfangebot für Kinder unter zwölf Jahren haben. Wenn wir uns die Zahlen angucken, wer jetzt erkrankt und keine Chance gehabt hat, sich schützen zu können, so sehen wir, es sind die Kinder. Die müssen wir auch durch ein Impfangebot schützen können. Insofern bitte ich, eine Möglichkeit zum Impfen für unter zwölfjährige Kinder zu schaffen.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

In Vertretung für den Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, spricht nun der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Coronapandemie beschäftigt uns seit 19 Monaten. Weitreichende Maßnahmen waren notwendig, um eine Überlastung des Gesundheitssystems in der Pandemie abzuwenden. Auch wenn die Siebentageinzidenz zuletzt wieder leicht gestiegen ist, werden weitreichende grundrechtseinschränkende Maßnahmen wie im vergangenen Jahr und in der ersten Jahreshälfte dieses Jahres nicht mehr erforderlich sein. Dafür gibt es mit dem Auslaufen der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite dann auch keine rechtliche Grundlage mehr. Das ist eine gute Nachricht für alle Menschen in unserem Bundesland.

Dass wir heute eine ganz andere Situation als vor einem Jahr haben, liegt vor allem an der sehr erfolgreichen Impfkampagne in Schleswig-Holstein und an der hohen Impfbereitschaft der Bevölkerung. Mehr als 71 % der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sind vollständig gegen das Coronavirus geimpft. In der Gruppe der 12- bis 17-Jährigen haben mehr als 54 % die vollständige Impfung erhalten. Das sind echte Meilensteine, aber auch erheblich bessere Zahlen als anderswo, und dafür gilt ein großer Dank an die Bevölkerung in Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte im Übrigen an der Stelle einfügen, dass auch bei steigenden Zahlen Schleswig-Holstein mit einer Inzidenz von ich glaube heute etwas über 60 mit weitem Abstand vor den anderen Bundesländern liegt. In Thüringen liegt die Inzidenz bei etwa 250, in Sachsen bei über 200, in Bayern bei knapp 200, und wir sind mit den 62 das am zweitwenigsten betroffene Bundesland, kurz vor dem Saarland. Nach wie vor gilt: In Schleswig-Holstein ist die Situation deutlich besser als in allen oder zumindest den meisten anderen Bundesländern.

Es ist die Impfung, die in der Regel wirksam vor einem schweren Krankheitsverlauf schützt. Daher sind die in den Krankenhäusern behandelten Personen derzeit überwiegend Ungeimpfte. Mit der Impfung schützen die geimpften Personen nicht nur sich selbst, sondern auch andere. Eines steht damit fest: Die Impfung ist der entscheidende Baustein auf dem Weg aus der Pandemie, ein Umstand, der in Ihren Anträgen, meine Herren auf der rechten Seite, keinerlei Erwähnung findet.

Der Impfstoff war anfangs nur begrenzt vorhanden, sodass sich auf Grundlage der Coronavirus-Impfverordnung des Bundes nur bestimmte Personen impfen lassen konnten. Im Zuge der Zulassung weiterer Impfstoffe und wegen der größeren Menge an vorhandenem Impfstoff ist die Priorisierung dann im Juni aufgehoben worden. Seitdem haben alle Bürgerinnen und Bürger, die sich impfen lassen dürfen, prinzipiell die Möglichkeit, sich gegen das Virus impfen zu lassen.

Vor dem Hintergrund, dass im Laufe der Zeit jeder Bürgerin und jedem Bürger ein kostenloses Impfangebot gemacht werden konnte, haben Bund und Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 10. August 2021 gemeinsam entschieden, das Angebot kostenloser Bürgertests mit Wirkung zum 11. Oktober 2021 einzustellen. Der Bund hatte bis

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

dahin auch die Kosten für diesen Test übernommen. Frau Waldinger-Thiering, wenn wir entscheiden würden, hier weiter zu testen, wären wir das einzige von 16 Bundesländern und müssten die Kosten im Zweifel selbst übernehmen. Dafür sehen wir als Landesregierung derzeit keine Veranlassung.

Zu den mittlerweile kostenpflichtigen Tests gibt es mit dem Impfen eine hochwirksame und kostenfreie Alternative, die den Weg aus der Pandemie weist und die alle Bürgerinnen und Bürger nutzen können, sofern sie sich impfen lassen dürfen. Dabei war und ist eine dauerhafte Übernahme der Kosten für die Bürgertests für alle durch die Steuerzahlenden nicht länger angezeigt. Die Allgemeinheit soll nicht die Kosten für die Testung tragen, wenn jemand aus anderen als gesundheitlichen Gründen für sich die Entscheidung trifft, sich nicht impfen zu lassen. Die Möglichkeit, sich impfen zu lassen, besteht im Übrigen weiterhin. So impfen die Ärztinnen und Ärzte im niedergelassenen Bereich, und auch die mobilen Impfteams, die in ganz Schleswig-Holstein an verschiedenen Orten im Einsatz sind, arbeiten weiter.

Menschen, die sich nicht impfen lassen können, wie beispielsweise Schwangere im ersten Schwangerschaftsdrittel oder Kinder unter zwölf Jahren, können sich weiterhin kostenfrei testen lassen. Auch minderjährige Personen, die älter als zwölf Jahre alt sind, können sich noch bis Ende des Jahres kostenfrei testen lassen. Das ist in der Testverordnung des Bundes geregelt.

In dieser ist auch festgelegt, dass sich Studierende aus dem Ausland, die sich für ein Studium in Deutschland aufhalten und mit einem in Deutschland nicht anerkannten Impfstoff geimpft wurden, noch bis Ende des Jahres kostenlos per Schnelltest testen lassen können.

Studierende müssen ansonsten für die Kosten eines Tests aufkommen. Dem Land war es wichtig, möglichst vielen Studierenden rechtzeitig vor Vorlesungsbeginn ein kostenloses und niedrighwelliges Impfangebot zu machen. Daher haben wir an den Hochschulen des Landes bereits im Sommer und erneut zu Beginn des Wintersemesters mehrere kostenfreie Impfkationen durchgeführt. Viele Studierende haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht oder sich anderweitig impfen lassen. Da sich auch die Studierenden kostenlos impfen lassen können, ist nicht beabsichtigt, die Kosten für Coronatests Studierender vonseiten des Landes zu übernehmen. Eine Ausnahme gilt natürlich für Studierende, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können.

Noch ein letzter wichtiger Punkt. Zur Testung symptomatischer Personen möchte ich sagen: Ob eine Person bei Krankheitssymptomen getestet wird, ist eine ärztliche Entscheidung. Sofern Symptome einer Covid-19-Erkrankung vorliegen, werden die Kosten eines Tests von der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung oder der Beihilfe getragen. In diesen Fall ist der Test Gegenstand der medizinischen Behandlung.

Meine Damen und Herren, wir glauben, dass wir mit diesem Regime alles tun und alles getan haben, um gut durch den Winter zu kommen. Ich glaube aber auch, dass nach wie vor der Appell an all diejenigen gerechtfertigt ist, die bisher das Impfangebot nicht wahrgenommen haben: Lassen Sie sich impfen - in Ihrem eigenen Interesse und im Interesse aller anderen um Sie herum! - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Abstimmung zu a), Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/3326, und Alternativantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3373. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/3326, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten Dr. Brodehl und von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3373, abstimmen. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der Abgeordneten des SSW sowie des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Brodehl mit den Stimmen sämtlicher anderer Abgeordneter abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu b), Antrag des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Frank Brodehl, Drucksache 19/3348. Es ist beantragt worden, auch hier über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der beiden fraktionslosen Abgeordneten Dr. Brodehl und von Sayn-Wittgenstein sowie des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD mit den Stimmen sämtlicher anderer Abgeordneter abgelehnt.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 27 und 31 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Europäische Energieversorgung sicherstellen - Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2 beschleunigen

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3355

b) Umsetzung der Beschlüsse der Digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz 2021

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3360 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3375

Änderungsantrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3378

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich gehe davon aus, dass der Änderungsantrag Drucksache 19/3375 mit der Mittragstellung zum Antrag Drucksache 19/3360 (neu) seine Erledigung gefunden hat. - Widerspruch sehe ich nicht.

Ich eröffne somit die Aussprache. Die CDU-Fraktion hat mir mitgeteilt, dass der Abgeordnete Hartmut Hamerich seine Rede krankheitsbedingt zu Protokoll gibt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty das Wort.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erinnern Sie sich an Alexander Nawalny? Erinnern Sie sich an den Krieg in der Ostukraine, an die grünen Männchen des Kremls? Erinnern Sie sich an den Abschuss der

Maschine der Malaysia Airlines über der Ukraine oder an die Stationierung der Iskander-Raketen in unserer Partnerregion Kaliningrad? Meine Damen und Herren, es sind auch Bundeswehrsoldaten, die im Baltikum unsere Freunde dabei unterstützen, angstfrei leben zu können und die Region zu stabilisieren.

Jetzt liegt uns dieser AfD-Antrag vor, quasi direkt aus dem Kreml auf die Tische des Landtages.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir Freie Demokraten haben immer wieder einen Stopp, ein Moratorium dieser Pipeline gefordert. Ich habe das bei unserer letzten Debatte in diesem Hause im Juli bereits sehr deutlich und klar gesagt. Es ist ein Märchen, dass Russland Versorgungssicherheit und gute Preise garantiert. Russland hat in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Gas als politische Waffe, als politisches Druckmittel verstanden wird. Das hat die Ukraine zu spüren bekommen. Das bekommt ganz aktuell die Republik Moldau zu spüren, die deshalb den Energienotstand ausgerufen hat. Polen gibt sich große Mühe, bis 2023 Gazprom-Gas-frei zu sein. Dafür wird die Baltic Pipe gebaut, die Norwegen über Dänemark mit Polen verbindet. In Litauen, in Klaipeda, ist gerade ein LNG-Terminal in Betrieb gegangen, um unabhängig von russischem Gas zu sein. Darüber können übrigens dann auch, so die Zielsetzung, die anderen baltischen Staaten versorgt werden. Wer sich auf den Kreml verlässt, wird entweder verlassen sein oder sich fügen müssen.

(Beifall FDP - Jörg Nobis [AfD]: Die Russen haben das Gas immer zuverlässig geliefert!)

- Ja, insbesondere an die Ukraine. Das ist bemerkenswert. Auch das ist eine der Leistungen von Nord Stream: Man muss die Ukraine dann nicht mehr beliefern, weil eben kein Gas mehr durchgeht.

Nord Stream 2 ist ein großer Coup des Ex-Kanzlers Gerhard Schröder. Es sind nun gerade CDU und SPD in der Bundesregierung gewesen, die dieses Projekt trotz aller Bedenken aus der Europäischen Union, aus den USA und aus unseren Partnerländern massiv vorangetrieben haben. Nord Stream 2 gibt Wladimir Putin - genau das ist der Punkt - endlich die Möglichkeit, selektiv Gas zu liefern oder eben auch nicht zu liefern oder die Preise zu bestimmen oder die Ukraine auszuschließen. Daher ist Nord Stream 2 ein strategischer Fehler. Sie schafft vor allem Abhängigkeiten.

(Stephan Holowaty)

Wir Freie Demokraten kritisieren das Projekt daher seit Jahren. Das hat unsere Bundestagsfraktion mit mehreren Anträgen in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht. Daher lehnen wir den Antrag der AfD ab.

Ja, Nord Stream 2 ist mittlerweile mit entsprechend intensiver Mithilfe aus Berlin fertiggestellt. Wir werden nun als Rechtsstaat ganz nach Recht und Gesetz die entsprechenden deutschen und europäischen Zertifizierungsverfahren beobachten und nehmen interessiert die umfangreichen rechtlichen Diskussionen zu diesem Thema zur Kenntnis. Politisch gebe ich Ihnen aber eine ganz klare und einfache Botschaft: Die Energieversorgung in unserem Land darf nicht von autoritären Regimen abhängig sein, die bereits in der Vergangenheit bewiesen haben, dass sie die Energie als politische Waffe, als politisches Druckmittel verwenden. Auch unser Land muss seine Energieversorgung so aufstellen, dass wir nicht in strategische Abhängigkeiten geraten.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meine Damen und Herren, dies spricht überhaupt nicht gegen eine weitere Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Im Gegenteil, die Zusammenarbeit auch und gerade mit unserer Partnerregion Kaliningrad ist und bleibt wichtig, aber auf klarer Augenhöhe.

Ich freue mich deshalb sehr, dass es auch dieses Jahr gelungen ist, eine starke einstimmige Resolution der Ostsee-Anrainerstaaten auf der Baltic Sea Parliamentary Conference, der BSPC, zu erreichen. Dass es gerade auf Initiative von Schleswig-Holstein gelungen ist, eine klare Ansage in Richtung Belarus und des Diktators Lukaschenkos mit in das Papier hineinzubekommen, dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei der SPD. Frau Kollegin Poersch, das war eine sehr gute Zusammenarbeit in der Schnelle. Da waren wir, glaube ich, gemeinsam sehr aktiv. Danke sehr.

(Beifall FDP und SSW)

Besonders bemerkenswert in dem Zusammenhang ist allerdings auch, dass die Region Kaliningrad entgegen ursprünglicher Befürchtungen dieser Resolution, dieser klaren Ansage zugestimmt hat. Das zeigt mir, es gibt eine große Einigkeit der Ostseeregionen, was die Notwendigkeit von Frieden, von Rechtsstaatlichkeit und auch von gemeinsamen Werten für die Region angeht. Das zeigt auch - auch das ist mir sehr wichtig; das ist eine Lektion, die ich auf der BSPC immer wieder lerne -, dass die Regionen die Schwerpunkte manchmal deutlich an-

ders sehen als die Zentralregierungen. Das zeigt übrigens auch die sehr freundschaftliche Diskussion mit dem einen oder anderen polnischen Kollegen aus den Regionen immer wieder, die sich da nämlich durchaus anders geben.

Die Ostseeregion gehört zusammen. Ich bitte Sie daher, die gemeinsame Resolution der Parlamente der Ostsee-Anrainerstaaten mit genau derselben Überzeugung zu vertreten und zu unterstützen, mit der das die schleswig-holsteinischen Delegierten auf der Konferenz über Parteigrenzen hinweg gemeinsam mit allen anderen Staaten und Parlamenten getan haben. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Da es eben Irritationen gab, möchte ich - wie bereits in der vergangenen Tagung - noch einmal darauf hinweisen: Es gibt eine Vereinbarung im Ältestenrat, dass dann, wenn es Anträge von Fraktionen und von dem Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD gibt, das erste Rederecht bei den Fraktionen liegt. Da es diese Diskussion letztes Mal auch schon gab, hoffe ich, dass sich das jetzt für die Zukunft erübrigt.

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD erteile ich jetzt dem Abgeordneten Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Danke für die Klärung, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag kommt direkt aus der AfD und nicht aus dem Kreml.

(Christopher Vogt [FDP]: Das kann man manchmal gar nicht auseinanderhalten!)

- Nein, da gibt es schon noch ganz große Unterschiede. Fragen Sie einmal die Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern. Die sind sehr froh, dass das Gas in Lubmin ankommt.

Über die neue Pipeline Nord Stream 2 können zukünftig bis zu 55 Milliarden m³ Erdgas pro Jahr von Russland nach Deutschland geliefert werden, zu unseren Nachbarn nach Mecklenburg. Das reicht aus, um 26 Millionen Haushalte zu versorgen. Über Nord Stream 2 kann Gas günstiger und auf kürzerem Wege transportiert werden, was gerade zurzeit von herausragender Bedeutung ist.

Dass die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 immer noch aussteht, scheint manchen Politikern aber im-

(Volker Schnurrbusch)

mer noch zu gefallen. Nicht nur die FDP, sondern auch die gerade gescheiterte grüne Kanzlerkandidatin äußerte vor Kurzem, die Inbetriebnahme ruhen lassen zu wollen. Ihr scheinen also Versorgungsengpässe und explodierende Energiepreise egal zu sein; denn die Fachfrau glaubt ja, dass Wind und Sonne auch im Winter genug Strom und Wärme für ein Industrieland mit 82 Millionen Einwohnern liefern. Welch eine Verblendung.

Man soll sich von Russland nicht erpressen lassen - wir haben es wieder gehört -, so lautet das verbreitete Narrativ in Politik und Medien. Angeblich reduziere Russland absichtlich Gaslieferungen, um damit Druck aufzubauen. Dabei sind es die Bundesnetzagentur und die EU selber, die die Bürger in dieser Energiekrise im Stich lassen.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Die Bundesnetzagentur verweigert beharrlich eine Ausnahmegenehmigung zu einer EU-Richtlinie zur Gasmarktregulierung. Mit dieser Richtlinie, die vor allem auf Betreiben unserer lieben Freunde aus Frankreich erlassen wurde, sollte die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ganz bewusst verzögert werden. Während Frankreich gerade die Renaissance der Kernkraft in ganz Europa vorantreibt, steht das energiegewendete Deutschland auch in dieser Frage isoliert da. In Frankreich soll es Energiegutscheine in Höhe von 100 € für die Bevölkerung geben. In Berlin planen Rot-Grün-Gelb den weiteren Ausstieg aus einer stabilen Energieversorgung.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Gerade Gas muss aber nach einem Ausstieg aus Kernkraft und Kohle diese Stabilität im Netz leisten; sonst gehen bei uns wirklich die Lichter aus. Und die EU in all ihrer versammelten Weisheit: Auf dem jüngsten Gipfel einigte man sich darauf, die Ursache für den enormen Preisanstieg weiter zu erforschen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Die pauschalen Vorwürfe an die Adresse Russlands, lieber Stephan Holowaty, sind unberechtigt. Auch der EU-Kommissar für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, wies zu Recht darauf hin, dass Russland immer alle seine Verträge eingehalten hat.

Auch die geschäftsführende Kanzlerin konnte nicht umhin, einzugestehen, dass Russland nur auf der Grundlage von Verträgen und nicht einfach so liefern könne. In jedem Fall ist die bisherige EU-Politik auch in diesem Fall gescheitert. Obwohl eine erhöhte Nachfrage nach Erdgas auf dem Weltmarkt und dem europäischen Markt besteht und absehbar

war, hatte die EU darauf verzichtet, Lieferverträge auszuhandeln, die uns langfristig vernünftige Preise garantieren. Stattdessen setzt man auf eine Energiebörse, und die schwankenden Marktpreise gehen im Moment voll zulasten der Verbraucher.

Von daher ist es nicht mehr nachvollziehbar, wenn nach der Fertigstellung von Nord Stream 2 eine neue EU-Auflage die Inbetriebnahme verzögert. Ein Zertifizierungsverfahren mit einer Dauer von etwa zehn Monaten ist im Interesse einer sicheren Energieversorgung vollkommen inakzeptabel. Eine Blockadepolitik gegenüber Russland aus geopolitischen Motiven, und wir wissen, woher diese kommt, schadet den Bürgern und ist auch bei Nord Stream 2 fehl am Platz.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag, um hier ein Zeichen gegenüber Berlin und Brüssel zu setzen, bevor wir frierend im Dunkeln sitzen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 30 Jahre Ostseeparlamentarierkonferenz sind eine echte Erfolgsgeschichte.

(Beifall SSW)

Wo sonst in der Welt treffen sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu einer jährlichen Konferenz und im Jahreslauf in Arbeitsgruppen, um miteinander Verabredungen zu treffen, die unsere gemeinsame Region angehen? Sie tun dies, weil wir eben alle an diesem Meer leben und auf eine gesunde Ostsee und nachhaltiges Wirtschaften angewiesen sind, weil wir nur gemeinsam dem Klimawandel etwas entgegensetzen können, und weil wir wissen, dass uns unsere Kultur und Geschichte im Ostseeraum verbinden.

Es sind Freundschaften entstanden, Freundschaften, die es auch ermöglichen, kritische Worte zu finden, wenn nötig. Ob Pussy Riot oder die Auswirkungen der Vorkommnisse in Belarus auf Europa - wir haben nie lockergelassen, auf Menschenrechte, Freiheit und Demokratie hinzuweisen und für diese einzutreten.

(Beifall SPD und SSW)

(Regina Poersch)

In den letzten Jahren sind wir in unserem Tun noch verbindlicher geworden, indem wir nämlich konkrete Arbeitsaufträge an unsere Regierungen richten und deren Umsetzung kontrollieren. Mein Dank richtet sich deshalb heute an alle Kolleginnen und Kollegen im Ostseeraum und in diesem Hause, die sich für unser friedliches Miteinander eingesetzt haben und einsetzen. Und mein Dank geht an die Landesregierung für die gute Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Beschlüsse, die wir regelmäßig im Europabericht nachlesen können.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber nicht nur 30 Jahre BSPC sind eine Erfolgsgeschichte, auch 10 Jahre Baltic Sea Labour Forum sind es. Dank der Initiative unseres früheren Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies hat die Ostseeparlamentarierkonferenz immer auch die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fest im Blick. Gute Arbeit und faire Löhne sind überall die Grundlage für sozialen Zusammenhalt und damit eben auch in der Ostseeregion.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 25. September des letzten Jahres haben wir Ihnen einen Antrag vorgelegt, im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Jugendpolitik zu stärken. Unter anderem schlugen wir darin vor, auf mehr Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen zu setzen und Medienkompetenz und Demokratiefähigkeit zu fördern. Junge Menschen müssen aufmerksam und kritisch gegenüber Fake News und Verschwörungstheorien bleiben. Wir wollen, dass gut informierte junge Menschen zu einer sachlichen politischen Auseinandersetzung fähig sind.

Die Koalition hat dann leider bis zum 10. März dieses Jahres für einen Gegenvorschlag in Form eines Alternativantrags gebraucht, fast ein halbes Jahr! Darin steht leider kein Wort zu Medienkompetenz und Demokratiefähigkeit, was wir sehr schade fanden. Aber, und jetzt will ich versöhnlich werden, Sie sind im Rahmen der Diskussion zur diesjährigen BSPC-Resolution unserem Vorschlag gefolgt, dieses Thema auf der Konferenz zu platzieren. Der Kollege Holowaty hat es gesagt: mit Erfolg!

Unsere Punkte aus Schleswig-Holstein sind in die einstimmig angenommene Resolution eingeflossen, und ich finde, das hätten wir hier auch gemeinsam richtig gut feiern können. Es bedurfte unseres Änderungsantrages der Kolleginnen und Kollegen des SSW und meiner Fraktion, damit wir jetzt eine gemeinsame EntschlieÙung treffen werden, die diesen

Punkt aufgreift. Das Thema ist nämlich total wichtig, und ich freue mich, dass es jetzt zu einer gemeinsamen EntschlieÙung kommen wird.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Menschen beziehen ihre Informationen immer stärker aus den sogenannten sozialen Medien. Aber Populismus und systematisches Lügen, da muss man sich ja nur den heutigen AfD-Antrag zur BSPC, Drucksache 19/3378, anschauen, werden zunehmend zum Problem.

Social Media sind Fluch und Segen zugleich, das hat die Konferenz Boon and Bane der Friedrich-Ebert-Stiftung im Vorfeld der BSPC klar gezeigt. Demokratie, und darum werden wir uns kümmern müssen, braucht auch Social-Media-Regeln. Demokratie ist eine Sache von uns allen, sie ist eine öffentliche Angelegenheit, und sie darf nicht privaten Konzernen wie Facebook und Co. überlassen werden.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss zum AfD-Antrag 19/3355 nur so viel: Er ist ein weiterer Beweis für die Europafeindlichkeit der AfD. Kein Thema ist Ihnen zu billig, um gegen die EU zu polemisieren und eine technische Prüfung nach geltendem Recht zu politisieren. Dass diese plumpe Europafeindlichkeit nicht verfängt, zeigen zum Glück Ihre jüngsten Wahlergebnisse im Bund. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall SPD und SSW)

Dem gemeinsamen Antrag der Europafreundinnen und -freunde in diesem Hause zur Annahme der BSPC-Resolution stimmen wir zu. -Vielen Dank.

(Beifall SPD, SSW und Stephan Holowaty [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nord Stream 2 ist zusammen mit der Verlängerung nach Südosteuropa ein Projekt über 12 Milliarden € Die beiden Leitungen EUGAL und OPAL müssen wir dazurechnen. Dies ist natürlich von steigendem Gasverbrauch und von versiegenden europäischen Gasquellen sowie - mit Ausnahme von Norwegen - von immer weniger werden-

(Bernd Voß)

dem Nordseegas getrieben. Auch Holland hat angekündigt, langfristig bis 2030 aus der Gasbergung auszusteigen.

Es ist trotzdem ein Zeichen für eine dramatische Fehlentwicklung. Das ist zum einen eine geostrategische Betrachtung. Es wird sich in der Frage der Energieaußenpolitik nicht mit den europäischen Partnern abgestimmt, die Ukraine wird destabilisiert, um nur einige Aspekte zu nennen. Zugleich muss man sagen, dass sich zum Glück unsere Stadtwerke und unsere regionalen Versorger mit längerfristigen Verträgen abgesichert haben.

Ja, auf die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Russland und Deutschland in Sachen Technologie und Rohstoffe konnte man lange setzen. Aber spätestens 2014 mit der Annexion der Krim muss man schon zu einer etwas anderen Bewertung kommen.

Wenn ich die Energiepolitik der Bundesregierung in den letzten 16 Jahren und das, was die Energiesicherheit angeht, sehe, dann wird noch ein anderer Punkt deutlich: Wir haben in allen anderen Bereichen Bevorratung. Im Bereich von Gas, wo wir technisch über drei Monate Bevorratungsmöglichkeiten haben, beklagen wir jetzt, dass die Lager leer sind, weil wir das einfach nicht gesetzlich geregelt haben. Um das klar zu sagen: Nicht nur in der erneuerbaren Welt braucht man Speicher und Bevorratung, sondern man braucht diese auch in der fossilen Welt, und das ist sträflich vernachlässigt worden.

Ja, die Abhängigkeit von Gas und Öl ist bekannt. Über 40 % der Haushalte heizen mit Gas. Dazu kommt noch das Öl. Wir brauchen es derzeit für viele industrielle Prozesse. Trotzdem ist es im Grunde eine unverantwortliche Politik, die hier im Bereich der Energiepolitik gemacht wurde und mit Nord Stream 2 noch einmal getoppt wurde.

Es setzt sich im Grunde dadurch fort, dass wir letztlich keine Normierung von Gas haben, was die Frage der Leckagen angeht. Die Herkunftsländer für das Gas liegen überwiegend außerhalb der EU. Wir könnten es im Rahmen einer europäischen Methanstrategie haben, auf die viele setzen. Wir haben mit einigen Projekten ja auch entsprechende Möglichkeiten.

Ich glaube, alles das muss man an dieser Stelle sagen, um dann aber auch sehr deutlich zu betonen: Aus der Sicht des Klimaschutzes ist seit mehr als zwei Jahrzehnten klar, dass wir in Deutschland und in Europa einen zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien brauchen. Das schafft Klimaneutralität,

das schafft letztlich auch energiepolitische Unabhängigkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gestatten Sie mir nun noch ein Wort zum AfD-Antrag, was die Genehmigung angeht. Ich will Ihnen gar nicht unterstellen, dass Ihr Antrag von sonst woher kommt; damit würde man Sie viel zu wichtig nehmen. Aber um eines sehr deutlich zu sagen: Die Bundesregierung kann europapolitische Vorgaben nur wirklich rechtlich sauber abarbeiten. Wir können doch nicht von Polen, von Slowenien, von Ungarn Rechtsstaatlichkeit und Pflichten nach Europarecht erwarten, um an dieser Stelle selber zu sagen: „Nun winkt das schnell mal durch. Europarecht ist uns egal.“ - Was ist das denn für eine Haltung?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss noch ein Wort zur Ostseeparlamentarierkonferenz. Diese ist nur eines von vielen Netzwerken, genauso wie der Ostseerat. Ich glaube, eines ist heute Morgen noch gar nicht gesagt worden: Die Leitung des Ostseerates, also die Parallelkonferenz der Regierungen rund um die Ostsee einschließlich der russischen Regionen, wird 2022 von Deutschland übernommen. Das ist ein sehr wichtiger Zeitpunkt, um entsprechend mitgestalten zu können. Das sollten wir wahrnehmen. Immerhin ist die Ostseepolitik 1990 von Schleswig-Holstein ausgegangen. Deshalb sollten wir hier entsprechend nachsetzen.

Wir haben viele starke Netzwerke rund um die Ostsee. Wenn man sich die dazu ergangenen Beschlüsse anschaut, dann kann man immer wieder nur sagen: Na ja, habt ihr die Welt damit bewegt? Die etwas Älteren von Ihnen erinnern sich an die Beschlüsse zur sauberen Schifffahrt 2010, als wir in der Ostseeparlamentarierkonferenz viele bockige Leute hatten. Wir haben uns dennoch durchgesetzt. Heute redet zum Glück keiner mehr darüber. Seit 2015 ist die Schifffahrt in der Ostsee sauberer. Aber auch solche Beschlüsse haben wir immer wieder hinbekommen und haben damit in den europäischen Bereich letztlich auch internationale Politik hineingebracht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ostseestrategie, hinterlegt mit Mitteln von INTERREG in Höhe von 240 Millionen € - 90 Millionen € gehen nach Deutschland und in viele grenznahe Projekte -, sollten wir jetzt noch einmal genauer betrachten, gerade in der Zeit nach Corona, weil hier wieder Verbindungen zwischen Men-

(Bernd Voß)

schen, Wirtschaft und Schulen zustande kommen können.

Unsere Resolution ist auch geprägt von einer starken Positionierung in Sachen Belarus. Da kann man sagen: Das ist ja nur der erweiterte Bereich. Aber ich glaube, wenn wir uns die Länder rund um die Ostsee anschauen, dann müssen wir schon darauf achten, immer wieder zu betonen, wie wichtig uns Menschenrechte und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf der einen Seite sind. Auf der anderen Seite müssen wir auch in die EU schauen, was die Migrationspolitik angeht. Auch hier haben wir Defizite. Das wird sehr deutlich bei der Flüchtlingsbewegung, die über Belarus kommt und bei der sich die EU einfach vorführen lässt.

Ich bitte darum, den Anträgen der AfD nicht zuzustimmen, wohl aber unserem wirklich guten Beschlussantrag, den wir zum Glück noch gemeinsam mit der SPD hibekommen haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit fast drei Jahrzehnten binden die Ostseeparlamentariertreffen die Volksvertreterinnen und Volksvertreter nationaler und regionaler Parlamente rund um die Ostsee zusammen. In mehreren Gremien gibt es gute Diskussionen und klare Aussprachen. Uns verbindet das Bedürfnis des gemeinsamen Vorgehens. Ein Meer hält sich nämlich nicht an Landesgrenzen. Ich habe das immer als Bereicherung empfunden. Neue Ideen und andere Sichtweisen kennenzulernen ist ein Privileg.

Diktatoren und Unterdrückungssysteme sind dagegen daran interessiert, Kommunikationskanäle zu kappen und ihr Land zu isolieren. Diese Herrschaftstechnik, die derzeit in Belarus eingesetzt wird, hat die 30. Konferenz trotz der Jubiläumsfeierlichkeiten und trotz der virtuellen Art der Zusammenkunft aufgegriffen und deutlich kritisiert. Leider hat das nicht den Nachhall gefunden, den die Resolution durchaus verdient gehabt hätte.

Allen demokratischen Kräften geht es gewaltig gegen den Strich, wie Belarus seine Bürgerinnen und Bürger drangsaliert und wie Menschen aus Krisenregionen als Schachfiguren missbraucht werden. Es

ist ein unhaltbarer Zustand, wie mit den betroffenen Familien umgegangen wird.

Es ist allerdings das Verdienst der Konferenz, dass es nicht bei Empörung geblieben ist. Wir fordern das Offenhalten der Kommunikation und die Fortsetzung des Austausches. Besonders die sogenannten People-to-People-Kontakte zwischen unterschiedlichen nationalen Zivilgesellschaften müssen unter allen Umständen bewahrt werden. Aus Begnungen erwachsen nämlich die nötigen Ressourcen für die Politik der nächsten Jahrzehnte.

Die Zusammenarbeit im Ostseeraum ist keine Pflichtveranstaltung, sondern ein lebendiger Austausch von Meinungen und Projekten. Aus der Gemeinschaft entstehen Impulse, die der Region als Ganzes dienen. Das Erleben der Interkulturalität führt zu Offenheit. Die Zeiten des Eisernen Vorhangs, als Regierungen im Ostseeraum die Völkerverständigung zu behindern wussten, sollten nie wieder einkehren.

Aber auch die Zeiten, als der Austausch extrem reglementiert und ritualisiert war, wünsche ich mir wirklich nicht mehr zurück. Spontaneität und Freude sind die Eckpfeiler einer gemeinsamen Politik. Die Resolution betont, dass ein funktionierender Jugendaustausch das Fundament der gemeinsamen Politik bildet. Von den westlichen Ostsee-Anrainerstaaten müssen entsprechende Angebote aufrechterhalten bleiben, ob es die Jugendorganisationen der Parteien sind, Kirchen, Pfadfindergruppen oder auch Studierende.

Je mehr Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner die völkerverbindende Kraft der Ostsee erleben, desto wahrscheinlicher ist es, dass wir eine nachhaltige Politik für die gesamte Ostsee umsetzen können.

Respekt und Achtung kann man nicht lehren; man muss sie vorleben. Es gibt viele spannende Projekte rund um die Ostsee zu entdecken. Ich möchte ein Beispiel anführen.

Das Ostsee-Jugendbüro des Landesjugendrings organisiert jedes Jahr Austauschmaßnahmen im Ostseeraum; allerdings muss ich mich da korrigieren, denn es organisierte. Corona hat nämlich das Programm für Jugendgruppen und Jugendverbände ganz schön durcheinander und fast vollständig zum Erliegen gebracht.

Das geht vielen anderen Organisationen genauso. Gerade vor diesem Hintergrund drängen alle Parlamente an der Ostsee darauf, die Arbeit schleunigst wieder in Gang zu bringen. Einen Jahrgang haben

(Jette Waldinger-Thiering)

wir schon verloren. Damit meine ich junge Menschen, die nach der Schule internationale Erfahrungen sammeln wollen, unter anderem in Freiwilligendiensten. Sie sind im letzten Jahr wegen Corona direkt in Berufstätigkeit, Ausbildung oder Studium abgebogen. Ich bezweifle, dass sie ihren geplanten Trip nachholen werden. So einen Abriss sollten wir nicht noch einmal riskieren. Wir sollten Taten sprechen lassen und die Jugendaustauschprogramme großzügig unterstützen.

Deshalb bin ich froh, lieber Bernd Voß, dass wir heute doch tatsächlich wieder einmal einen gemeinsamen Antrag hingekriegt haben; denn das zeichnet den Schleswig-Holsteinischen Landtag aus: Wir gehen und reisen gemeinsam als Ostseeparlamentarier. Und wir machen auch gemeinsame Sache, wenn es um die Politik im Ostseeraum geht. Das ist ein starkes Zeichen aus Schleswig-Holstein.

Insofern bedanke ich mich noch einmal ganz herzlich bei meiner Kollegin Regina Poersch dafür, dass unser Änderungsantrag euch dazu bewegt hat, etwas Gemeinsames zu machen. Das ist gute schleswig-holsteinische Ostseepolitik. - Tusind tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Voß, vielen Dank für den Hinweis, auf den ich gern eingehe; denn darum geht es ja bei dem Antrag. Es geht hier nicht um EU-Feindlichkeit, sondern es geht darum, warum dieses Genehmigungsverfahren so läuft, wie es läuft. Darauf haben Sie zu Recht hingewiesen.

Wir kritisieren Folgendes und halten dies für skandalös. Die Pipeline war schon fast fertig, es waren schon 6 Milliarden € verbuddelt, als die EU eine neue Richtlinie erlassen hat. Das ist ein Widerspruch zu Rechtssicherheit. Wenn ein Investor Milliarden von Euro verbuddelt, und der Regulator plötzlich sagt: „Nö, jetzt haben wir uns eine neue Richtlinie einfallen lassen“, dann ist das keine Investitionssicherheit. Dabei ist es unerheblich, dass es sich um Russland handelt. Auch ein russischer Investor muss sicher sein, dass seine Investition nicht durch den Gesetzgeber gestoppt wird.

Darum geht es bei der ganzen Geschichte. Wir wissen doch genau, dass der Hintergrund ein geopoliti-

scher war. Das hat sich die EU auch nicht allein ausgedacht, sondern das ist auf Druck der USA entstanden, weil die USA mit allen Mitteln auch gegen deutsche Firmen agiert hat, um Nord Stream 2 zu verhindern. Da macht sich die EU leider zum Handlanger der Interessen der USA. Das kritisieren wir.

Frankreich hat da auch eine unrühmliche Rolle gespielt. Dass die Polen und die Balten eine besondere Position dazu haben, ist auch in Ordnung. Ich finde das Vorgehen der EU in diesem Punkt aber einfach nicht in Ordnung. Die Alternative kann ja wohl nicht sein, dass wir dann Fracking-Gas aus den USA importieren, nur weil Russland nicht liefern soll. Das kann es ja nicht sein.

Zu Frau Poersch möchte ich noch Folgendes sagen. Sie haben mich hier der Lüge bezichtigt. Das möchte ich so nicht stehen lassen. Sie haben gesagt, ich hätte in meinen Änderungsantrag eine Lüge eingebaut. Das ist einfach nicht in Ordnung. Das ist eine inhaltliche Änderung, weil es Fakt ist, dass man den Klimawandel an sich nicht stoppen kann. Das Klima wandelt sich. Klima bedeutet einen Durchschnittswert aus 30 Jahren Beobachtung. Das heißt, das Wetter wandelt sich permanent. Dann wird eine Statistik gemacht. Nach 30 Jahren Statistik wird ein Durchschnittswert errechnet, und das ist das Klima. Das heißt, Klima wandelt sich per se. Das ist in dem Begriff enthalten. Wenn Sie das als Lüge bezeichnen, was ich hier geschrieben habe, dann ist das nicht in Ordnung. Das will ich nur sagen.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, in Vertretung für Minister Jan Philipp Albrecht, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kommt unverhofft zu Redebeiträgen in diesem Landtag. Das ist einmal etwas anderes.

Die Landesregierung setzt sich - das ist heute Vormittag in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten deutlich geworden - in der Ostseezusammenarbeit dafür ein, dass die Ostseeregion eine Region der friedlichen Nachbarschaft, der engen Zusammenarbeit, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Chancengleichheit ist und bleibt. Die von der Ostseeparlamentarierkonferenz betonte Einbeziehung der Jugendlichen in die Aus-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

gestaltung der zukünftigen Ostseepolitik ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Daher setzen wir uns auch für den Ausbau der Baltic-Sea-Youth-Plattform beim Ostseerat ein. Auf dieses Engagement für Jugendbeteiligung ist der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zur Ostseepolitik heute Vormittag auch eingegangen.

Im Frühjahr 2022 wird die Landesregierung zudem den Ostseebericht für die Jahre 2020 und 2021 vorlegen. Außerdem sehen wir dem Vorsitz des Deutschen Bundestags bei der Ostseeparlamentarierkonferenz ab Juli 2022 freudig entgegen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt sich, wie eingangs gesagt, dafür ein, dass der Ostseeraum eine Region der Rechtsstaatlichkeit ist und bleibt. Meine Herren von der AfD, das gilt auch für die Energieversorgung.

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eigentlich steht in Ihrem Antrag ja das Richtige drin:

„Die Zertifizierung als Projektgesellschaft als unabhängiger Netzbetreiber ist eine notwendige Voraussetzung zur Inbetriebnahme von Nord Stream 2.“

Nur zur Aufklärung und für den Hintergrund: Es war die Nord Stream 2 AG, die eine Ausnahme von der europäischen Regulierungsvorgabe beantragt hat, die bislang nicht gewährt worden ist. Gegen die insoweit maßgebliche im Jahr 2019 erfolgte Änderung - auch das ist gültiges EU-Recht - gegen die EU-Gasrichtlinie, mit der die europäischen Unbundling-Regelungen auf Importpipelines ausgeweitet worden sind, sind noch Gerichtsverfahren und Schiedsverfahren anhängig.

Die Nord Stream 2 AG hatte beantragt, den im deutschen Hoheitsgebiet verlaufenden nicht komplett verlegten Teil der Nord-Stream-2-Gaspipeline von der Regulierung freizustellen. Das wäre möglich, wenn die Gasverbindungsleitung vor dem 23. Mai 2019 fertiggestellt gewesen wäre. Das war sie aber nicht. Deshalb musste die Bundesnetzagentur den Freistellungsantrag ablehnen. Dagegen hat die Nord Stream 2 AG geklagt. Dazu gibt es eine Entscheidung des Kartellsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf, mit der die Beschwerde der Nord Stream 2 AG zurückgewiesen worden ist.

Herr Schnurrbusch, insofern ist es etwas schwierig, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, dass Sie nicht nachvollziehen können, warum das Recht weiter angewendet wird. Tut mir leid. Das ist ein-

fach der rechtsstaatliche Gang. Nunmehr hat die Nord Stream 2 AG durchaus die Möglichkeit, mit einer Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof gegen diese Entscheidung des OLG vorzugehen oder den Antrag auf Zertifizierung zu stellen, was sie im Übrigen getan hat.

Für diesen Antrag auf Zertifizierung ist ein Verfahren vorgesehen, das auch in den regulatorischen Rahmen überall festgelegt ist, dass nämlich die Bundesnetzagentur vier Monate Zeit hat, über den Antrag zu befinden. Dieser Zeitraum läuft seit dem 8. September 2021. Die Kommission hat zwei weitere Monate Zeit, um eine Stellungnahme abzugeben. Alles im geordneten Verfahren. Dass man das Ganze politisch an bestimmten Stellen aufmotzt, mag sein, aber das ändert am Rechtsrahmen nichts.

Meine Damen und Herren, deshalb sage ich zum Schluss noch einmal: Das geht alles seinen rechtsstaatlichen Weg. Es gibt Menschen, die sagen, das sei alles nur noch eine Formsache. Es gibt Menschen, die sagen, man werde sehen, wie die Entscheidung getroffen werde. Es gibt aber ein vorgeesehenes Verfahren, nach dem verfahren wird. Insofern ist für das Wort Blockade, das in Ihrem Antrag steht, in dieser Diskussion kein Platz. - Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/3355, abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD bei Enthaltung der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3360 (neu), sowie über den Änderungsantrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/3378.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag des Zusammenschlusses der AfD, Drucksache 19/3378, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen des Zusammenschlusses

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

der Abgeordneten der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3360 (neu). Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD bei Stimmenthaltung der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Fernzugesanbindung in Schleswig-Holstein sicherstellen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3363

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Lukas Kilian für die CDU-Fraktion.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren hier heute einen Antrag der Jamaika-Koalition, der sich um den aktuellen Entwurf zum Zielfahrplan für den Deutschlandtakt dreht. Dieses Thema ist nicht nur etwas für Bahn-Nerds - nein, es ist ein wesentlicher Punkt für Verkehrspolitiker, für Wirtschaftspolitiker, für Klimapolitiker und für Sozialpolitiker,

(Beifall CDU - Zuruf Beate Raudies [SPD])

also eigentlich für alle. Sie müssen mich schon ausreden lassen, Frau Kollegin.

(Beate Raudies [SPD]: Dann sagen Sie doch einmal Politikerinnen! Oder sind es nur wieder die Männer?)

- Sie legen wirklich immer den Finger in die Wunde.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Heiterkeit
- Beate Raudies [SPD]: Ja!)

Egal um welches Thema es geht, wirklich großartig.

Es geht um die Anbindung unseres Bundeslandes, damit Sie das auch verstehen: um die Erreichbarkeit

und um eine klimagerechte Mobilität bei diesem Thema.

Was ist passiert? - Mit Fertigung des ersten Entwurfes des Zielfahrplans für den Deutschlandtakt sollten Bahnanbindungen - deutschlandweit - auch in Schleswig-Holstein verbessert werden. Der Bund hat sich insoweit ambitionierte Ziele gesetzt. Bis 2030 sollen die Fahrgastzahlen verdoppelt werden.

Unter dem Titel „Öfter, schneller, überall“ will man Takte verbessern, Reisezeiten verkürzen und - hört, hört! - auch Menschen im ländlichen Raum optimal an das überregionale Netz anbinden.

Nun sind Entwürfe so eine Sache. Manchmal ist ein Entwurf der ganz große Wurf, manchmal aber auch nicht. Der erste Entwurf des Zielfahrplans für den Deutschlandtakt plante, die Anbindung der Westküste bis Westerland in die Kategorie Fernverkehr einzutragen. Das heißt eine durchgehende Fernverkehrsanbindung nach Westerland. Das wäre ein großer Wurf gewesen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Leider wurde der Entwurf mehrfach geändert, und wir reden jetzt über den dritten Entwurf des Zielfahrplans für den Deutschlandtakt. Hier steht die Marschbahn nur noch in der Kategorie Fernverkehr oder schneller Regionalverkehr.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Das passt uns nicht. Wir wollen eine eigenwirtschaftliche Bedienung durch Fernverkehre durch Schleswig-Holstein, auf der Marschbahn, aber auch auf anderen Strecken, zum Beispiel mit Halten in der Lübecker Bucht. Deswegen haben wir heute diesen Antrag in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebracht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wer Fahrgastzahlen verdoppeln will, sollte die Top-Urlaubsdestinationen in Deutschland endlich ordentlich anbinden. Dazu gehört auch für klimagerechte Mobilität ein Fernzughalt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

In Schleswig-Holstein tun wir im Übrigen das Nötigste, um auch die Marschbahn durch eine Elektrifizierung fernzugfähig zu machen. Durch eine schnelle Elektrifizierung wollen wir Fernzüge und Klimagerechtigkeit auf der Marschbahn vorantrei-

(Lukas Kilian)

ben. Deswegen haben wir schon lange die Weichen dafür gestellt, dass diese Möglichkeit erreicht wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn jetzt in Berlin diverse Ampelmännchen und Ampelfrauen

(Beate Raudies [SPD]: Bravo!)

verhandeln, darf Schleswig-Holstein verkehrspolitisch nicht hinten runterfallen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die CDU ist dieses Mal nicht dabei! Das ist doch gut, oder?)

Mit großer Häme wurde hier immer bekundet, dass der Verkehrsminister aus Reihen der CSU und damit aus Bayern kommt. Jetzt stelle ich mit einigem Erschrecken fest, dass in den Mobilitätsgruppen für die Jamaika-Verhandlungen nicht ein einziger Schleswig-Holsteiner vertreten ist. Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch: Die Union hat die Bundestagswahl verloren.

(Zuruf SPD: Da verstehe ich Sie nicht falsch!)

Jetzt bitte ich Sie aber aufzupassen, dass wir in diesem wichtigen Bereich als Schleswig-Holsteiner nicht unter die Räder geraten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Manchmal erkennt man auf den ersten Blick nicht, welche besondere Wegweisung von einzelnen Anträgen ausgeht. Dieses trifft auch auf diesen Antrag zu. Zudem ist es schon eher ein Spezialthema - Kollege Kilian hat ja eben darauf hingewiesen -, wenn wir uns hier mit dem dritten Gutachterentwurf des Zielfahrplans zum Deutschlandtakt befassen. Aber sei es drum.

Der Deutschlandtakt ist ein absolut sinnvoller Ansatz, der deutlich bessere Verzahnungen aller Zugverbindungen ermöglicht. Bundesweit sollen alle Zugverbindungen damit immer so aufeinander abgestimmt werden - es wird hier von einem nullsym-

metrischen Taktfahrplan gesprochen -, dass beispielsweise in Kiel im Stundentakt losgefahren wird und die unmittelbaren Anschlüsse, beispielsweise nach Hamburg, Eutin oder Flensburg, immer verlässlich erreicht werden und kurze Zeit später starten. Dieses soll dann auf dem Hin- und auf dem Rückweg garantiert werden.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre schön!)

Wichtig und sinnvoll, weil vor der Initiative Deutschlandtakt alle Bundesländer ihre Zugverkehre eher unabhängig voneinander geplant hatten.

Dem ehemaligen Geschäftsführer der Nah.SH, Bernhard Wewers, haben wir hier viel zu verdanken, weil es ohne ihn diesen Deutschlandtakt wohl so nicht geben würde.

Mittlerweile kursiert in allen Koalitionsvereinbarungen des Bundes seit dem Jahr 2009 und in allen Zukunftspapieren der Bahn der Begriff des Deutschlandtaktes. Ob jetzt vom Zukunftsplan Schiene oder ein anderes Mal vom Masterplan Schiene gesprochen wird: Es haperte bisher nie an den Planungen, aber immer an der wirklichen Umsetzung durch den glücklicherweise nicht mehr lange agierenden Bundesverkehrsminister Scheuer. Da er alle Latten für seine Ansätze in Sachen Mobilität auf der Schiene immer gerissen hat, kann es wirklich nur noch besser werden. Die Ziele des Deutschlandtaktes bis 2030, die Fahrgastzahlen für die Schiene zu verdoppeln, die innerdeutschen Kurzstreckenflüge zu ersetzen und die Kapazitäten für den Güterverkehr zu steigern, sind allesamt sinnvoll.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich dann den dritten Gutachterentwurf anschaut, finden sich darin auch für Schleswig-Holstein sehr wichtige Projekte: Kapazitätsausbau zwischen, liebe Kollegin Raudies, hören Sie zu, Elmsborn und Hamburg,

(Beifall Beate Raudies [SPD])

was unter anderem den Bau der S-4-West beinhaltet, Stabilisierung der Knotenstruktur - das heißt den Ausbau und die Beschleunigung von Strecken -, Reaktivierungen von Strecken, Angebotssteigerungen, das heißt zum Beispiel ein Halbstundentakt von Hamburg nach Kiel beziehungsweise nach Flensburg und auf vielen anderen Strecken.

In der Begründung Ihres Antrages steht nun, dass der Deutschlandtakt keinen Halt mehr für die Tou-

(Kai Vogel)

rismusstandorte der Lübecker Bucht vorsehe. Ich lese allerdings in diesem fast 200 Seiten starken Gutachten Folgendes: Halbstundentakt von Hamburg über Lübeck nach Travemünde oder Neustadt als Flügelkonzept. Das heißt: Hamburg über Lübeck mit Halt in Travemünde oder Neustadt als Flügelkonzept. Dieses beinhaltet für mich, dass damit weiterhin Züge aus Hamburg auch zukünftig in Neustadt oder Travemünde halten sollen.

Kurz dahinter ist in diesem Gutachten zu lesen: Ausbau des Angebots Hamburg-Lübeck-Kopenhagen. Dass damit entschieden ist, dass es definitiv keine Zughalte mehr an der Lübecker Bucht geben sollte, kann ich da nicht herauslesen. Ob die Züge, die dann von Hamburg gen Lübeck fahren, eventuell Regionalbahnen sind oder Fernverkehrsverbindungen, die bereits von Hamburg starten, steht dort nicht. Man kann da jetzt das eine oder andere hineininterpretieren.

Fernverkehrshalte, ob auf der Marschbahn oder der Strecke Hamburg-Fehmarn, sind natürlich absolut sinnvoll, das stelle ich gar nicht infrage.

Auch wenn der Minister Buchholz nicht in der Arbeitsgruppe Mobilität bei den Koalitionsverhandlungen mitmischte, sind wir uns bewusst, dass er wie alle anderen aus Schleswig-Holstein ebenfalls in viele Bereiche hineinwirkt. Wir wünschen ihm und allen Verhandlerinnen und Verhandlern ein glückliches Händchen, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht.

Gemeinsam wird es hoffentlich gelingen, den Deutschlandtakt schnell auf die Schiene zu bringen und für unser Land mehr Elektrifizierung, Planungsbeschleunigung für viele Infrastrukturvorhaben - in der Gruppe sitzen Sie ja, Herr Minister -, wie der Marschbahn, aber auch anderer Schienenprojekte zu ermöglichen. Damit könnten dann vielfältige Halte der Fernzüge in den Tourismusdestinationen an Nord- und Ostsee möglich bleiben.

Diesen Verhandlungserfolg gönnen wir allen, die derzeit in Berlin dabei sind. Wenn dieser Wunsch durch diesen Antrag von der Landesregierung nicht nur unterstützt, sondern sogar in Berlin umgesetzt wird, haben wir alle etwas davon. Wir stimmen Ihrem Antrag zu. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Wenn wir vom Deutschlandtakt reden, dann endet Deutschland für manche Kolleginnen und Kollegen in Berlin in Hamburg. Dass es da noch einen Wurmfortsatz oder ein wunderschönes Bundesland wie Schleswig-Holstein gibt,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einen Wurmfortsatz? - Zuruf CDU: Pfui! - Weitere Zurufe)

in dem Menschen leben, in dem es Tourismus gibt, in dem es Lebensqualität gibt, in dem es ein Anrecht gibt, dass uns Fernzüge erreichen, wird nicht gesehen. Doch wir sind wie das kleine gallische Dorf: hellwach, wenn es darum geht, uns solche Dinge unter dem Radar unterzujubeln. Genau darum geht es beim dritten Entwurf des Deutschlandtakts.

Man muss auf die Farben der Linien achten, der Unterschied ist immens. Ich will das für Sie einmal plastisch darstellen. Fernzüge fahren ohne Landesgeld, Regionalverkehr fährt mit Landesgeld. Es geht schlicht und ergreifend ums Geld. Wir müssen diese Fernzüge jetzt mit Regionalisierungsmitteln bestellen, damit sie unsere touristischen Regionen von Bedeutung anfahren.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns das einmal anschauen: Rund ein Viertel der Reisenden an Bord der Schiffe ab Dagebüll kommen mit dem Zug. Nach Sankt Peter-Ording sind es nur 6 %; daran müssen wir noch arbeiten. Eiderstedt muss nicht nur mehr Parkplätze vorhalten, weil mehr Menschen mit dem Auto kommen, sondern verliert auch Kundschaft, weil die Menschen woanders hinfahren.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern: Der Urlaub mit der Bahn ist Urlaub von Anfang an.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Das war ein Werbeslogan der Deutschen Bahn. Gerade die ICE vermitteln dieses Gefühl. Doch wie ist es, wenn Familien nach Hamburg kommen, im Stress umsteigen müssen und sich fragen: Klappt der Anschluss, schaffe ich das mit Gepäck und Kindern, wohin muss ich überhaupt?

Die durchgehenden ICE transportieren eine simple Botschaft. Schon die Anzeigen und Ansagen an den Bahnhöfen im Ruhrgebiet, in Frankfurt, Hannover und Berlin lauten: Intercity nach Hamburg zur Wei-

(Dr. Andreas Tietze)

terfährt nach Westerland auf Sylt mit Kurswagen nach Dagebüll. - Das ist doch eine wunderbare Werbung!

(Unruhe)

Es ist tatsächlich so: Nördlich Hamburgs kommt der echte Norden, kommt unser schönes Schleswig-Holstein. Es ist wichtig, dass wir das in Berlin immer wieder klarmachen. Ein CSU-Minister kann das vielleicht gar nicht wissen, er kommt ja aus München, und leider gibt es keinen direkten Fernzug von München nach Westerland. Der weiß am Bahnhof gar nicht, dass es Westerland gibt und dass es eine Anbindung nach Dagebüll gibt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: die fehlende Elektrifizierung liegt auch an der historischen Benachteiligung des Nordens durch den Bund. Ich habe das hier schon einmal gesagt: Ich wünsche mir wirklich - ohne Scheiß -,

(Zurufe)

von Westerland oder von Husum, Kollege Harms, in einer Stunde mit einem schnellen ICE nach Hamburg-Hauptbahnhof zu fahren. Das wäre doch mal etwas! Dann würde niemand auf die Idee kommen, ein Auto zu nehmen, denn wir wären auch über die Fernzüge in Schleswig-Holstein angebunden. Um das zu ermöglichen - das ist ganz simpel -, muss man diese Strecke zweigleisig ausbauen und elektrifizieren.

Wir sehen, was passiert, wenn wir keine Oberleitung haben. Dann denken Leute in Berlin: Die in Schleswig-Holstein brauchen keinen Deutschlandtakt, dit is ja een Dorf, die haben ja nur Dieselmotoren, da kann man mit einem Elektrozug ja gar nicht hinkommen. - Dann ist man abgemeldet.

Dann sind wir nicht nur abgemeldet, sondern wir sind auch in der Frage des Klimawandels zwangsmäßig zu Dreckschleudern verurteilt, weil wir auf dieser Strecke mit Dieselmotoren weiterfahren müssen. Das ist ein unhaltbarer Zustand, teuer für uns, dreckig, und wir zahlen auch noch zusätzlich Geld für diese Antriebsart.

Deshalb geht es in dieser Debatte darum, Zähne zu zeigen. Auch ich habe mir wie der Kollege Kilian die Verhandlungsgruppen angeschaut, auch die Menschen, die aus meiner Partei mit verhandeln: Herr Hofreiter aus Bayern, Tarek Al-Wazir aus Hessen. In der Tat müssen wir klarmachen, vielleicht auch über unseren allseits bekannten Kollegen Robert Habeck, der ja von seinem Direktwahl-

kreis Flensburg nach Berlin fährt: Wir brauchen einen Blick und ein engagiertes Nachholprogramm.

Herr Ministerpräsident, das ist auch für Ihre Konferenzen wichtig. Wir brauchen endlich einen vernünftigen Anschluss nach Schleswig-Holstein. Dass diese Abhängmanöver stattfinden, dass wir im Deutschlandtakt nur zweite oder sogar dritte Wahl sind, das kann in einem Bundesland der Energiewende, in einem hochgradig spannenden Bundesland, in der Tourismuswirtschaft nicht angehen.

Wir sind in der Coronakrise nach oben gegangen, wir sind hochattraktiv, der Binnentourismus ist in Deutschland hochattraktiv, die Leute suchen unser Bundesland auf. Es ist unser dringender Wunsch, dass die alle mit der Bahn anreisen, klimaneutral. Das muss jetzt ganz oben auf der Agenda stehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Beate Raudies [SPD]: In einer Stunde von Husum nach Hamburg? - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Infrastruktur war 2016/2017 - wir erinnern uns alle - das wichtigste Thema im Land, und zwar deswegen - ich will es einmal positiv ausdrücken -, weil es hier das weitaus größte Potenzial an Verbesserungen für die Menschen in Schleswig-Holstein gab.

(Beifall FDP)

Das betraf ganz prominent die Straßen, aber auch die Radwege und die Schienenverbindungen. In allen Bereichen kann man jetzt das Resümee ziehen: Jamaika war ein großer Gewinn für dieses Land.

(Beifall FDP)

Wir von der Jamaika-Koalition haben uns nicht nur vorgenommen, mit Investitionen in die Infrastruktur im Land voranzukommen, sondern es tut sich tatsächlich etwas. Denken Sie zum Beispiel an das Landesstraßensanierungsprogramm: Vor fünf Jahren glaubte noch jeder Schleswig-Holsteiner oder jede Schleswig-Holsteinerin, die schlimmste aller Straßen mit den dicksten aller Schlaglöcher bei sich im Kreis zu haben, heute glaubt jeder oder jede, dass er oder sie in den vergangenen fünf Jahren am

(Kay Richert)

stärksten von Baustellen betroffen war oder aktuell noch betroffen ist.

(Anhaltende Unruhe)

Wer seit 2018 nach Norden fährt - egal, ob auf der B 5 an der Westküste oder der A 7 -, sieht nachts immer wieder hell erleuchtete Bahndämme. Das ist das 160-Millionen-€-Sofortprogramm der Bahn. Das hat Jamaika zwar nicht direkt angeschoben, aber es ist das direkte Ergebnis von Härte und Beharrlichkeit, die Minister Buchholz der Bahn gegenüber gezeigt hat, um die Qualität auf den schleswig-holsteinischen Trassen endlich zu verbessern. Ich kann mich nicht erinnern, dass das vorher irgendein Minister aus Schleswig-Holstein erreicht hätte.

(Beifall FDP)

Heute nun bitten wir die verantwortlichen Menschen in der Bundesregierung und bei der Bahn, unsere Anstrengungen zu würdigen und die Anbindung von Schleswig-Holstein mit durchgängigen, eigenwirtschaftlichen Fernzügen zu erhalten. Warum tun wir das?

Der aktuell vorliegende Entwurf des Zielfahrplans zum Deutschlandtakt sieht für die Lübecker Bucht keine Halte von Fernzügen mehr vor, und die Anbindung der Westküste wurde herabgestuft. Das wird der Bedeutung dieser Orte nicht gerecht. Nicht erst seit der Pandemie sind diese Orte und Regionen starke touristische Destinationen, und die Erreichbarkeit von Urlaubszielen wird auch per Zug immer stärker nachgefragt.

Das finden auch wir gut. Es ist absolut in unserem Sinne, wenn die Urlauberinnen und Urlauber bequem per Bahn anreisen. Wir unterstützen das. Denken Sie zum Beispiel an die Elektrifizierung der Strecke von Niebüll nach Dagebüll. Wir brauchen attraktive Verbindungen, und eine Rückstufung ist da wahrlich das falsche Signal.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keiner von uns kann den Menschen in Süddeutschland verdenken, dass sie gern zu uns kommen. Sie haben ja recht, dass die Erholung zwischen Nord- und Ostsee gesucht wird, und wir freuen uns über unsere Gäste. Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in unserem Land. Bequeme Zugverbindungen sind wichtig für einen funktionierenden Tourismus.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was ist das Besondere, was ist das Alleinstellungsmerkmal der Bahn? Es ist der schnelle Transport von vielen Menschen über weite Strecken,

(Martin Habersaat [SPD]: Auf Schienen!)

und es ist der schnelle Transport von vielen schweren Gütern über weite Strecken - auf Schienen. Herr Habersaat, danke für den Hinweis.

Das kann man auch historisch gut nachvollziehen. Stellen Sie sich einmal die Besiedlung des amerikanischen Westens ohne die Eisenbahn vor! Auch das Zusammenwachsen des europäisch-asiatischen Kontinents ist ohne den Eisenbahnbau, vor allem im 19. Jahrhundert, undenkbar.

Auch für uns hier und heute ist der Tourismus nur eine Dimension, warum wir auf die Eisenbahn setzen. Natürlich geht es dabei auch um Pendlerinnen und Pendler. Viele Menschen pendeln tagtäglich aus Schleswig-Holstein nach Hamburg oder nordwärts nach Dänemark, und wir bemühen uns, den Alltag für diese Menschen stets besser und bequemer zu machen.

Die Bahn ist wichtig für unsere eigenen ambitionierten Ziele, die wir mit diesem Land haben. Wir wollen Schleswig-Holstein wirtschaftlich stark machen. Wir wollen den Dornröschenschlaf der letzten 40 Jahre beenden und endlich die Aufholjagd zu den wirtschaftlich starken Ländern im Süden - Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen - starten. Wir wollen die Industrie bei uns entwickeln und neue, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen Schleswig-Holstein zu einem Ort herausragender Forschung und Lebensqualität machen. Dafür tun wir viel. Für all diese ambitionierten Ziele ist die attraktive Erreichbarkeit mit der Bahn ein deutliches Prä.

Heute und mit diesem Antrag geht es um die Anbindung mit Fernzügen, die wir erhalten wollen. Davon allein hängt die Entwicklung Schleswig-Holsteins nicht ab, aber es ist ein wichtiges Mosaikstück.

Und, liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, auf eines können Sie sich verlassen: Wir kämpfen immer um jeden einzelnen Vorteil für unser Land und um seine Chancen.

Ich freue mich aufrichtig über die signalisierte Zustimmung der SPD. Ich glaube, das ist der richtige Weg. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Ich glaube ja eher an die Macht von Verträgen, Gesetzen und Finanzierungsplänen. Davon ist im Antrag allerdings nicht die Rede. Dafür ist das Thema sehr wichtig. Der Ausbau des Schienenverkehrs muss endlich vorankommen. Immer mehr umweltbewusste Reisende wollen per Zug anreisen.

In Schleswig-Holstein erwartet sie aber noch eines der letzten Abenteuer der Deutschen Bahn: Umsteigen, Baustellen und Bahnhöfe, die nicht barrierefrei sind. Am Zielort angekommen, ist der Regionalverkehr auch nicht durchgehend besonders einladend. Im OdeS-Gutachten wurde Schleswig-Holstein empfohlen, die Taktfrequenzen zu erhöhen, Strecken zu reaktivieren und Zugangebote durchzubinden, um das umsteigefreie Reisen zu ermöglichen.

Aber heute unterhalten wir uns über die Fernzuganbindung, der Deutschlandtakt soll es nun richten. Die Fernzuganbindung Schleswig-Holsteins ist aber bekanntermaßen allgemein nicht besonders optimal. Wir haben keine Erschließung durch ein flächendeckendes ICE-Netz und zu wenig durchgehende Fernzüge. Kein Wunder, denn nicht einmal jeder dritte Schienenkilometer ist elektrifiziert. Da ist schon der erste große Haken, da müssen wir ansetzen, da müssen wir gucken, dass wir die Elektrifizierung besser auf die Beine stellen können.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Wir haben auch keine stabile Ost-West-Achse im Landesteil Schleswig, sieht man einmal von dem niedlichen einspurigen Gleis zwischen Jübek und Husum ab. Diese Strecke könnte man wirklich einmal ertüchtigen. Die Brücke in Lindaunis ist defekt, bis zum Neubau werden sich wohl auch die letzten Pendler eine Alternative gesucht haben, und es wird wohl leider das Auto sein.

Die Pendlerinnen und Pendler sind übrigens diejenigen, die den ganzen Bahnbetrieb mit ihren Monatskarten finanzieren. Sie fehlen im vorliegenden Antrag. Der beschäftigt sich ausschließlich mit den Tourismusregionen - wohlgemerkt in einem Bundesland, das zu den Spitzenreitern in Sachen Pendeln gehört. Wir pendeln im Übrigen auch nach Hamburg, es hat also durchaus auch etwas mit Fernverkehr zu tun.

Die IHK hat beispielsweise für Kiel untersucht, dass neun von zehn Pendlern mit dem Auto unterwegs sind. Das produziert Staus, Lärm und erhebliche Belastungen durch Abgase. Auch wer beruflich von Flensburg ins Ruhrgebiet will oder nach Berlin, lernt den Fernverkehr erst ab Hamburg kennen. Vorher ruckelt er oder sie in einem Regionalexpress Richtung Süden. Geschäftsreisende kann man mit solchen Verbindungen und Zugqualitäten wirklich nicht vom Umstieg auf die Schiene überzeugen: die aus Schleswig-Holstein nicht und auch diejenigen nicht, die zu uns kommen.

Wenn die Fähren nach Föhr und Amrum ihre Fahrzeiten umstellen müssen, weil die Züge aufgrund der Baustellen nicht rechtzeitig in Dagebüll sind, wie es in dieser Woche geschehen ist, dann empfinde ich das als echtes Alarmzeichen. Bislang ist gerade die Strecke von Berlin nach Dagebüll eines der wenigen Beispiele einer funktionierenden Fernzuganbindung, die zeigt, dass man bequem und umsteigefrei in den Norden reisen kann.

Auch vom Nachtzugangebot ist der Norden weitgehend abgehängt. Abgesehen vom Alpen-Sylt-Nachtexpress, der bis zu viermal in der Woche von Sylt nach Salzburg in Österreich fährt, oder vom Nachtzug von Kiel nach Basel sieht es düster aus. Von einem Nachtzug von Malmö nach München über Flensburg können wir nur träumen. Stattdessen muss man auf der Strecke in Kopenhagen, Fredericia, Flensburg, Neumünster und Hamburg umsteigen.

Die Anbindung per Schiene nach Skandinavien hängt also gewaltig hinterher. Das ist die derzeitige Realität, meine Damen und Herren. Wir müssen lange mit dem Auto fahren. Das ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Dass dann noch die Schleife in Flensburg dazu führt, dass Flensburg sowieso von den meisten Zügen umfahren wird, ist der letzte Tropfen Frust.

Die Fernzugentwicklung ist an Flensburg bisher ziemlich spurlos vorbeigegangen. Da ist es natürlich richtig, dass wir uns jetzt darüber Gedanken machen, wie man es in den Verhandlungen hinbekommen kann. Ich habe mit Entsetzen wahrgenommen, dass unter den Verhandlern im Verkehrsbezug in der zukünftigen Ampelkoalition niemand aus dem Norden beziehungsweise aus Schleswig-Holstein sitzt. Das ist eine Katastrophe. Da müssen wir uns reinhängen.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

Ich würde mir sehr wünschen, dass der ehemalige Kollege, der ehemalige Minister Habeck, irgend-

(Lars Harms)

wann doch die Chance bekommt, mit einem vernünftigen Fernzug von Flensburg nach Berlin zu kommen. Das wäre eine tolle Sache. Er kann ja mal anfangen, sich in den Verhandlungen dafür einzusetzen, dass wir das hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ziemlich genau vor vier Jahren haben wir uns in diesem Parlament für den Erhalt der Bäderbahn ausgesprochen, weil sie von Lübeck aus die Seebäder miteinander verbindet und gleichermaßen eine wichtige Anbindung für Einheimische und Urlaubsgäste darstellt. Die gute Erreichbarkeit unserer Ostseedestinationen per Bahn ist für junge Familien wie auch für ältere Bürger ein gewichtiges Argument bei der Auswahl des passenden Urlaubsortes.

Im Zuge der Hinterlandanbindung an die Feste Fehmarnbeltquerung wird der Bahnverkehr entlang der Küste eingestellt. Die neue elektrifizierte Strecke verläuft künftig weiter landeinwärts, sodass unsere Gäste nicht mehr in Timmendorfer Strand oder Scharbeutz aussteigen können. Wir bedauern diese Entwicklung.

Wenn wir jetzt in den Zielfahrplan der Deutschen Bahn zum Deutschlandtakt hineinschauen, müssen wir feststellen, dass keine Halte von Fernzügen im Bereich der Lübecker Bucht vorgesehen sind. Für unsere Gäste heißt das, dass sie mit ihrem Gepäck in Lübeck umsteigen müssen, es sei denn, die versprochene Durchbindung von Hamburg bis Neustadt wird realisiert.

Der Landrat von Ostholstein, der bekanntlich gleichzeitig Präsident des Deutschen Landkreistages ist, hat gerade erst in einem Interview kritisiert, dass sich die Bundespolitik viel zu sehr auf die Großstädte fixiert und das Leben auf dem Land vernachlässigt. Zu Recht bemängelt er, dass sich Maßnahmen, die für Berlin oder Hamburg angemessen sein mögen, nicht eins zu eins auf Dithmarschen oder Ostholstein übertragen lassen.

Von der neuen Bundesregierung - egal, wie sie aussehen mag - fordert er deutlich mehr Anstrengun-

gen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land herzustellen. Dazu gehört neben dem Ausbau der Glasfaserversorgung aus meiner Sicht auch unbedingt eine gute verkehrliche Anbindung des ländlichen Raums.

Nun bekommen wir mit der FBQ und der Hinterlandanbindung eine transeuropäische Verkehrsachse in die Region. Das ist gut, wir begrüßen es. Gleichzeitig drohen aber die Bäderorte in Ostholstein in Sachen Bahn schlechtergestellt zu werden. Das ist schlecht, besonders für den Tourismus, der für uns sehr wichtig ist. Daher begrüßen wir den vorliegenden Antrag und fordern die Deutsche Bahn auf, in ihrem Fahrplan Halte von Fernzügen in Ostholstein einzuplanen.

Sehr geehrter Herr Kollege Vogel, dass ein Fernzug jemals in Neustadt in Holstein hält, wage ich stark zu bezweifeln. Wir sind froh, wenn der Bahnhof endlich einmal auf Vordermann gebracht wird.

Die Forderungen des Antrags sind richtig und unterstützenswert. Über die Marschbahn haben wir gefühlt in jeder zweiten Plenartagung gesprochen - zu Recht -, und wir sind uns einig, dass hier etwas geschehen muss. Dass Schleswig-Holstein immer noch das Schlusslicht bei der Elektrifizierung ist, wirkt angesichts der großen Versprechungen der sogenannten Verkehrswende wie ein schlechter Witz.

Für die Lübecker Bucht gibt es eine Menge neuer Ideen, um die Fahrgäste von den Haltepunkten im Hinterland an die Küste zu bringen. Man spricht von einem Bäderbus, der die Bäderbahn ersetzen soll, von autonom fahrenden Pendelbussen, von der Nutzung der stillgelegten Trassen für Fahrräder, von einer Art Straßenbahn, ja sogar von Lufttaxis. Das sind gute Impulse, und wir möchten das Wirtschaftsministerium ausdrücklich ermuntern, diesen eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Wir brauchen neue Ideen, um die Bäderorte auch in Zukunft gut anzubinden.

Dem Antrag stimmen wir zu und hoffen, dass der Wirtschaftsausschuss in guter Geschlossenheit an seiner Tradition festhält, die Verantwortlichen der Deutschen Bahn weiter unter Druck zu setzen, damit Schleswig-Holstein nicht abgehängt wird. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Sie können versichert sein, dass nicht nur der Verkehrsminister, sondern vor allem der Tourismusminister dieses Landes alles dafür tut, dass möglichst viele Fernverbindungen nach Schleswig-Holstein vorhanden sind und dass möglichst viele Fernverbindungshalte, auch touristische Ziele, in Schleswig-Holstein erreichbar sind. Das ist natürlich das Ziel dieser Landesregierung. Diese Thematik werden wir - über welchen Kanal auch immer, ob über eine Arbeitsgemeinschaft oder auf einem anderen Weg - in Berlin immer weiterverfolgen. Ich sage aber auch voraus: Wir alle werden gemeinsam, über die Parteigrenzen hinweg, in Berlin weiter dafür kämpfen müssen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Selbstverständlich ist die Landesregierung bestrebt, dass möglichst viele IC- und ICE-Verbindungen nach Schleswig-Holstein durchgebunden werden. Aber, mit Verlaub - das muss ich hier auch einmal sagen -: Die Entscheidung trifft nicht die schleswig-holsteinische Landesregierung und deshalb eben auch nicht der Verkehrsminister.

(Zurufe: Na!)

Ich muss jetzt einmal ein klein wenig Aufklärungsarbeit leisten im Sinne von: Wer bestimmt was, und was kommt von wem? Ich muss also ein bisschen den Erklär-Bernd spielen:

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Erklären ist immer gut!)

Fernverkehre sind in Deutschland eigenwirtschaftliche Verkehre. Eigenwirtschaftliche Verkehre bestimmen nicht der Deutschlandtakt oder das Bundesverkehrsministerium oder die Bundesregierung, sondern das bestimmen die Unternehmen, die Fernverkehre betreiben wollen. Sie können die eigenwirtschaftlichen Verkehre schlicht und ergreifend anmelden. Dann werden sie berücksichtigt.

Deshalb ist das Hinwirken darauf, dass wir möglichst viel Fernverkehrshalte in Schleswig-Holstein haben, ein gemeinsames Bestreben, das wir an den DB-Tower in Berlin, aber eben auch an die Wettbewerberinnen und Wettbewerber adressieren müssen, die zwischenzeitlich möglicherweise existieren und leider zurzeit ein bisschen dafür sorgen, dass bei uns - eher kontraproduktiv - etwas wegfällt.

Ich nenne ein Beispiel. FlixTrain könnte nach Westerland fahren.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Trasse! - Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

FlixTrain müsste sich dafür nur anmelden. FlixTrain hat sich aber dafür angemeldet, von Berlin nach Hamburg zu fahren. Dadurch fällt eine Direktverbindung, eine Trasse weg, die die DB bisher von Berlin über Hamburg nach Westerland bedient hat. Mit dem nächsten Fahrplan wird es deshalb nur eine ICE-Verbindung von Hamburg nach Westerland geben. Der Rest der Trasse ist von FlixTrain belegt.

Das ist ein kompliziertes Thema und irre schwierig. Es ist wichtig, dass wir bedenken: Fernverkehre werden eigenwirtschaftlich betrieben. Wir müssen uns gemeinschaftlich an diese wenden, denn das ist der richtige Ansprechpartner dafür.

Voraussetzung dafür ist - das ist richtig an dem Antrag -, dass man von der Infrastruktur her möglichst etwas bietet, sodass das leicht möglich ist, eine elektrifizierte Strecke, bei der kein Umkoppeln notwendig ist. Das ist unser Nachteil gegenüber Warnemünde und Mecklenburg-Vorpommern; da sind die Strecken elektrifiziert. Bei uns endet die Elektrifizierung in Itzehoe. Da ist damit Schluss. Deshalb gibt es die gemeinsam getragene Initiative, den Ausbau der Elektrifizierung voranzutreiben.

Dann kommt der Deutschlandtakt. Der Deutschlandtakt - das liegt nun wieder in der Hand des Verkehrsministeriums -

(Zurufe: Oha!)

ist eine sogenannte fahrplanbasierte Infrastrukturplanung. Auf Deutsch: Man baut nicht nur aus, was irgendwo schön ist, sondern man guckt auf Fahrpläne, die man als Zielfahrpläne erreichen will, und danach baut man die Infrastruktur aus.

(Zurufe)

An dieser Stelle - genau! - ist es wichtig, bestimmte Dinge unterzubringen. Da unterscheidet der Deutschlandtakt blöderweise in zwei Kategorien. Die eine Kategorie wird 100 % vom Bund getragen. Das sind die Maßnahmen, die im Bundesverkehrswegeplan stehen. Jetzt sind wir wieder beim Bundesverkehrswegeplan. Die Maßnahmen der Kategorie 2, die nicht im Bundesverkehrswegeplan stehen, werden nur nach dem GVFG gefördert.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

- Andreas, lass mich aufzeigen, wo die Kampflinien sind. - Im Bundesverkehrswegeplan sind bestimmte Maßnahmen für Schleswig-Holstein drin. Der Ausbau TenneT ist klar, Fehmarnbelt und so. Was nicht in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wurde, ist die Strecke Pinneberg-Elmshorn. Es ist nicht in der Gruppe 1 gelandet. Ehrlich gesagt habe ich das nicht verstanden. Deshalb habe ich mich auch schriftlich an Andreas Scheuer gewandt.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Ich habe gesagt: Leute, das kann doch nicht sein. Hier ist ein wichtiger Streckenabschnitt, der sowohl unter Deutschlandtaktgesichtspunkten als auch für den Fernverkehr insgesamt so wichtig ist, dass er in den Bundesverkehrswegeplan gehört.

Diese Woche hat mir Andreas Scheuer geantwortet. Er hat mir mitgeteilt, dass der Ausbau Pinneberg-Elmshorn aus seiner Sicht ausschließlich dem Nahverkehr dient.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Oh, nee! - Claus Schaffer [AfD]: Hat er das per Handy gemacht? - Weitere Zurufe)

Ehrlich gesagt, bestätigt mir das, dass es an bestimmten Kenntnissen fehlt.

(Beifall FDP und SSW)

Selbst die DB Netz AG bestätigt mir auf Anfrage, dass diese Strecke selbstverständlich eine Fernverkehrsbedeutung hat, wenn die Transitzüge aus Skandinavien über den Belt kommen. Dann bleibt die Verbindung über Elmshorn eine wichtige Fernverkehrsverbindung, eine wichtige Achse, eine Achse, die weiß Gott nicht nur etwas mit dem Nahverkehr zu tun hat.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

Das sind die Linien, die wir in Berlin einziehen müssen, damit man dort begreift, dass es bestimmte Achsen gibt.

Wenn wir - Andreas, lass mich das zu Ende ausführen! - wenigstens den mehrgleisigen Ausbau zwischen Hamburg und Elmshorn über den Deutschlandtakt als Bundesverkehrswegeplanmaßnahme finanziert hätten, wäre mir egal, wer zum Schluss - über GVFG oder wie auch immer - die Elektrifizierung der Marschbahn macht. Dann wären die Voraussetzungen dafür gegeben, dass die Fernzüge auf diesen Trassen unterwegs sein können. Anderenfalls hätten wir gar keinen Trassenplatz für sie.

(Beifall FDP, SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ja, bitte, gern.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, vielen Dank. - Sie haben das Szenario sehr plastisch geschildert. Das ist genau das, was ich seit Jahrzehnten als Doppelmoral ausmache. Die Finanzierung der Elektrifizierung der Marschbahn war übrigens einmal im Bundesverkehrswegeplan, ist dann wieder herausgefallen. Das hat immer damit zu tun gehabt, wie gut die Schleswig-Holsteiner in Berlin verhandelt haben. Das war ein ständiges Auf und Ab.

Sind Sie mit mir der Meinung, dass diese Strecke - wir sind hier unter uns -

(Heiterkeit)

für den Konzern seit Jahrzehnten profitabel ist?

Nach dem Krieg wurde es interessant, Urlaub auf Sylt zu machen. Man hat festgestellt: Es gibt einen Hindenburgdamm, es gibt nur eine Schienenverbindung. - Dann ist irgendjemand auf die Idee gekommen, dass man die vielen Menschen, die mit dem Auto, dem Gepäck anreisen, die 36 km mit dem Zug über die Strecke bringen muss. Wir reden über eine sehr simple Maßnahme: einen Flachwagen, einen Zug, ein Auto, das da rauffährt. Das ist nicht Stuttgart 21. Wir kennen heute die Preise, die ausgelobt werden: der Lkw 500 € der Pkw mittlerweile 90 € für eine einfache Fahrt.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie zur Frage.

Herr Minister, das ist eine Cash Cow für dieses Unternehmen. Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass wir das auch einmal beenden müssen, um die Trassen aus einer Hand zu managen, die Infrastruktur auszubauen und diese Strecke endlich auf Augenhöhe mit anderen Regionen in Deutschland zu bringen?

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Was willst du denn jetzt eigentlich? Meine Güte! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, wir sind fast am Ende des heutigen Tages. - Jetzt hat natürlich der Minister das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich will versuchen, auf die Frage zu antworten. Die Tatsache, dass sich der Kollege Dr. Tietze nur begrenzt verständlich machen konnte, liegt daran, dass eine sehr komplizierte Denkweise dahintersteckt, die ich bitte - lieber Andreas Tietze! - in euer Verhandlungsteam in Berlin einzubringen. Dahinter steckt nämlich der Gedanke, dass dann, wenn der Bund bestimmte Maßnahmen nicht ergreift, das Land vielleicht durch so eine Art Call-Option in die Lage versetzt werden könnte, bestimmte Schienenteile selbst zu erwerben. Das ist ein interessanter Gedanke, der insbesondere dann interessant würde, Kollege Tietze, wenn man sich auf bestimmten politischen Seiten dazu durchringen könnte, die Trennung von Infrastruktur und Betrieb in Reinkultur zu leben.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Zurufe)

Das allerdings, meine Damen und Herren, wäre eine Bahnstrukturreform wert, der wir uns gegebenenfalls gemeinsam in den nächsten Jahren widmen müssen und die der Verkehrsminister dieses Landes in der letzten Verkehrsministerkonferenz gefordert hat.

(Beifall FDP)

Insoweit bedarf es also der Bahnstrukturreform als Erstes. Das Zweite ist die Frage, ob man mit solchen Call-Optionen arbeiten kann. Lassen Sie mich die dritte Frage gleich mit beantworten. Eines dürfen wir schon feststellen: Dass die DB AG, mit welchen Unterorganisationen auch immer, auf dem Streckenabschnitt zwischen Niebüll und Westerland so viel Geld verdient wie fast nirgends in der Republik, hätte eigentlich dazu führen müssen, dass wir auf diesem Streckenabschnitt beste Qualitäten, sowohl was den Schienenkörper als auch was die Signaltechnik angeht, haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Tatsächlich haben wir es in Niebüll mit dem letzten manuell bedienten Stellwerk zu tun, bei dem noch

mit Körperkraft die Masten heruntergelassen werden.

(Zuruf: Das geht aber wenigstens immer!)

Das, lieber Andreas, ist, aus meiner Sicht ein mittelschwerer Skandal.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Werner Kalinka?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Immer gerne.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Minister, nun haben wir ja bald eine neue Bundesregierung. Beabsichtigen Sie denn, dem neuen Bundesminister in Sachen Pinneberg-Elmshorn jedenfalls in Kürze einen Brief zu schreiben, damit alles anders und besser wird?

- Nicht nur das, Herr Kollege,

- Gut.

sondern ich beabsichtige, den neuen Bundesverkehrsminister - welcher politischen Farbe auch immer er sei, und selbst, wenn es einer aus Bayern wäre - hierher einzuladen, um ihm plastisch zu zeigen, was die Probleme dieses Landes sind. Denn - lassen Sie mich das einmal sagen -: Bisher hat kein Bundesverkehrsminister offenbar wahrgenommen, dass dieses Land, gerade was den Schienenverkehr angeht, im Verhältnis zu allen anderen Bundesländern den größten Nachholbedarf hat.

(Beifall im ganzen Haus)

Das gilt es, auch in Berlin klarzumachen. Ein Anteil von 29 % bei der Elektrifizierung von Bahnstrecken ist eine Farce, wenn man auf Bundesebene über den Ausbau von 60 % auf 70 % redet. Wir sind bei 29 %!

Trotzdem - das sage ich auch Ihnen, Herr Kalinka - werden wir im Land Schleswig-Holstein weiterhin auf eigene Initiative angewiesen sein. Es geht nicht, nur auf Berlin zu zeigen, sondern wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Wenn wir nicht in Vorplanungen eintreten, wenn wir nicht 10 Millionen € für Vorplanungen in bestimmten Dingen lostreten, dann werden die in Berlin nicht merken, dass wir es ernst meinen. Wenn wir auch bei der Marschbahnelektrifizierung jetzt nicht versuchen,

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

bestimmte Wege zu gehen - auch neue Wege zu gehen, was das Investitionsbeschleunigungsgesetz angeht -, dann wird niemand aus Berlin etwas veranlassen. Das ist unsere Aufgabe, unsere Verantwortung, und der stellt sich diese Landesregierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, Herr Kalinka möchte eine weitere Zwischenfrage stellen.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Sehr gerne.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Minister, gehen Sie denn davon aus, dass Sie uns in den nächsten Monaten über konkrete Ergebnisse berichten können?

- Nein, Herr Kalinka, davon gehe ich nicht aus.

- Ach so.

Davon gehe ich nicht aus, und zwar ganz einfach deshalb, weil sich die Bundesregierung nach Konstituierung des Bundestags möglicherweise erst bis zum Jahresende bilden wird. Dann wird man die Regierungsverantwortlichkeiten sortieren. Ich gehe nicht davon aus, dass im Koalitionsvertrag in Berlin an einer Stelle steht: Die Elektrifizierung der Marschbahn ist ein herausgehobenes Projekt. - Das glaube ich nicht, ehrlich gesagt.

(Zuruf: Das wäre doch einmal was!)

- Es tut mir leid, Leute. Wenn wir das erwarten, dann würde ich einmal fragen: Wo war das bisher im Koalitionsvertrag von CDU und SPD? - Das Abstraktionsniveau, das wir erwarten dürfen, wird etwas anders sein.

Aber eines glaube ich, nämlich dass wir mit Geschlossenheit aus diesem Hause in Richtung Berlin vieles bewirken können, bewirken müssen. Dafür werden wir im nächsten halben Jahr, im nächsten Dreivierteljahr nicht nur Antworten bekommen, sondern möglicherweise auch verbesserte Bedingungen für den Schienenverkehr in Schleswig-Holstein. - Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, die letzten Meter!

Es ist beantragt worden, über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3363, in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Dies sehe ich auch nicht. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Tagung bis morgen, 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:05 Uhr

Reden zu Protokoll

Gemeinsame Beratung**a) Europäische Energieversorgung sicherstellen - Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2 beschleunigen**

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3355

b) Umsetzung der Beschlüsse der Digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz 2021

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3360 (neu)

Umsetzung der Beschlüsse der digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) 2021

Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3375

Änderungsantrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3378

Andreas Hein [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Russland ist seit langer Zeit mit über 30 % der Erdgaslieferungen einer der wesentlichen Erdgaslieferanten für Deutschland und große Teile Europas. Zur Verbesserung der Lieferungen durch direkte Lieferwege wurde zunächst Nord Stream 1 als Pipeline gebaut. Seit Beginn der Planungen Mitte der 90er-Jahre für Nord Stream 2 wurde der Bau aus unterschiedlichen Interessenslagen befürwortet oder abgelehnt. Die Ukraine und Tschechien fürchten um Transitgelder, die bislang für Gasdurchleitungen fällig wurden. Polen und Lettland möchten keine Anbindung, weil sie die Abhängigkeit von Energielieferungen seitens Russlands vermeiden wollen. Europa sieht die Abhängigkeit vom russischen Gas ebenso zunehmend kritisch.

Für Europa und insbesondere Deutschland hat diese Pipeline zur Sicherstellung großer Erdgasmengen zu akzeptablen Preisen schon eine Bedeutung. Durch die Abschaltung der Kernkraftwerke und zunehmende Abschaltung von Kohlekraftwerken in Deutschland wird Erdgas einer der wichtigeren Energieträger als Brückenenergieträger, bis erneuerba-

re Energien die entstehenden Lücken schließen können. Zudem werden die Erdgasmengen, die bislang die Niederlande und Großbritannien liefern, geringer werden.

Auch unser großer Bündnispartner - die USA - haben besonders unter Präsident Trump Nord Stream 2 massiv kritisiert und sogar Sanktionen gegenüber Firmen und Deutschland angedroht. Hintergrund dafür war nicht nur die mögliche Erpressbarkeit durch Russland, sondern sicher auch der Wunsch, eigenes Erdgas nach Deutschland und Europa verkaufen zu können. Erst mit USA-Präsident Biden konnte durch eine Vereinbarung mit Deutschland - insbesondere auch zur Sicherheit der Ukraine - dieser Konflikt entschärft werden.

Diese komplizierte Ausgangssituation macht deutlich, dass es keine einfache Lösung gibt. Eine völlige Unabhängigkeit von Russland ist wünschenswert, scheint derzeit aber zu tragbaren Preisen schwer realisierbar. Derzeit steigt die Nachfrage auf dem Weltmarkt nach Erdgas deutlich und verteuert den Preis. Deshalb wäre ein Verzicht - unabhängig von bestehenden Verträgen - auf Nord Stream 2 derzeit weniger anzustreben. Wichtig ist allerdings, dass stärker auf Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa hingearbeitet wird, insbesondere was größere Lagerreserven angeht.

Der erste Strang von Nord Stream 2 ist betriebsbereit. Es fehlt allerdings noch die Genehmigung der EU zur Inbetriebnahme. Das Verfahren läuft.

Der Antrag zur Umsetzung der Beschlüsse der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz ist von den demokratischen Fraktionen im Haus gemeinsam eingebracht. Zusätzlich zu den gemeinsam gefassten Beschlüssen, für die ich auf die Drucksache des Landtagspräsidenten verweise, greift unser Antrag die dramatische Lage an der Grenze zwischen Belarus und Polen auf.

Flüchtlinge, die ihr Leben retten wollen, ihre Heimat und Hab und Gut aufgegeben haben oder aufgeben mussten, benutzt Präsident Lukaschenko als politisches Druckmittel gegen die EU-Sanktionen, indem er sie in sein Land fliegen lässt und an der Grenze zu Polen absetzt. Er möchte so Unruhe und Streit in die EU tragen. Unmenschlicher kann man nicht handeln. Die Europäische Union ist aufgefordert, geeint gegen dieses Verhalten vorzugehen und, anders als der Diktator, ein humanitäres Gesicht zu zeigen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.